



Nr. 403 | 08.06.2021

Russland-Analysen

- Duma-Wahlen
- Repressionen

<p>■ KOMMENTAR</p> <p>Die Duma-Wahlen 2021: Hochmut kommt vor dem Fall – oder doch nicht? Boris Ginzburg und Alexander Libman (Freie Universität Berlin)</p> <p>Informationskriege, Oppositionskoordination und die Dumawahl im Jahr 2021 Regina Smyth (Indiana University und Woodrow Wilson Center, Washington D.C.)</p> <p>Wird das Putin-Regime überleben? Andreas Heinemann-Grüder (Universität Bonn)</p> <p>Vorbereitung auf die Parlamentswahlen 2021 Andrei Semenov (Zentrum für vergleichende Geschichts- und Politikwissenschaft, Staatliche Universität Perm)</p> <p>Vor den Dumawahlen weitet Russland die elektronische Stimmabgabe aus – warum und mit welchen potenziellen Folgen? Stas Gorelik (George Washington-Universität, Washington D.C. / Forschungsstelle Osteuropa, Bremen)</p> <p>Bedingungen der Wahlbeobachtung durch Bürger in der Russischen Föderation vor den Dumawahlen 2021 Tatyana Hilscher-Bogusevich (Hemmingen)</p> <p>Die wirtschaftlichen Folgen autoritärer Politik Michael Rochlitz (Universität Bremen)</p> <p>Michail Mischustin als ambitionierter »Systemadministrator« des Putinismus Fabian Burkhardt (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)</p> <p>Bürger:innen und der starke Mann: Erwachen, soziale Klassen und sozialer Niedergang in Russlands Autokratie Tomila Lankina (London School of Economics and Political Science)</p> <p>Fear and Loathing in Russia: Repressionen als Herrschaftsinstrument des Kremls Vladimir Gel'man (Europäische Universität in St. Petersburg und Universität Helsinki)</p> <p>Ausländische-Agenten-Gesetz vor der Duma-Wahl 2021 ausgeweitet Max Bader (Universität Leiden)</p>	<p>2</p> <p>4</p> <p>6</p> <p>8</p> <p>10</p> <p>12</p> <p>13</p> <p>15</p> <p>18</p> <p>20</p> <p>23</p>	<p>Schrumpfende Freiräume für Russlands Medien Esther Somfalvy (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)</p> <p>Russland drosselte Twitter, um Inhalte zu zensieren Natalia Krapiva (Access Now)</p> <p>■ DEKODER</p> <p>»Hätten wir eine andere Wahl gehabt? Nein.« Konstantin Gaase und Leonid Wolkow</p> <p>■ DOKUMENTATION</p> <p>Repressive Gesetze, die von Wladimir Putin am 30. Dezember 2020 unterzeichnet wurden</p> <p>Politische Strafverfahren nach den Protesten im Januar 2021</p> <p>April-Chronik der Repressionen: Der Journalist Ilja Asar hat Buch geführt</p> <p>Überblick: Hochverrat, Spionage und Staatsgeheimnisse</p> <p>»Haben Sie Angst vor...?« Umfrageergebnisse des Lewada-Zentrums</p> <p>Teilnehmende an den Protesten aus Solidarität mit Alexej Nawalnyj am 21. April 2021: Alter und Protesterfahrung</p> <p>Hat der Protest einen Anführer? Wie stehen die Protestierenden zu Nawalnyj?</p> <p>Lewada-Umfrage: Wie steht die russische Bevölkerung zu Protestierenden?</p> <p>»Ausländische Agenten« laut Justizministerium der Russischen Föderation nach Kategorien</p> <p>Russische Online-Zeitung Meduza kämpft ums Überleben</p> <p>Amnesty International: Die Polizei identifiziert friedliche Demonstrierende mit Gesichtserkennungstechnologie</p> <p>Human Rights Watch: Der Fall des Menschenrechtsanwalts Iwan Pawlow und neue repressive Gesetze</p> <p>»Ausländische Agenten«: Medien</p> <p>Liste der unerwünschten ausländischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen</p> <p>Stellungnahmen zum Beschluss der russischen Generalstaatsanwaltschaft, deutsche Nichtregierungsorganisationen als in Russland unerwünschte Organisationen zu erklären</p>	<p>25</p> <p>27</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>37</p> <p>40</p> <p>47</p> <p>48</p> <p>49</p> <p>50</p> <p>52</p> <p>52</p> <p>53</p> <p>54</p> <p>54</p> <p>56</p> <p>58</p> <p>58</p> <p>59</p>
		<p>■ CHRONIK</p> <p>3. – 14. Mai 2021</p>	<p>62</p>

KOMMENTAR

Die Duma-Wahlen 2021: Hochmut kommt vor dem Fall – oder doch nicht?

Boris Ginzburg und Alexander Libman (Freie Universität Berlin)

Für elektoral-autoritäre Staatsysteme wie Russland geben Wahlen immer einen Anlass zur Sorge. Dieses Mal jedoch hat die russische Führung besondere Gründe, sich Sorgen um die anstehenden Duma-Wahlen im Herbst 2021 zu machen.

Russland tritt aus wirtschaftlicher Sicht in eher schlechter Verfassung in das Wahljahr ein. Seit 2013 leidet das Land an einer stagnierenden Wirtschaft. Die Covid-19-Pandemie hat Russland mit geschätzten 260.000 Todesfällen von April bis November 2020 hart getroffen (<https://laender-analysen.de/russland-analysen/400/uebersterblichkeit-der-wahre-opferzoll-von-corona-in-russland/>). Auch die im Vergleich zu den meisten anderen großen Volkswirtschaften viel geringere Bereitstellung staatlicher wirtschaftlicher Unterstützung für die Bevölkerung und die heimischen Unternehmen sind weitere Faktoren, die sich negativ auf die russischen Bürger:innen auswirken (<https://www.forbes.ru/biznes/396629-pandemiya-so-skidkoy-rossiya-vydelila-napomoshch-naseleniyu-i-biznesu-v-70-raz-menshe>). Die Pandemie trug deshalb zum weiteren Rückgang von Putins Popularität bei, die bereits nach der Rentenreform von 2018 eine abnehmende Tendenz aufwies (<https://carnegie.ru/commentary/84052>). Ein gewisses Maß an Unzufriedenheit mit Putin wurzelt zudem in der Dauer seiner Herrschaft: Die russische Gesellschaft zeigt ganz ähnlich wie viele Gesellschaften in anderen Staaten Anzeichen politischer Ermüdung von Präsident Wladimir Putin, der nun schon seit zwei Jahrzehnten im Amt ist.

Neben diesen längerfristigen Entwicklungen gibt es noch mehrere aktuelle politische Ereignisse, die die russische Staatsführung nervös machen dürften. Die Rückkehr von Alexej Nawalnyj nach Russland sowie seine anschließende Verhaftung wird ihn wahrscheinlich zum unbestrittenen Anführer der russischen nicht-systemischen Opposition aufsteigen lassen (der nun auch die Anerkennung der internationalen Staatengemeinschaft genießen wird). Des Weiteren haben die Proteste in Belarus im Jahr 2020 gezeigt, dass sogar sorgfältig geplante Wahlen zu unerwarteten Protesten führen können. In den Augen der russischen Führung sind die Ereignisse in Belarus und die »Causa Nawalnyj« Ausprägungen der aggressiven Haltung des Westens, die Wachsamkeit seitens des Kremls erfordert.

Währenddessen dürften die Wahlen 2021 auch in den Augen der nicht-systemischen Opposition Russlands wie eine einmalige Gelegenheit aussehen. Das »Smart-Voting«-System bietet der Opposition ein Werk-

zeug, welches es bei den bevorstehenden Wahlen zu nutzen gilt. In den letzten Jahren gab es mehrere Episoden auf regionaler und lokaler Ebene, in denen die russischen Wähler:innen anders abstimmten, als der Kreml es erwartet hatte. Die Opposition hofft deshalb darauf, dass das »Schlaue Abstimmen« für ähnliche Überraschungen während der Duma-Wahlen 2021 sorgen wird.

Infolgedessen sind die bevorstehenden Wahlen sowohl für das Regime als auch für die nicht-systemische Opposition alles andere als »business as usual«. Dies wird höchstwahrscheinlich die Strategien der Akteure merklich beeinflussen. Um seine Chancen zu optimieren, wird sich der Kreml hauptsächlich auf sein reiches Repertoire an manipulativen und repressiven Maßnahmen gegen seine Gegner verlassen wie auf (1) die Verabschiedung neuer repressiver Gesetze, die den Zweck verfolgen, die »Smart-Voting«-Strategie zu behindern, (2) die gewalttätige Niederschlagung friedlicher Demonstrationen, (3) Desinformationstaktiken mit dem Ziel, Keile zwischen die verschiedenen Segmente der nicht-systemischen Opposition zu treiben, und (4) die Schaffung von Kreml-loyalen pseudo-oppositionellen Parteien (zum Beispiel die Partei *Nowye Ljudi* (Neue Leute), die erst im Jahr 2020 gegründet worden war, <https://meduza.io/feature/2020/01/10/v-rossii-poyavyatsya-neskolko-novyh-partiy-vklyuchaya-partiyu-razrabotchika-igry-world-of-tanks-oni-budut-sozdavat-oschuschenie-politicheskoy-konkurentsii>), um einige der regimekritischen Stimmen zu absorbieren. Nicht zu vergessen sind (5) auch die Pläne der russländischen Zentralen Wahlkommission, die diesjährigen Wahlen erstmals auf drei aufeinanderfolgende Wahltage auszudehnen (bisher wurden Wahlen immer an einem Wahltag durchgeführt). Diese Praxis wurde bereits bei dem Verfassungsreferendum 2020 eingeführt, als offiziellen Grund nannte der Kreml damals die Corona-Pandemie. Hierdurch wird die Arbeit von Wahlbeobachter:innen erheblich erschwert und Wahlmanipulationen zugunsten der Regierungspartei *Eini-ges Russland* bewusst antizipiert. Der Kreml könnte (6) ebenfalls versuchen, Nawalnyjs weiteres körperliches und geistiges Wohlbefinden im Gefängnis als Mittel zur Erpressung seines Teams und zur Einschränkung der Handlungen seiner Anhänger:innen zu instrumentalisieren. Nicht auszuschließen ist auch der Versuch des Kremls, (7) die russischen Bürger:innen um sich herum politisch zu konsolidieren (ähnlich wie nach der Krim-Annexion 2014). So könnte das Regime mithilfe seiner Propagandaressourcen versuchen, die letzten geziel-

ten Sanktionen (*»targeted sanctions«*) des Westens gegen russische Einzelpersonen als »Sanktionen gegen ganz Russland« (*»comprehensive sanctions«*) zu porträtieren und/oder sich erneut auf das Mittel des militärischen Säbelrasselns gegenüber seinen Nachbarstaaten einzulassen. Interessanterweise schließt eine solche Entwicklung zum einen nicht aus, dass es folglich zu einer (zeitweiligen) Abnahme der Repressionsintensität in Russland kommen könnte, da durch den »Rally-Round-The-Flag«-Effekt die Repressionsmotive für das Regime größtenteils wegfallen könnten. Zum anderen würde der Kreml so auch den Wählerstimmenfang der nicht-systemischen Opposition deutlich erschweren und ihren Rekrutierungspool erheblich reduzieren.

Im Gegensatz zum Kreml ist der Spielraum, über den die nicht-systemische Opposition bei der Auswahl ihrer Taktiken verfügt, zwar begrenzter, aber die Opposition wird wahrscheinlich die Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, so effizient wie möglich nutzen wollen. Wahrscheinlich ist, dass die nicht-systemische Opposition versuchen wird, (1) den Ansatz des »Smart-Voting« weiter auszubauen, (2) Protestkundgebungen gezielter zu organisieren (sprich mit spezifischen und attraktiven politischen Agenden, anstelle einfacher regelmäßiger Ereignisse ohne eine klare Botschaft), (3) die Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft auf die staatlichen Repressionen zu lenken, um so (4) einerseits das russische Regime international zu delegitimieren und andererseits (5) Washington und Brüssel zu überzeugen, ihre Sanktionspolitik weiter zu verschärfen. Jedoch könnte auf lange Sicht gesehen das (unfreiwillige) Exil im Ausland des größten Teils der politischen Führungsriege des Nawalnyj-Teams (bis auf Nawalnyj selbst natürlich) in den letzten Wochen und Monaten auch zu einem politischen Legitimationsverlust bei der in Russland verbliebenen Gefolgschaft führen. So könnten ihre Anhänger:innen die nun in der Diaspora lebende Führungsriege früher oder später als sogenannte *»long-distance nationalist[s]«* empfinden – also als im Ausland lebende Oppositionelle, die russländische Innenpolitik aus dem Ausland betreiben und im Gegensatz zu ihrer Gefolgschaft in Russland nicht (mehr) die Konsequenzen (wie strafrechtliche Verfolgung und/oder Repressionen seitens des Staates) für ihre Handlungen und Forderungen tragen müssen (<https://newleftreview.org/issues/i193/articles/benedict-anderson-the-new-world-disorder>).

Unter diesen Umständen befindet sich die sogenannte »systemische Opposition« in einer äußerst komplexen Situation. Einerseits ist sie eine wichtige potenzielle Profiteurin des »Smart-Voting«-Systems. Auf der anderen Seite erwartet der Kreml höchstwahrscheinlich viel stärkere Loyalitätsbekundungen der Parteien, die für das Parlament kandidieren dürfen. Erwähnenswert

ist aber, dass die Bereitschaft der systemischen Opposition, mit Nawalnyj zusammenzuarbeiten, keinesfalls als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden darf. Dies offenbart der Artikel von »Jabloko«-Parteichef Grigorij Jawlinskij. Darin warnt Jawlinskij seine Leser:innen vor Nawalnyjs nationalistischen und populistischen Wurzeln (<https://www.yavlinsky.ru/article/bez-putinizma-i-populizma/>). Für Jawlinskij war der Unwille, auf ideologische Kompromisse einzugehen, schon immer der Eckpfeiler seiner politischen Haltung seit Mitte der neunziger Jahre. Dies bedeutet aber ebenso, dass die Möglichkeiten für die Kooperation zwischen Jabloko und Nawalnyj, z. B. dadurch, dass Ljubow Sobol auf der Jabloko-Parteiliste für ein Direktmandat in Moskau kandidiert (das würde sie von der Pflicht befreien, Unterschriften für die Kandidatur zu sammeln), fraglich zu sein scheint. Erschwert wird diese Zusammenarbeit nun auch durch die jüngste repressive Gesetzgebung in Russland, die im Endeffekt die Wahlchancen für Parteien und deren potenzielle Kandidat:innen einschränken, wenn diese mit als sogenannte »ausländische Agenten« eingestuften Organisationen Kontakte gepflegt haben (<https://zona.media/news/2021/04/07/inoagent>).

Die erhöhte Risikowahrnehmung seitens des Regimes und die Bereitschaft der nicht-systemischen Opposition, dieses »Gelegenheitszeitfenster« zu nutzen, wird um die bevorstehenden Wahlen herum zu einer höchst angespannten Atmosphäre führen. Die Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung im Land wird dadurch verstärkt, dass die von den Akteuren verfolgten Strategien und ihre Erfolgsaussichten nicht von den objektiven politischen Gegebenheiten und der Haltung der russländischen Öffentlichkeit abhängen, sondern vielmehr von der subjektiven Wahrnehmung der aktuellen Situation. Es lässt sich nur spekulieren, wie Putin selbst die derzeitige politische Lage in Russland interpretiert und wo er die gravierendsten Gefahren für seine Herrschaft sieht. Zumindest lässt Putins letzte Jahresansprache an die Föderale Versammlung im April 2021 die Deutung zu, dass er scheinbar die derzeitigen innenpolitischen Herausforderungen unbeeindruckt zur Kenntnis nimmt. Unter Umständen unterschätzt er sogar die Unzufriedenheit der Bevölkerung und somit auch die Gefahr, die dadurch für sein Regime entstehen könnte. In jedem Fall sind politische Fehleinschätzungen aufseiten aller Akteure sehr wahrscheinlich. Mögliche Über- oder Unterschätzungen der eigenen Möglichkeiten und der der Gegenseite können unvorhersehbare Folgen für den russländischen Staat heraufbeschwören.

Als das mit Abstand wahrscheinlichste Szenario verbleibt aber die Entwicklung, dass das Regime es schaffen wird, die Kontrolle über die Duma zu behalten und größere Proteste gegen sich zu verhindern (oder zu unterdrücken). Nichtsdestotrotz erzeugt die Zeit nach den

Wahlen einen »Nebel der Unsicherheit« über die weiteren politischen Folgen für Russland. Es kann entweder mit einer Lockerung des aktuellen repressiven Vorgehens des Kremls gerechnet werden, um die Beziehungen zum Westen wieder zu verbessern, oder das genaue Gegenteil, in welchem der Kreml seine derzeitige repressive und isolationistische Politik fortsetzt, oder die Kombination beider Strategien. Erneut werden es vor allem die subjektiven Wahrnehmungen des Regimes und weni-

ger die tatsächlichen Entwicklungen die entscheidenden Faktoren für Russlands politische Zukunft darstellen. In diesem Zusammenhang könnten die weiteren Entwicklungen in Belarus für den Kreml als ein wichtiger politischer Testfall fungieren, aus dem die russische Führung sicherlich versuchen wird, wertvolle Lehren für sich zu ziehen.

Stand: 15.05.2021

Über die Autoren

Boris Ginzburg ist Doktorand an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsinteressen umfassen die Forschung zu autoritären Staaten (insbesondere im postsowjetischen Raum) und die israelische Außenpolitik.

Alexander Libman ist Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa und Russland an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsinteressen umfassen die vergleichende Forschung zu autoritären Systemen, die russische subnationale Politik und die internationale Zusammenarbeit autoritärer Regime.

Lesetipps

- Frye, T. (2021). *Weak Strongman: The Limits of Power in Putin's Russia*. Princeton University Press.
- Greene, S. A., & Robertson, G. B. (2019). *Putin v. the People: The Perilous Politics of a Divided Russia*. Yale University Press.
- Hellmeier, S. (2021). How foreign pressure affects mass mobilization in favor of authoritarian regimes. *European Journal of International Relations*, 27(2), S. 450–477.
- Rogov, K. (2018). The art of coercion: Repressions and repressiveness in Putin's Russia. *Russian Politics*, 3(2), S. 151–174.
- Turchenko, M., & Golosov, G. V. (2021). Smart enough to make a difference? An empirical test of the efficacy of strategic voting in Russia's authoritarian elections. *Post-Soviet Affairs*, 37(1), S. 65–79.

Informationskriege, Oppositionskoordination und die Dumawahl im Jahr 2021

Regina Smyth (Indiana University und Woodrow Wilson Center, Washington D.C.)

Riskante Strategien

In den Jahren 2011 und 2012 führten die Anstrengungen des Putin-Regimes, den Wahlkampf zu steuern, zu einem zweigeteilten politischen Raum, in dem sich die Strategien der jeweiligen Akteure entfalteten. Regimetreue Kandidat:innen und Parteien konkurrierten um Stimmen, während sich die Opposition bemüht zeigte, neue Informationen über staatliche Manipulationen und die insgesamt missliche Lage der nicht-systemischen Opposition zu produzieren. Während die Opposition so dem Kreml bei einigen Regionalwahlen einen Strich durch die Rechnung machen konnte, hat sie im Vorfeld der Wahlen im September dieses Jahres ein noch größeres Potenzial, eine weitreichende Mobilisierung der Opposition bei den Wahlen und auf der Straße zu erzielen. Die Kombination aus gesellschaftlicher Unzufriedenheit, effektiven Informationskampagnen der Opposition und dem Unvermögen des Regimes,

neue Medienplattformen zu neutralisieren, hat zu neuen Herausforderungen geführt. Diese zwingen jedoch den Staat zu riskanten Strategien, die das Bild von einer tauben und autoritären Regierung bestätigen, das die Opposition vom Regime zeichnet.

Die Mobilisierungsstrategie des Kremls

Der überwältigende Sieg des Kremls bei der Dumawahl im Jahr 2016 unterstrich die Fähigkeit des Regimes, Stimmen zu mobilisieren. Einiges Russland (ER) entwickelte sich von einer skelettartigen Partei zu einem Marktplatz, auf dem die russische Elite politischen Zugang, Karrierechancen und Ressourcen für Loyalität austauschte. Einiges Russland-Mitglieder besetzen wichtige Posten in Wahlkommissionen und dienen als Wahlbeobachter:innen. Regionale Beamte, staatliche Unternehmen und Behörden sorgen zuverlässig dafür, dass Wähler:innen mobilisiert werden, um Arbeitsplätze und

Präferenzen zu erhalten. Polittechnolog:innen von Einiges Russland arbeiten mit den lokalen Medien zusammen, um die Berichterstattung über die Wahlen günstig zu gestalten. Technische Parteien, Kreml-Kreationen, die entwickelt wurden, um die Illusion einer Wahl zu schaffen, und sorgfältig kuratierte Listen von Kandidat:innen auf der Ebene der Wahlkreise bestehen vorwiegend aus loyalen, scheinbar unabhängigen Kandidat:innen, die oft früher für Einiges Russland kandidiert hatten. Zudem sind noch Kandidat:innen auf den Wahlzetteln zu finden, die eine der mehr als 80 registrierten Parteien repräsentieren, die lediglich dafür zugelassen wurden, um eine Auswahl auf der Ebene der Wahlkreise zu suggerieren. Zudem sollen sie die Stimmen von aussichtsreichen Oppositionskandidat:innen abziehen und somit die Stimmen der Opposition spalten. Mithilfe dieses ausgeklügelten Systems gewann das Regime 55 Prozent der Stimmen der Parteiliste und 203 von 223 Direktmandaten in den Wahlkreisen und sicherte sich damit die absolute Mehrheit in der Staatsduma.

Die Antwort der Opposition

Da der Staat kontrolliert, wer auf den Stimmzetteln landet, ist die Opposition dazu gezwungen, jede Phase der Wahlen anzufechten, um den undemokratischen Charakter und den Mangel an Rechenschaftspflicht der Wahlen aufzuzeigen. Dies fängt bei der Registrierung der Parteien an und geht bis zur Sichtbarmachung von Wahlfälschungen am Wahltag. In Moskau führte diese Strategie im Jahr 2019 zu erheblichen Protesten, da die Zentrale Wahlkommission Kandidat:innen der Opposition von der Teilnahme ausschloss.

Einige Instrumente, die der Koordination am Wahltag dienen wie das »Schlaue Abstimmen« (Smart Voting) vom Team Nawalnyj bieten oppositionell gestimmten Wähler:innen die Möglichkeit, sich zu koordinieren und somit ihrer Unzufriedenheit in Bezug auf Inhalt und Größenordnung der Oppositionsbewegung Ausdruck zu verleihen. Diese Lösung ist sicherlich nicht perfekt, denn viele erfahrene und demokratische, reformorientierte Aktivist:innen sehen darin eine Belohnung für die vom Regime kooptierten systemischen Oppositionsparteien. Jüngere Menschen und solche, die sich zum ersten Mal bei Wahlen engagieren, sehen das »Schlaue Abstimmen« als eine Strategie, die funktionieren könnte. Und es gibt tatsächlich immer mehr Belege dafür, dass sie sich auf die Wahlergebnisse auswirkt, selbst wenn die Kandidat:innen, auf die sich die Plattform »Schlaues Abstimmen« festgelegt hat, nicht gewinnen. Die Informationsstrategie vor der Wahl zeigt sich auch in der neuesten Taktik des Nawalnyj-Teams: Es wirbt dafür, dass sich Anhänger:innen per E-Mail für Proteste im Voraus anmelden und die Anmeldungen auf einer Karte sichtbar gemacht werden. Somit wird die Unterstützung

der Opposition in der gesamten Russischen Föderation veranschaulicht.

Die Herausforderung im Jahr 2021

Im Jahr 2021 haben die wirtschaftliche Stagnation, die wachsende Verschuldung der Privathaushalte und die steigenden Preise für Lebensmittel, die wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 und das gescheiterte wirtschaftlichen Entwicklungsprogramms des Regimes die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Opposition mehr Stimmen gewinnen kann und die Herausforderungen für das Regime, Wähler:innen für sich zu mobilisieren, steigen. Wie schon bei der Dumawahl im Jahr 2011 wird in den neuen Medien darüber diskutiert, wie man am besten seine Opposition zum Ausdruck bringt, wenn es keine echte Wahl gibt. Im Allgemeinen deutet das auf die Bereitschaft hin, sich bei den Wahlen zu engagieren, protestwählen zu gehen und an Demonstrationen teilzunehmen. Im Gegensatz zu 2011 ist diese neue Opposition hinsichtlich der Geografie und Klassenzugehörigkeit breiter aufgestellt. Sie stützt sich auch zunehmend auf nicht-politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivismus, dessen Strukturen, Fachwissen und taktische Fähigkeiten genutzt werden, um die Koordination der Wähler:innen zu ermöglichen.

Als Reaktion darauf hat das Regime seine Mobilisierungsstrategie mit neuen Taktiken untermauert. Es wirbt mit Wahlversprechen, die im Gegenzug für die Loyalität der Wähler:innen mehr soziale Leistungen versprechen. Durch die erfolgreiche nationale Abstimmung über die Verfassungsreform wird die soziale Unterstützung in den Mittelpunkt der Kampagne von Einiges Russland gerückt und verdrängt die programmatischen Ansprüche anderer Parteien und Nawalnyjs Populismus, der in der linken Mitte zu verordnen ist.

Zweitens verstärkte das Regime seine Bemühungen, die Signale der Opposition zu übertönen und alternative Medienquellen zu neutralisieren, indem es Twitter und TikTok in deren Reichweite einschränkt und mit vorinstallierten russischen Apps auf den in Russland verkauften Geräten den Informationsraum in den neuen Medien für sich erobert. Regionale Gouverneure schaffen Webportale für Wähler:innen, um Beschwerden einzureichen und Informationen über Bürger:innenpräferenzen zu sammeln. Der Kreml hat ein ähnliches Informationsüberwachungssystem entwickelt, das die Gouverneur:innen umgeht und Details über die Beschwerden der Wähler:innen direkt an Polittechnolog:innen in der Präsidialverwaltung sendet. Massenhafte Repressionen gegen Alexej Nawalnyj, sein Team und unabhängige Kommunalabgeordnete reichen weit in den Raum hinein, in dem bürgerschaftliches Engagement stattfindet. Damit sollen die Verbindung zwischen nicht-politischem Aktivismus und Wählermobilisie-

rung gekappt und kritische Stimmen stumm geschaltet werden. Schließlich imitiert der Kreml die Strategie des »Schlaue Abstimmen« mit seiner eigenen App »Schlaue Stimme« und weiteren Mitteln, die die Taktik der Opposition kopieren.

Schließlich haben die jüngsten Protestaktionen gegen die Rentenreform und Covid-19 den Konflikt innerhalb der Kommunistischen Partei (KPRF) und die Abneigung der Basis gegen die Zusammenarbeit der Führung der KPRF mit dem Kreml offenbart. Die Nawalnyj-Solidaritätsproteste im Februar 2021 zeigten neue Spaltungstendenzen innerhalb der KPRF auf, als aufstrebende regionale Parteiführende ihre Unterstützung für Nawalnyj und sein sozialdemokratisches politisches Programm zum Ausdruck brachten. Der Kreml rächt sich an seiner systemtreuen Opposition mit linken Scheinparteien, denn auch von der loyalen Wahlbeobachtung, die vom Kreml organisiert wird, ist die KPRF ausgeschlossen worden.

Diese Maßnahmen erhöhen die Kosten eines Kreml-Sieges und liefern den Oppositions-Wähler:innen neue Informationen, was einen neuen Zyklus von Innovationen im ungleichen Wettbewerb mit dem autoritären Regime in Gang setzt. Bei Wahlen kommen Unzufriedenheit und enttäuschte Erwartungen immer besonders ans Tageslicht. Dies führt dazu, dass die Mobilisierungsstrategie des Kremls unsicherer wird und das Potenzial für Proteste nach den Wahlen steigt. Wie die sowjetischen Wahlen von 1989 und 1990 gezeigt haben, kann die Koordination der Opposition durch Küchengespräche und Informationsaustausch erreicht werden, der ohne komplizierte Technologien auskommt wie zum Beispiel die Strategie Nawalnyjs, die Online- und Offline-Kommunikation zu kombinieren, um den Wähler:innen die Wahltaktik der Opposition klarzumachen. Dies alles heißt nicht unbedingt, dass es zu einer Revolution kommen muss. Aber dennoch können Wahlen unerwartete Ergebnisse hervorbringen.

Über die Autorin

Regina Smyth ist Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University und ist im akademischen Jahr 2020–2021 Gastwissenschaftlerin am Woodrow Wilson Center in Washington D.C. Smyths jüngstes Buch ist »Elections, Protest, and Authoritarian Regime Stability, Russia 2008–2020« (Cambridge University Press).

Lesetipps

- Smyth, R. & Wilson Sokhey, S. (2021). Constitutional reform and the value of social citizenship, *Russian Politics*, 6, 90–110.
- Turchenko, M., & Golosov, G. V. (2021). Smart enough to make a difference? An empirical test of the efficacy of strategic voting in Russia's authoritarian elections. *Post-Soviet Affairs*, 37(1), 65–79.
- Zhelnina, A. (2020). Engaging Neighbors: Housing Strategies and Political Mobilization in Moscow's Renovation, Doctoral Dissertation, City University of New York, https://academicworks.cuny.edu/gc_etds/4015/.
- Zhuravlev, O., Savelyeva, N., & Erpyleva, S. (2019). The cultural pragmatics of an event: The politicization of local activism in Russia. *International Journal of Politics, Culture, and Society*, 1–18.

Wird das Putin-Regime überleben?

Andreas Heinemann-Grüder (Universität Bonn)

Das Putin-Regime ist ein lernendes autoritäres Regime; es ist zwar nicht gegen Krisen gefeit, jedoch widerstandsfähig. Russland ist keine elektorale Autokratie mehr, weil die Wahlen zu Plebisziten verkommen sind, bei denen es keine echte Alternative gibt. Viele Entscheidungen werden ad hoc getroffen, jenseits von Institutionen und rechtlichen Beschränkungen, die Legitimität verleihen und Qualität sichern. In Putins Russland verstärken sich der Absolutismus des Autokraten, der Autismus der führenden Kreise und die Autonomie der Sicherheitsapparate gegenseitig. Seit 2012

ist Putin mit juristischen Schritten und Repressionen vorgegangen und hat viel in Medienkampagnen investiert, um sein Regime abzusichern und vor Störfaktoren zu schützen, die ihm gefährlich erscheinen. Putins präventive Konterrevolution ist bisher erfolgreich gewesen, wobei er die unabhängige Zivilgesellschaft kriminalisiert, oppositionelle Kräfte als fünfte Kolonne des Westens diffamiert, die Massenmedien kontrolliert und die sozialen Medien instrumentalisiert, die Reichweite der Sicherheitsapparate ausdehnt und Cyberattacken in Auftrag gibt.

Putins Regime wird so lange überleben, wie es hinreichend staatliche Strukturen unter Kontrolle hat. Die Sicherheitsdienste und das Justizsystem haben das Gewaltmonopol; der Staat ist in der Lage, Steuern zu erheben und andere Ressourcen zu mobilisieren; er gewährt die grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen und die Verfahren der Bürokratie funktionieren. Russland hat keinen Krieg verloren. Putins Herrschaft hat Kompensationen für den Verlust von Russlands Status nach der Auflösung der Sowjetunion geliefert und das Unbehagen vergessen lassen, dass das Land von den ehemaligen sowjetischen Verbündeten in Osteuropa und China wirtschaftlich überholt wurde. Putin hat es zudem geschafft, der nie eingestandenen kollektiven Scham über die massenhaften Verbrechen in der Sowjetunion etwas zum Ausgleich entgegenzusetzen, indem er die Vorstellung von der historischen Größe Russlands und der Sowjetunion vorantreibt. Putins Rache für die gefühlte Erniedrigung, für die russische Variante des Versailles-Syndroms, stößt bei jenen Altersgruppen auf Resonanz, die ihre prägenden Jahre in der Sowjetunion und in den 1990er Jahren erlebt haben.

Russlands Rückfall in die Autokratie fügt sich in den globalen Trend der vergangenen 20 Jahre, bei dem die Demokratie zum Stillstand gekommen ist und eine Umkehr erfährt. Gleichzeitig halten sich hartnäckig Militär-, Einparteien- und personalistische Regime. Das Problem der Nachfolge für Putin ist nicht gelöst, allerdings sollten Thronfolgekrisen auch nicht überbewertet werden: Aserbaidschan, China, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan haben die Nachfolgefrage ohne Systemkrise bewältigt.

Gleichwohl werden politische Regime für gewöhnlich instabil, sobald die aufwärts gerichtete soziale und politische Mobilität unterdrückt wird, sobald eine Gerontokratie wie die der Breschnew-Ära zementiert ist und sobald die Zahl der Nutznießer schrumpft. Die Kleptokratie der Kamarilla in Russland konnte auf schweigende Zustimmung rechnen, solange das Regime in der Lage war, Güter an die Klienteln zu verteilen. Die soziale Klientel schrumpft jedoch und das sorgt für Unzufriedenheit, insbesondere in der städtischen Mittelschicht.

Das Regime Putins radikalisiert sich umso stärker, je mehr Quellen seiner Legitimität verpuffen, etwa Putins Image als Gegenentwurf zu Jelzin und als Messias in James-Bond-Manier. Das Appellieren an die Werte des *Homo Sovieticus*, an orthodoxe Traditionen oder den Hurra-Patriotismus nach der Annexion der Krim verlieren an Zugkraft. Die Generation, die nach der Auflösung der UdSSR geboren wurde, wird von der Propaganda des Kremls und dem staatlichen Fernsehen nicht mehr erreicht. Staatlich geförderte Bewegungen wie früher *Naschi* können die Jugend schon nicht mehr mobi-

lisieren. Die Unterstützung für das Regime nimmt eher ab. Russlands Modell als Ölstaat ist außer Mode, das Zeitalter fossiler Brennstoffe neigt sich seinem Ende zu.

Die Radikalisierung des Putin-Regimes entspringt auch der Struktur politischer Macht. Radikalisierung entstammt nicht ideologischer Weltansichten; der führende Kreis im Kreml ist antiliberal, aber sonst frei von jeder Weltanschauung. Entscheidungen werden von einem sehr kleinen Kreis aus Putins Kumpanen getroffen, ohne Gegengewichte in institutioneller oder persönlicher Form. Der innere Kreis geht auf autistische, stereotype Weise vor. Während Nähe zum Präsidenten Macht bedeutet, gibt es allerdings mehrere »Vertikalen der Macht«. Jeder der Akteure im institutionellen Gefüge muss abwägen, welcher der Einflusskanäle vorteilhafter ist. Russland besteht aus einem System konkurrierender Sonderbeauftragter (*»kuratory«*). Allerdings ist es nicht immer leicht herauszufinden, wer nun gerade von Putin favorisiert wird. In Russlands politischem Regime herrscht eine Kombination aus Autokratie und Anarchie. Das führt zu schlechten Entscheidungen, die dann vertuscht oder korrigiert werden müssen. Der ständige Druck, Fehler und Mängel unter den Tisch zu kehren, erzeugt Nervosität, Schuldzuweisungen und radikale Lösungen. Der fehlgeschlagene Versuch, Alexej Nawalnyj umzubringen, passt hier ins Bild. *Bellingcat* und Nawalnyjs Team haben die Täter enthüllt. Diese Art von Scheitern provoziert eine Suche nach Schuldigen, denn das jeweilige Syndrom des Scheiterns muss korrigiert werden.

Und schließlich wird die Radikalisierung durch die Autonomie der Sicherheitsdienste und die Konkurrenz zwischen ihnen befeuert, insbesondere der Geheimdienste. Die Vorgehensweise des Kadyrow-Regimes in der russischen Teilrepublik Tschetschenien ist von der Peripherie ins Zentrum gesickert, unter anderem mit Auftragsmorden und dem Einsatz irregulärer paramilitärischer Kräfte.

Die Entwicklungsbahn des Regimes in den kommenden Jahren wird vom Verhalten der Sicherheitsdienste bestimmt werden: Sie können dem Herrscher zur Seite stehen, neutral bleiben oder überlaufen. Ihre Kalkulation wird davon abhängen, wie sie die Machtkonstellation einschätzen (niemand möchte auf der Seite der Verlierer stehen). Und von der Aussicht auf Amnestie (keine Tribunale), von der Gefahr von Instabilität, die auch ihre Organisationen erfassen könnte (kein Niedergang der Armee oder der Polizei wie in der späten Sowjetzeit und den ersten postsowjetischen Jahren), von den zu erwartenden Auswirkungen auf die Protektion (wer wird seine Privilegien verlieren?) und von den Angeboten derer, die das Regime herausfordern und mit einem Seitenwechsel locken. Die Ermordung des ehemaligen Spions Litwinenko in London und der Mordversuch

an dem ehemaligen Spion Skripal im englischen Salisbury schrecken potenzielle Überläufer ab. Das Regime wird die Zivilgesellschaft einschüchtern, um autonome Aktivitäten zu unterbinden, und zielgerichtet Gewalt gegen Oppositionsführer einsetzen, wird aber wohl vor Schüssen auf Massendemonstrationen (wie es sie unter Gaddafi, Assad oder Janukowytsch gegeben hat) zurückschrecken. Putin wird eher auf eine harte Unterdrückung von Aufruhr setzen denn auf Blutsonntage.

Mit seinen Enthüllungen über die Fäulnis von Putins Kleptokratie und das sultanhafte Gebaren seiner Kumpane ist Alexej Nawalnyj vorübergehend in der Lage gewesen, die Agenda der öffentlichen Debatte zu bestimmen. Nawalnyj hat wie ein Amokläufer versucht, Putin zu einer Entscheidungsschlacht zu zwingen und die Unzufriedenen um sich zu scharen. Putins Technolo-

gen mussten reagieren, und sie taten dies durch die Difamierung, Verhaftung und Verurteilung von Nawalnyj. Nawalnyj hat den personalistischen Charakter von Putins Regime ins Visier genommen und dabei selbst den Politikstil eines charismatischen, populistischen und polarisierenden Führers gepflegt. Jedoch muss in Russland jede Gruppe potenzieller Herausforderer eine programmatische Alternative zum Putinismus anbieten, also mehr als nur einen Ersatz für den Amtsinhaber, und sie müsste Anreize liefern, die derzeit siegreiche Koalition zu verlassen. Ein Ende von Putins Herrschaft wird eher durch eine Spaltung der Eliten verursacht werden als durch Proteste.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andreas Heinemann-Grüder lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und ist Senior Researcher am *Bonn International Centre for Conversion* (BICC). Er hat jüngst ein Forschungsprojekt über irreguläre bewaffnete Gruppierungen im Konflikt in der Ukraine geleitet und forscht derzeit zu postsowjetischen De Facto-Regimen.

Vorbereitung auf die Parlamentswahlen 2021

Andrei Semenov (Zentrum für vergleichende Geschichts- und Politikwissenschaft, Staatliche Universität Perm)

Für die im September 2021 anstehenden Parlamentswahlen in Russland ist bereits die Schlacht zwischen dem Regime und der Opposition eröffnet. Angesichts der Verfassungsänderungen, die es Wladimir Putin erlauben, für eine weitere Amtszeit anzutreten, erlangt die Kontrolle über die Staatsduma große Bedeutung für einen reibungslosen Übergang in die nächste Amtszeit. Allerdings stellt die Bewahrung der Parlamentsmehrheit von *Einiges Russland* eine Herausforderung dar: Die Umfragewerte der Partei sind auf einem historischen Tiefpunkt, und die von Alexej Nawalnyj verfolgte Strategie des *Smart Voting* (Schlaues Abstimmen) bedroht die Dominanz von *Einiges Russland* in den Wahlkreisen. In der Konsequenz setzt das Regime zunehmend auf Zwangsmaßnahmen und ein Aussieben der Oppositionskandidaten. Während der Kampf um die Duma-mandate intensiver wird, können sich sogar die Parteien der Systemopposition nicht mehr sicher fühlen. Auch um deren Umfragewerte ist es nicht gut bestellt und die potenziellen Kandidaten werden wohl zusätzlichen Druck erfahren, damit sie bei den Wahlen Platz für die Regierungspartei schaffen.

Die wirtschaftliche Lage wird zweifellos ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die verfügbaren Realeinkommen gehen das sechste Jahr in Folge zurück, der

derzeitige Wechselkurs lässt die Kaufkraft für Importe zurückgehen und die Aussichten für eine wirtschaftliche Erholung sind derzeit bestenfalls mager. Die Coronapandemie verstärkt die gegenwärtige Krise: Die Inflation hat die Marke von 4,9 Prozent erreicht (über 4 Prozentpunkte über dem Ziel der Zentralbank) und die Arbeitslosenquote ist 2020 auf den historischen Wert von 6,3 Prozent gestiegen. Die Bevölkerung ist wegen steigender Preise, Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption besorgt; diese Fragen bleiben laut den regelmäßigen Umfragen des *Lewada-Zentrums* die hervorstechenden Probleme: Im August 2020 nannten 61 Prozent der Befragten Inflation an erster Stelle (2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr), für 44 Prozent war es Arbeitslosigkeit (+ 8 Prozentpunkte), für 39 Prozent war es Armut (- 3 Prozentpunkte) und für 38 Prozent waren es Korruption und Bestechung (- 3 Prozentpunkte). 26 Prozent nannten die Wirtschaftskrise, die an siebter Stelle rangierte.

Angesichts der Wirtschaftskrise haben die großen politischen Parteien nur wenig, was sie anbieten können. *Einiges Russland* bleibt im Fahrwasser der Exekutive und schlägt außer der jüngsten Reihe restriktiver Gesetze nur wenig zur Linderung der wirtschaftlichen Beschwerden vor. Die Umfragewerte der Partei beweg-

ten sich das ganze Jahr 2020 wenig überraschend bei knapp über 30 Prozent, ohne Aussicht auf eine Besserung. Allerdings hat die Systemopposition aus diesem Rückgang nur wenig Kapital schlagen können: Laut Umfragen des (staatlich kontrollierten, Anm. d. Redaktion) WZIOM lagen die Werte der *Kommunistischen Partei* 2020 im Schnitt bei 13,6 Prozent (1,8 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr), sind die Werte für die *Liberaldemokratische Partei* von 12,3 auf 11,5 Prozent zurückgegangen, und *Gerechtes Russland* hat nur um minimale 0,16 Prozentpunkte zugelegt. Es war nämlich die Unterstützung der nicht im Parlament vertretenen Parteien, die seit 2017 stetig gestiegen ist und im Oktober 2020 mit 13,9 Prozent ihren Höchstwert erreichte. Angesichts des überraschend geringen Anteils derjenigen, die nicht zur Wahl gehen wollen (2020 im Schnitt 8,9 %) liegen die Anzeichen für eine politische Neuausrichtung der Wählerschaft klar auf der Hand.

Es ist unwahrscheinlich, dass neue Parteien das Bedürfnis nach einem Wandel befriedigen werden. Ungeachtet einiger Durchbrüche bei den Regionalwahlen, die es Parteien wie der *Grünen Alternative* oder den *Neuen Leuten* erlauben, ohne die Hürde einer Unterschriftensammlung bei den Wahlen zur Staatsduma anzutreten, bleibt deren Wählbarkeit auf föderaler Ebene fragwürdig. Andere wie die linkskonservative Partei *Sa Prawdu* (dt.: »Für die Wahrheit«) oder die *Patrioten Russlands* haben es vorgezogen, sich mit etablierten Systemparteien wie *Gerechtes Russland* zusammenzuschließen. Dies ist wohl als ein verzweifelter Versuch des Kreml zu werten, die regimeloyalen Mitte-Links-Kräfte zu retten. Da die mehrfachen Versuche Alexej Nawalnyjs, seine Partei registrieren zu lassen, scheiterten, ist einem beträchtlichen Teil der Wählerschaft praktisch das Wahlrecht genommen worden, da Nawalnyj und seine Bewegung somit nicht bei Wahlen antreten können, ohne vorher Unterschriften zu sammeln. Vieles wird davon abhängen, wie weit der Kreml bei sei-

ner Strategie des Aussiebens unabhängiger Kandidaten gehen will.

Zu den Wahlen auf föderaler Ebene kommen noch Wahlen in 51 Regionen hinzu (39 Regionalparlamente und 12 Gouverneure, neun davon in direkter Wahl), unter anderem in Hotspots wie der Region Chabarowsk und zwei relativ umkämpften Föderationssubjekten, dem Swerdlowsker Gebiet und der Region Perm. Die parallel stattfindenden Wahlen dürften die Wahlbeteiligung erhöhen, wovon wohl eher die Opposition profitieren wird. Es erhöht zudem den Aufwand, die Vielzahl der Wahlen vom Zentrum aus zu managen und lädt zu gelegentlichen Fehlkalkulationen ein. Für die Opposition bedeutet es die Gelegenheit, zu verhandeln und dem Regime Zugeständnisse abzurufen. Ein negativer Aspekt ist, dass durch die Entscheidung des Kremls, die Protestbewegung vom Januar 2021 zu unterdrücken, Politik mittels Institutionen wie Wahlen und Parlamente für den am kritischsten eingestellten Teil der Opposition verschlossen bleiben wird.

Selbst in autoritären Regimen haben Parlamente eine gewisse Bedeutung, und die Staatsduma ist hier keine Ausnahme. Parlamente sind nicht nur ein Ort von Verhandlungen zwischen Gruppen der Elite und dem amtierenden Herrscher, sondern bieten auch ein Minimum an politischer Repräsentation und haben die gesetzgebende Funktion inne. Wladimir Putin hat in den Jahren seiner Herrschaft Gesetze eher in seinem Sinne zurechtgebogen denn glattweg verletzt. Ungeachtet ihrer Reputation als zahnloses, die Vorlagen durchwinkendes Parlament ist die Staatsduma in dieser Hinsicht ein wichtiger Akteur, und in dem Maß, in dem der Kreml sein Vorgehen rechtlich untermauern muss, wird die Zukunft des Regimes auch von der Zusammensetzung des nächsten Parlaments abhängen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Semenov ist Direktor des Zentrums für vergleichende Geschichts- und Politikwissenschaft an der Staatlichen Universität Perm. Als Politikwissenschaftler konzentriert er sich auf politischen Wettbewerb, Wahlen und Parteipolitik im heutigen Russland. Arbeiten von ihm sind unter anderem in den Zeitschriften *Social Movement Studies*, *East European Politics* und *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization* veröffentlicht worden.

Vor den Dumawahlen weitet Russland die elektronische Stimmabgabe aus – warum und mit welchen potenziellen Folgen?

Stas Gorelik (George Washington-Universität, Washington D.C. / Forschungsstelle Osteuropa, Bremen)

Verbreitung neuer Technologien zur Stimmabgabe

2019 wurde recht überraschend bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma eine Online-Stimmabgabe (russ. offiziell: »distanzionnoje elektronnoje golosowanije«) eingeführt (<https://meduza.io/en/feature/2019/09/07/shut-up-and-trust-them>), allerdings vorerst nur in drei städtischen Wahlkreisen (»okrugi«). Im Jahr darauf, im Frühjahr 2020 wurde beschlossen, dass unabhängige Kandidat:innen, die Unterschriften sammeln müssen, um bei regionalen Parlamentswahlen antreten zu können, dies online über das Portal *gosuslugi.ru* tun können. Darüber hinaus konnten über eine Million Wähler:innen aus Moskau und dem Gebiet Nischni Nowgorod online an der Volksabstimmung über die Verfassungsänderung teilnehmen (<https://tass.com/society/1173463>; <https://www.rbc.ru/politics/01/07/2020/5efccdb09a7947b892449d6a>). In diesem Jahr können laut der Zentralen Wahlkommission Russlands neun Regionen bei den Dumawahlen und den anderen Wahlen eine elektronische Stimmabgabe organisieren (<https://www.golosinfo.org/articles/145084>).

Einerseits mögen diese Neuerungen angesichts der Corona-Pandemie vernünftig erscheinen. Andererseits ist es unwahrscheinlich, dass damit Wahlbetrug eingedämmt werden kann. In der Tat hatte der begrenzte Einsatz einer elektronischen Stimmabgabe 2019 bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma zu einem Skandal geführt, als in einem der »Online-Stimmbezirke« ein anomal hoher Stimmenanteil für einen Kandidaten festgestellt wurde, den die Stadtverwaltung unterstützt hatte (Einer der Kandidat:innen in diesem Stimmbezirk hatte offiziell Beschwerde eingelegt und sogar eine Internetseite über diesen Fall eingerichtet: <https://evoting.ru/en>). Im Allgemeinen sind die Instrumente zur Online-Stimmabgabe in Russland übereilt und ohne eine richtige unabhängige Aufsicht entwickelt worden. So ist zum Beispiel immer noch unklar, wie bei den kommenden Wahlen ein System zur Online-Stimmabgabe genau funktionieren soll, und wie die Zivilgesellschaft hier ein Monitoring durchführen könnte (<https://www.golosinfo.org/articles/145084>).

Wie der Kreml aus den neuen Technologien Kapital schlagen kann

Zunächst kann die Einführung und der zunehmende Einsatz dieser Instrumente für eine Erhöhung der Legitimität genutzt werden, indem demonstriert wird, dass

das Regime tatsächlich auf die Unzufriedenheit einiger Wähler:innen dadurch reagiert, dass die Qualität der Wahlen verbessert wird. So kann die Neuerung, dass potenziellen Kandidat:innen eine Unterschriftensammlung über *gosuslugi.ru* erlaubt wird, als Antwort auf die Moskauer Proteste 2019 betrachtet werden. Diese hatten begonnen, als viele Oppositionskandidat:innen unter dem Vorwand nicht zugelassen wurden, dass die gesammelten Unterschriften in ihren Registrierungsunterlagen ungültig seien.

Wichtiger ist jedoch, dass die Behörden, wenn sie mit Hilfe eines Online-Wahlsystems jemandem Stimmen »entziehen« oder der oder dem »richtigen« Kandidat:in zusätzliche Stimmen organisieren wollen, nicht mehr auf Mittelsleute wie Mitglieder lokaler Wahlkommissionen oder Direktor:innen staatlicher Unternehmen angewiesen sind. Illegale Maßnahmen, etwa der stapelweise Einwurf manipulierter Stimmzettel oder die Drohung mit Entlassung an Angestellte, die sich dem Regime gegenüber nicht loyal zeigen, können von Aktivist:innen aufgedeckt werden, was diese Mittelsleute mitunter vorsichtig und skeptisch macht, wie Cole J. Harvey zu bedenken gibt. Gleichzeitig zeigen einige Forschungsarbeiten, etwa der Beitrag von Sutton, Butcher und Svensson zu Protestmobilisierung als Antwort auf Repressionen durch die Polizei und der von Philipp Kuntz und Mark Thompson zu Demonstrationen nach Wahlen, dass sichtbare und/oder schnell verfügbare Belege für Verfehlungen der Behörden die Wahrscheinlichkeit von Protesten beträchtlich erhöhen können. Solche Belege während der Wahlen zu erlangen, ist schwierig. Und selbst wenn es zu wachsender öffentlicher Kritik kommt, können neueingeführte Technologien einfach wieder ausrangiert werden. So wurden beispielsweise in Kasachstan die in den frühen 2000er Jahren eingeführten elektronische Wahlmaschinen 2011 wieder abgeschafft, schreibt Maxat Kassen. Würde der Kreml so vorgehen, könnte er wiederum Punkte für seine Legitimität sammeln, weil er vorgeblich eine Reaktion zeigt. Und schließlich können die Behörden elektronisches Wählen und das Online-Sammeln von Unterstützerunterschriften in der Praxis auf strategische und sichere Weise einsetzen. So könnte elektronisches Wählen nur in den Hochburgen des Regimes zugelassen werden. Bei den Parlamentswahlen 2008 in Aserbaidschan war in potenziell »problematischen« Wahlkreisen, in denen auf unverfrorenen Wahlbetrug zurückgegriffen werden musste, die Wahrscheinlichkeit geringer, dass Videoka-

meras installiert wurden, so das Ergebnis einer Studie von Sjoberg. In Russland war es so, dass die Zustimmungsraten zu den Verfassungsänderungen bei denen, die in Moskau und in Nischni Nowgorod online abgestimmt haben, unter dem landesweiten Wert von 78 Prozent lagen, nämlich bei rund 62 bzw. 60 Prozent. Allerdings ist auffällig, dass die Verfassungsänderungen hier nicht einmal von einer Mehrheit jener abgelehnt wurden, die online abgestimmt hatten und von denen anzunehmen ist, dass sie liberaler eingestellt sind als der oder die russische Durchschnittswähler:in. Was die Unterstützerunterschriften anbelangt, so könnte Anwärt:innen für das Regionalparlament erlaubt werden, höchstens die Hälfte der Unterschriften online zu sammeln. Das würde den Behörden immer noch reichlich Raum lassen, sie unter dem gewohnten Vorwand nicht anzuerkennen, dass zu viele der konventionell gesammelten Unterschriften ungültig seien.

Über den Autor

Stas Gorelik promoviert an der George Washington-Universität und ist derzeit dank eines Stipendiums der ZEIT-Stiftung Gastwissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. Zu seinen gegenwärtigen Forschungsinteressen gehören neue Formen der Wahlmanipulation in autoritären Staaten und prodemokratische Massenproteste.

Bibliographie

- Bækken, Håvard: Selections before Elections: Double Standards in Implementing Election Registration Procedures in Russia?, in: *Communist and Post-communist Studies*, 48.2015, Nr. 1, S. 61–70.
- Brancati, Dawn: Pocketbook Protests: Explaining the Emergence of Pro-democracy Protests Worldwide, in: *Comparative Political Studies*, 47.2014, Nr. 11, S. 1503–1530.
- Harvey, Cole J.: Principal–Agent Dynamics and Electoral Manipulation: Local Risks, Patronage and Tactical Variation in Russian Elections, 2003–2012, in: *Europe-Asia Studies*, 72.2020, Nr. 5, S. 837–862.
- Kassen, Maxat: Politicization of E-voting Rejection: Reflections from Kazakhstan, in: *Transforming Government: People, Process and Policy*, 14.2020, Nr. 2, S. 305–330.
- Kuntz, Philipp; Mark R. Thompson: More than Just the Final Straw: Stolen Elections as Revolutionary Triggers, in: *Comparative Politics*, 41.2009, Nr. 3, S. 253–272.
- Lucardi, Adrián: Strength in Expectation: Elections, Economic Performance, and Authoritarian Breakdown, in: *The Journal of Politics*, 81.2019, Nr. 2, S. 552–570.
- Sjoberg, Fredrik M.: Autocratic Adaptation: The Strategic Use of Transparency and the Persistence of Election Fraud, in: *Electoral Studies*, 33.2014 (März 2014), S. 233–245.
- Sutton, Jonathan; Charles R. Butcher, Isak Svensson: Explaining Political Jiu-jitsu: Institution-building and the Outcomes of Regime Violence against Unarmed Protests, in: *Journal of Peace Research*, 51.2014, Nr. 5, S. 559–573.

Neue Technologien zur Stimmabgabe könnten also die Lage mit den Wahlfälschungen bei den anstehenden Wahlen und in der Folgezeit verschlechtern. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass sie massenhafte Unzufriedenheit verhindern werden, wenn die Voraussetzungen hierfür herangereift sind. Einige vergleichende Forschungen zeigen, dass Proteste nach Wahlen nicht oder nicht allein wegen Wahlfälschungen an sich erfolgen. Sie sind wahrscheinlicher, wenn Bürger:innen vom herrschenden Regime aufgrund der sozio-ökonomischen Belastungen enttäuscht sind und beginnen, auf einen Wandel zu hoffen, wie Dawn Brancati und Adrián Lucardi herausgearbeitet haben. In einer solchen Situation kann jedes Ergebnis zugunsten des herrschenden Regimes zum Auslöser werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Bedingungen der Wahlbeobachtung durch Bürger in der Russischen Föderation vor den Dumawahlen 2021

Tatyana Hilscher-Bogussevich (Hemmingen)

Die russischen Gesetze sehen die Beobachtung von Wahlprozessen durch Vertreter der zur Wahl stehenden Kandidaten, durch Medien und durch internationale Beobachter vor. Sie garantieren allerdings nicht explizit die Möglichkeit einer langfristigen Wahlbeobachtung und den Zugang zu Institutionen und Prozessen der Wahl. Außerdem gibt es – in Verletzung internationaler Standards – keine Regeln zur Direktakkreditierung russischer zivilgesellschaftlicher Wahlbeobachter. Diese müssen über Kandidaten oder Medien akkreditiert werden oder – seit 2017 – auf Nominierungen durch die staatlich kontrollierte Zivilkammer zurückgreifen. Dass Vertreter einheimischer, zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht direkt als Wahlbeobachter akkreditiert werden können, widerspricht der Idee einer unabhängigen und neutralen Wahlbeobachtung durch die Bürger. Jegliche Zugehörigkeit bewirkt eher, dass eine Loyalität zu den entsendenden Akteuren erwartet oder angenommen wird, als den Prinzipien unvoreingenommener Wahlbeobachtung zu dienen.

Weitere Einschränkungen bedeuten Regelungen, laut denen jede Einrichtung höchstens zwei Beobachter pro Wahllokal aufstellen darf, wobei diese nicht beide gleichzeitig anwesend sein dürfen, sondern immer nur einer von ihnen. Außerdem müssen Beobachter bestimmten Wahlkommissionen zugeordnet werden, was die mobile Wahlbeobachtung effektiv verhindert. Als weitere Einschränkung werden Wahlkreise festgelegt, innerhalb derer die Beobachter jeweils aufgestellt werden können. Das schränkt deren Mobilität zusätzlich ein, denn Beobachter bei Regional- und Lokalwahlen können so ausschließlich in ihren jeweiligen Regionen oder Orten tätig sein. Eine weitere administrative Hürde ist schließlich, dass bei den jeweiligen Territorialen Wahlkommissionen drei Tage vor den Wahlterminen Listen mit den für die Wahllokale aufgestellten Wahlbeobachtern eingereicht werden müssen.

Gleichzeitig kritisieren russische und internationale Experten schon lange die Wahlbeobachtung durch Zivilkammern, die der russische Staat aktiv befördert. Kritisiert wird vor allem die fehlende einheitliche Beobachtungsmethode, ihr Fokus auf den Abläufen am Wahltag, dass sie keinerlei Maßnahmen zur Langzeitbeobachtung vorsieht und vor allem mutmaßliche Verbindungen und die Loyalität der Kammern zu den staatlichen Behörden.

Am 30. Dezember 2020 wurden die Bestimmungen der ohnehin schon repressiven »Ausländische-Agenten«-Gesetzgebung noch weiter ausgedehnt, sodass diese nun

auf alle rechtsfähigen öffentlichen Vereinigungen und Privatpersonen angewendet werden können, die sich in Form »politischer Aktivitäten« engagieren und Unterstützung aus dem Ausland erhalten. »Politische Aktivitäten« wird dabei über die Maßen breit definiert. »Unterstützung aus dem Ausland« umfasst nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch jegliche materielle, organisatorische oder methodische Unterstützung, selbst solche über Mittelsleute. Das Wahlgesetz verbietet nicht-kommerziellen Organisationen, denen zugeschrieben wird, Funktionen »ausländischer Agenten« auszuführen, jegliche Aktivitäten, die der Organisation von Wahlen dienen oder diese konterkarieren könnten, genauso wie die Aufstellung von Kandidaten sowie jede andere Art der Beteiligung an Wahlkämpfen. Die Gesamtheit der Restriktionen, die diese Regelungen bedeuten, schränken die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Unterstützer weiter deutlich ein, sich im Rahmen von Wahlbeobachtung oder anderweitig im Zusammenhang mit Wahlen – etwa bei der Wählerinformation oder in Aufklärungskampagnen – zu engagieren.

Nach Pilotversuchen bei den Wahlen in den Oblasten Kursk und Jaroslawl im September 2020 gab die Zentrale Wahlkommission ihre Absicht bekannt, den Einsatz des elektronischen Distanzwählens bei den Dumawahlen auf sechs Regionen auszuweiten. Die schrittweise Einbeziehung neuer Technologien zur Stimmabgabe steht zwar mit international anerkannten Praktiken im Einklang, durch das Wählen außerhalb der kontrollierten Umgebung von Wahllokalen birgt die elektronische Stimmabgabe allerdings nach wie vor Gefahren – bedroht sind unter anderem die Prinzipien der geheimen, freien und ordnungsgemäßen Abstimmung sowie das öffentliche Vertrauen. Angesichts der eingeschränkten Beobachtbarkeit technologischer Lösungen dürfte der breitere Einsatz elektronischer Stimmabgabe für die Beobachter der Wahlen 2021 weiter Herausforderungen mit sich bringen.

Seit 2012 werden in Russland Wahllokale mit Videokameras ausgestattet, um den Wahltag aufzuzeichnen und das Material online zu übertragen – diese Maßnahmen, so hieß es, sollen das öffentliche Vertrauen in den Ablauf der Wahlen und deren Transparenz erhöhen. Angesichts der gesamten Einschränkungen der unabhängigen Bürgerwahlbeobachtung stellt die Distanzbeobachtung einen wichtigen und in manchen Fällen den einzigen Beobachtungsmechanismus dar und Beobachtungsorganisationen waren in der Lage, Werkzeuge und

Taktiken zu entwickeln, um ihn gut zu nutzen. Man sollte jedoch nicht der Illusion anhängen, dass Video- beobachtung eine unabhängige Wahlbeobachtung ersetzen oder diese wirklich unterstützen könnte. Davon abgesehen, dass Webkameras nicht alles, was in einem Wahllokal passiert, aufnehmen können, ist es schwierig, eine groß angelegte Beobachtung einer online Übertragung durchzuführen. Außerdem ist der Zugang zu den Aufnahmen nach dem Wahltag schwierig zu erwirken und es ist eine komplizierte Aufgabe, das Material aus-

zuwerten. Bürger-Wahlbeobachtern ist es kaum möglich, von den Wahlbehörden die offiziellen Aufnahmen für weitere Überprüfungen zu erhalten. Und Gerichte halten sich an die Regel, Betrugsbeweise, die auf offiziellen Videoaufnahmen von Bürger-Wahlbeobachtern basieren, nicht anzuerkennen.

*Übersetzung (gekürzt) aus dem Englischen:
Sophie Hellgardt*

Über die Autorin

Tatyana Hilscher-Bogusevich ist eine unabhängige internationale Beraterin in den Bereichen demokratische Wahlen, Entwicklung und Regierungsführung mit besonderem Fokus auf Mittel- und Osteuropa, Zentralasien und Kaukasus. Als Wahlexpertin arbeitet sie mit verschiedenen internationalen Organisationen in Bezug auf die Wahlbeobachtung, die Entwicklung von Beobachtungsmethoden, die Analyse von Gesetzen, Beobachterschulungen sowie die Nachbereitung von Wahlen und technische Unterstützung zusammen. Tatyana hat einen MSc in Comparative Politics und ein Certificate of Legal Studies, beide von der London School of Economics and Political Sciences.

Über den Redakteur

Adam Busuleanu leitet die Europäische Plattform für Demokratische Wahlen (EPDE) und beteiligt sich seit 2004 an Wahlbeobachtungsmissionen in Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

EPDE wird finanziell gefördert von der Europäischen Union, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Programm Zivik aus dem Fonds des Instituts für Auslandsbeziehungen beim Auswärtigen Amt. Die hier geäußerten Ansichten geben nicht notwendigerweise die Meinung der Geldgeber wider.

Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei der Europäische Plattform für Demokratische Wahlen-EPDE (www.epde.org) für die Übersetzung und die Erlaubnis, den Text abdrucken zu dürfen. Das Original ist abzurufen unter <https://www.epde.org/en/news/details/shrinking-space-for-citizen-election-observation-ahead-of-state-duma-elections.html>.

Die wirtschaftlichen Folgen autoritärer Politik

Michael Rochlitz (Universität Bremen)

In demokratischen Staaten sind Wahlen eine Institution, um die Leistung der Regierung kritisch zu beurteilen. Gute Leistung wird belohnt, während Regierungen mit schlechten Leistungen Schwierigkeiten haben, wiedergewählt zu werden. Dies gilt insbesondere für Wirtschaftswachstum. Bis heute ist in vielen westlichen Demokratien die wirtschaftliche Entwicklung der wichtigste Faktor, der die Wiederwahl amtierender Regierungen beeinflusst.

Bei den russischen Parlamentswahlen 2003 und 2007 war dies nicht viel anders. Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der neunziger Jahre waren die russischen Bürger:innen dankbar für das Wirtschaftswachstum unter Putin und für eine Regierung, die weniger ziellos zu agieren schien als die Administration unter Boris Jelzin. Trotz einiger Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen schienen die überzeugenden Siege der Regierungspartei Einiges Russland in den Jahren

2003 und 2007 die öffentliche Meinung recht genau zu reflektieren.

Diese Situation änderte sich im Jahr 2011. Wladimir Putins Entscheidung, erneut als Präsident zu kandidieren, resultierte für Einiges Russland in einem Verlust von 15 Prozent der Stimmen bei den Dumawahlen im Dezember 2011. Die Partei konnte ihre absolute Mehrheit nur mit Hilfe von massivem Wahlbetrug verteidigen, was zu den größten Protesten seit dem Ende der Sowjetunion führte.

Als Reaktion auf die Proteste zog Putin nach seiner Wiederwahl die Daumenschrauben an. Er beschränkte den Einfluss des liberalen Flügels um Ministerpräsident Medwedjew, stärkte die Befugnisse der Sicherheitsdienste und ging massiv gegen die Protestbewegung vor. Dieser Anstieg an Repression spiegelte sich fast sofort in einem Rückgang des Wirtschaftswachstums wider, obwohl die Ölpreise auf dem Weltmarkt bis Mitte 2014

weiterhin sehr hoch blieben. Während die russische Wirtschaft zwischen 2010 und 2012 durchschnittlich mit einer jährlichen Wachstumsrate von 4,2 Prozent wuchs, ging das Wachstum nach Putins Wiederwahl im Jahr 2013 auf 1,5 Prozent zurück.

Vor den Duma-Wahlen 2016 hatte sich die Situation weiter verschlechtert. 2014 schrumpfte die russische Wirtschaft um 1 Prozent, 2015 dann schon um 2,2 Prozent. Um den Einfluss der Wirtschaftskrise auf die Wahlen zu begrenzen, beschloss der Kreml, diese so ereignislos wie möglich zu gestalten. Das Datum der Wahl wurde von Dezember auf Mitte September vorverlegt, ein Zeitpunkt an dem die meisten Russ:innen gerade von den Sommerferien zurückkehrten. Um die Aufmerksamkeit so niedrig wie möglich zu halten, verzichtete Einiges Russland weitgehend auf die Durchführung eines Wahlkampfes. Mit Hilfe einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung und massiver Wahlfälschung gelang es der Partei, sogar eine Verfassungsmehrheit zu erreichen.

Fünf Jahre später hat sich die wirtschaftliche Situation zu einem Desaster entwickelt. Nach Angaben der Weltbank (unter Einbezug eines geschätzten wirtschaftlichen Rückgangs von 4 Prozent für das Jahr 2020) liegt das Pro-Kopf-Einkommen Russlands im Frühjahr 2021 unter dem Wert von 2008. Dem oder der durchschnittlichen russischen Staatsbürger:in geht es somit heute schlechter als vor 13 Jahren. In jedem demokratischen Staat wäre eine Regierung mit einer solch düsteren Wirtschaftsbilanz längst abgewählt worden.

Das Problem liegt hierbei nicht so sehr beim Einbruch des Ölpreises seit Mitte 2014, sondern vielmehr beim völligen Mangel einer Strategie seitens der russischen Regierung. Während Putin sich hauptsächlich mit außenpolitischen Fragen befasste, zeigte sich Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew unfähig, die wirtschaftliche Stagnation anzugehen. Als Medwedjew im Januar 2020 schließlich durch Michail Mischustin ersetzt wurde, verhinderte die Covid-19-Pandemie einen Kurswechsel, obwohl Mischustin von Beobachter:innen im Vergleich zu Medwedew allgemein als der kompetentere Manager eingeschätzt wird.

Die Schwäche der russischen Regierung beruht zumindest teilweise auf einer Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der herrschenden Elite. Während unter Präsident Medwedjew vor allem wirtschaftsliberale Technokrat:innen das Sagen hatten, sitzen seit 2012 hauptsächlich Mitglieder der Sicherheitsdienste an den Schalthebeln der Macht. Diesen sogenannten Silowiki ist entweder die wirtschaftliche Entwicklung des Landes weniger wichtig als andere Ziele, oder sie verstehen nicht, wie sich Kontrolle und Repression auf die Entwicklung einer modernen Volkswirtschaft auswirken, oder beides.

Leider hat sich diese Situation in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Seit etwa 2018 werden nicht nur

Firmen und Unternehmen wieder vermehrt von staatlichen Aufsichtsbehörden und Sicherheitsdiensten angegriffen und unter Druck gesetzt, sondern zunehmend auch Forschung und Wissenschaft. Da Innovationen ein entscheidender Input für die notwendige Diversifikation der russischen Wirtschaft sind, sind die längerfristigen Auswirkungen dieser Entwicklung fatal. Für die meisten in Russland tätigen Wissenschaftler:innen klingt die Behauptung der russischen Sicherheitsdienste, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse des Landes vor feindlichen ausländischen Mächten geschützt werden müssen, wie bittere Ironie. Wenn es russischen Wissenschaftler:innen nicht mehr gestattet ist, auf sinnvolle Weise mit internationalen Kolleg:innen zusammenzuarbeiten, und die vielversprechendsten jungen Forscher:innen entweder die Wissenschaft oder das Land verlassen, wird bald nichts Schützenswertes mehr übrigbleiben.

Zur Verteidigung von Dmitrij Medwedjew muss man anmerken, dass während seiner Präsidentschaft zwischen 2008 und 2012 tatsächlich eine Strategie zur langfristigen Wirtschaftsentwicklung existierte. Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 hatte als eine Art Weckruf gewirkt und zu einer unternehmerfreundlicheren Politik der Regierung geführt. Es wurden Institutionen eingerichtet, um Unternehmer vor Repressionen durch staatliche Sicherheitsdienste und vor Unternehmensenteignungen zu schützen. Mit dem Skolkowo-Institut für Wissenschaft und Technologie versuchte die Regierung, ein eigenes *Silicon Valley* aufzubauen. Die Polizeireform von 2011 führte tatsächlich zu einem signifikanten Rückgang polizeilicher Korruption auf niedriger und mittlerer Ebene. Man kann nur spekulieren, welche Auswirkungen eine Fortsetzung dieser Politik gehabt hätte.

Im Gegensatz dazu sieht die Wirtschaftsbilanz von Wladimir Putin seit seiner Rückkehr ins Präsidentenamt düster aus. Die meisten der unter Medwedjew eingeleiteten Wirtschaftsreformen und -initiativen wurden entweder eingestellt oder verloren an Bedeutung. Fasst man die Wachstumsraten der letzten acht Jahre zusammen, kommt man zu einer durchschnittlichen Gesamtwachstumsrate von fast genau 0 Prozent. Dies ist viel zu niedrig für ein Schwellenland mit dem Potenzial der Russischen Föderation. Noch schlimmer als die wirtschaftliche Stagnation ist allerdings der Mangel an Perspektiven. Mit der Verfassungsreform aus dem vergangenen Jahr kann Putin bis 2036 an der Macht bleiben. Eine Änderung des Wirtschaftskurses ist derzeit nicht in Sicht.

Diese düsteren Aussichten haben dazu geführt, dass eine neue Generation junger und talentierter Politiker:innen entstanden ist, die trotz des hohen Drucks von Seiten des Staatsapparats versuchen, alternative Lösungen für Russlands Probleme anzubieten. Mit

dem System der „intelligenten Wahl“ gelang es dieser jungen Opposition während der Wahl zum Moskauer Stadtparlament im Sommer 2019, die Regierungspartei herauszufordern und ihr eine echte politische Alternative gegenüberzustellen.

Anstatt die Notwendigkeit eines politischen Wandels ins Auge zu fassen, hat der Kreml auf die neue Herausforderung seit Anfang dieses Jahres mit massiver Repression reagiert. Mittlerweile befinden sich fast alle Mitglie-

der der neuen Opposition entweder im Gefängnis, unter Hausarrest oder mussten das Land verlassen. Durch die Unterdrückung jeglicher Form von Opposition wird es wohl bald kaum noch möglich sein, Wahlen in Russland von den Wahlen in der ehemaligen Sowjetunion zu unterscheiden. Wenn sich die Politik der letzten Jahre fortsetzt, wird dies wohl auch das Schicksal der russischen Wirtschaft werden.

Über den Autor

Michael Rochlitz ist Professor für Institutionenökonomik an der Universität Bremen. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit dem Einfluss politischer Institutionen auf Wirtschaftswachstum, mit regionalem Fokus auf Russland, Osteuropa und China.

Lesetipps

- Rochlitz M., Mitrokhina E., Nizovkina I. (2021) Bureaucratic Discrimination in Electoral Authoritarian Regimes: Experimental Evidence from Russia, *European Journal of Political Economy*, 66: 101957
- Rochlitz M., Kazun A., Yakovlev A. (2020) Property Rights in Russia after 2009: From Business Capture to Centralized Corruption? *Post-Soviet Affairs*, 36(5-6): 434–450
- Petrov N., Rochlitz M. (2019) Control over the Security Services in Periods of Political Uncertainty: A Comparative Study of China and Russia, *Russian Politics*, 4(4): 546–573
- Rochlitz M., Kazun A., Yakovlev A. (2016) Unter Räufern – Russland: Investitionsrisiko Unternehmensplünderungen, *Osteuropa*, 66(5): 95–110

Michail Mischustin als ambitionierter »Systemadministrator« des Putinismus

Fabian Burkhardt (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

Der russische Premierminister Michail Mischustin hat seit seiner Ernennung am 15. Januar 2020 eine wenig beachtete, aber umso ehrgeizigere Umgestaltung von Russlands Staatsverwaltung vorangetrieben. Dieser Vorstoß sollte jedoch nicht mit »Reformen« oder gar »Modernisierung« verwechselt werden. Das Ziel besteht darin, den russischen Staat gegen die Risiken, die der zunehmend zentralisierte, stark hierarchisierte und schwerfällige vertikale Governance-Stil Russlands im späten Putinismus mit sich bringt, abzusichern. Außerdem sollen durch ähnliche Effizienzsteigerungen, wie sie Mischustin zuvor schon in der Steuerbehörde durchgesetzt hatte, so viele Ressourcen wie möglich aus dem stabil stagnierenden russischen Staat, den Unternehmen und den Bürger:innen extrahiert werden, während grundlegende Veränderungen bewusst vermieden werden.

Die »Meta-Reform«: Das Koordinationszentrum der Regierung

»Ich denke, er wird mit der Reform der öffentlichen Verwaltung [*gosuprawlenie*] beginnen«, sagte Sber-

bank-Chef German Gref am 16. Januar 2020, einen Tag nachdem Mischustin zum Premierminister ernannt worden war. Während Mischustin vor allem dank der erfolgreichen digitalen Transformation der russischen Steuerbehörde bekannt wurde, ist seine Vision als Premierminister ehrgeiziger: Mischustin hat tatsächlich eine Umgestaltung der Staatsverwaltung auf den Weg gebracht, deren Ausmaß und Ambition nur mit der in den Jahren 2003 und 2004 initiierten Verwaltungsreform vergleichbar ist. Am 22. Februar 2021 wurde ein sogenanntes »Koordinationszentrum« geschaffen, das als Kernstück dieser »Reform« angesehen werden kann. Es ist dem regierungsinternen Think Tank, dem sog. »Analytischen Zentrum«, angegliedert und wird vom stellvertretenden Premierminister Dmitrij Tschernyschenko geleitet. Die Idee geht auf das Jahr 2015 zurück, als Präsident Wladimir Putin Premierminister Dmitrij Medwedjew mit der Konzeption eines spezialisierten »Projektbüros« beauftragte. Die Philosophie, die hinter diesem obskuren »Projektbüro« steht, wurde am deutlichsten vom Sberbank-Chef German Gref dargelegt,

der als Ideengeber des späteren Koordinationszentrums angesehen werden kann. Gref's Einschätzung der Lage lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der Zustand von Russlands Wirtschaft ist miserabel. Bevor aber sinnvolle Reformen in Angriff genommen werden können, sollte die Qualität und Kapazität der öffentlichen Verwaltung des Staates verbessert werden, idealerweise mit Hilfe von Management-Techniken, die im »Big Business« schon lange angekommen sind: agiles Projektmanagement, »Performance Management« und natürlich die digitale Transformation. Diese Meta-Reform müsste also dem für den russischen Staat charakteristischen vertikalen Governance-Stil entgegensteuern. Dieses archaische Top-down-System müsste durch moderne, horizontale Managementpraktiken der öffentlichen Verwaltung wie »Performance Management« ersetzt werden.

Gref ist bekannt dafür, ein Faible für PEMANDU zu haben, die »Performance Management and Delivery Unit«, die im Jahr 2009 gegründet wurde, um die Fortschritte von Malaysias »Government Transformation Program« messbar zu machen und zu überwachen. Am 30. Juni 2016 richtete Putin den »Präsidentenrat für strategische Entwicklung und prioritäre Projekte« ein, im Wesentlichen eine Koordinierungs- und Monitoringkommission für die Mai-Dekrete, die Putin nach seiner Wiederwahl 2012 erlassen hatte. Der Präsidentenberater Andrej Belousow wurde zum Sekretär des Strategierates ernannt, um die Umsetzung der Mai-Dekrete von 2012 zu überwachen. Obwohl es große Probleme mit der Umsetzung der Mai-Dekrete von 2012 gab, wurden sie weitgehend in die Nationalen Projekte von 2018 verpackt, und mit der Wiederernennung der Medwedjew-Regierung nach der Präsidentschaftswahl 2018 wurde die frühere Managementstruktur der Mai-Dekrete weitgehend beibehalten. Moskau gab die Ziele vor, die Regionen sollten diese gefälligst umsetzen. Die Reaktivierung des Staatsrats (*Gosudarstwennyj Sowjet*) trug nicht viel dazu bei, die Rückkopplungsmechanismen zwischen Zentrum und Regionen zu verbessern: In einigen Bereichen, wie z. B. bei den Gehältern für bestimmte Kategorien von Staatsbediensteten, fielen die meisten Regionen sogar wieder hinter die Ziele von 2018 zurück, die sie schon einmal erreicht hatten.

Dem Grund, warum die Regierung Medwedjew am 15. Januar 2020 gleichzeitig mit dem Beginn der Verfassungsreform zurücktreten musste, ist von Beobachter:innen bisher recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Angesichts Mischustins Ambitionen ist zu konstatieren, dass Medwedjew Teilen der Elite zunehmend als Hindernis für die »Meta-Reform« des russischen Staates galt: Mit den Nationalen Projekten hatte Russland zwar sein Pendant auf das malaysische »Government Transformation Program« gefunden, aber ein funktionierendes »Delivery Office« und »Performance

Management« fehlte weitgehend. Während PEMANDU »große, schnelle Ergebnisse« versprach, ließ es Medwedjew kleinmütig und behäbig angehen.

Die wichtigste Frage ist natürlich hierbei, ob Mischustins Vorstoß lediglich eine weitere Umstrukturierung der Exekutive ist, wie sie schon mehrere Male in den letzten zwei Jahrzehnten zu beobachten war. Bisher scheint Mischustin zumindest motiviert zu sein, »groß und schnell« zu handeln.

Erstens wird die föderale Exekutive um etwa 32.000 Personaleinheiten geschrumpft, mit Kürzungen im Zentrum von bis zu 5 Prozent und in den Regionen von bis zu 10 Prozent des Personals (hauptsächlich durch die Streichung derzeit unbesetzter Stellen). Im Gegensatz dazu wird der Verwaltungsapparat des Premierministers auf 1.792 Mitarbeitende aufgestockt. Noch wichtiger ist, dass der Apparat des Premierministers nicht mehr nur für die Betreuung von 61 Regierungskommissionen zuständig ist. Stattdessen wächst seine Verantwortung in vielen Politikbereichen: Der Apparat des Premierministers spiegelt nun das Ministerkabinett und dessen funktionale Arbeitsteilung wider, was seine Fähigkeit, Politiken (*policies*) zu koordinieren und Staus bei deren Umsetzung aufzulösen, verstärken soll. In diesem Zusammenhang ist auch die Umstrukturierung von Russlands 40 Entwicklungsinstitutionen zu sehen, von denen einige nun unter dem Dach von Igor Schwalows WEB (*Wneschekonombank*) angesiedelt sind (z. B. Skolkowo und Rosnano): Während sechs von ihnen aufgelöst werden, sollen die Funktionen der anderen neu strukturiert werden, um eine koordinierte Umsetzung der nationalen Entwicklungsziele zu ermöglichen. Teil dieser Reform ist nicht nur eine Überprüfung der Leistungskennzahlen (*key performance indicators*) der verschiedenen Entwicklungsorganisationen und staatlichen Korporationen, sondern auch Kürzungen bei Personal, Gehältern und Privilegien.

Zweitens ist der Koordinationsrat keine untergeordnete Verwaltungseinheit innerhalb des Apparats des Premierministers, wie es die »Projektteilung« war, sondern eine eigenständige *Task Force* direkt unter dem stellvertretenden Premierminister Tschernyschenko. Das Statut des Koordinationsrats definiert drei Hauptfunktionen: *incident management*, prioritäre Aufgaben und Sonderprojekte. Außerdem sind die Entscheidungen des Zentrums für alle föderalen Exekutivorgane verbindlich. Der Koordinationsrat wird zum wichtigsten Instrument der Regierung, um akute Probleme und Krisensituation zügig anzugehen. Im vergangenen Jahr war eine vorläufige Task-Force schon damit beauftragt gewesen, Zwischenfälle (*incidents*) zu lösen, bei denen es etwa um rückständige Bonuszahlungen für Ärzt:innen, die Covid-19-Patient:innen betreuen, um die Versorgung von Schüler:innen mit warmen Mahl-

zeiten und um die Behebung von Defiziten bei bestimmten Medikamenten ging. Zu den vorrangigen Aufgaben gehört zum Beispiel die Koordination der staatlichen Unterstützung für die neun wirtschaftlich schwächsten Regionen Russlands. Die Hauptidee hinter dem Koordinationszentrum ist es, die Risiken, die durch die von Putin geschaffene Machtvertikale entstehen, die wiederum durch starre Befehlsketten von oben nach unten gekennzeichnet ist, durch eine horizontalere, projektbasierte Arbeit zwischen Exekutivbeamten und föderalen Behörden abzumildern. All dies soll dazu beitragen, ein »analytisches Ökosystem« zu schaffen, das die üblichen Informationsbarrieren zwischen den vertikalen, siloartig organisierten Ministerien und Exekutivbehörden aufhebt.

Mischustins »Soziale Netzwerke« und Russlands datengetriebener Autoritarismus

Eine der größten Herausforderungen für das Funktionieren des Koordinationsrats ist der »digitale Feudalismus«: Innerhalb der Exekutive existieren mehr als 800 Informationssysteme mit geringer Kompatibilität, die von Bürokraten keineswegs mit objektiven Zahlen, sondern oft mit manipulierten Daten gefüttert werden. Mischustins Herangehensweise ist angelehnt an die Idee des »Staates als Plattform«, die von Alexej Kudrins Zentrum für Strategische Entwicklung (CSR) vorgeschlagen wurde: Ein solcher datengesteuerter Staat würde als Hauptintegrator fungieren, der die nahtlose Kommunikation zwischen Bürger:innen, Unternehmen und staatlichen Exekutivorganen gewährleistet. Doch bis jetzt bleiben Daten, die von einigen schon als Russlands »neues Öl« beschworen werden, »schmutziges Öl«: 2019 verabschiedete die Regierung das Nationale System für Datenmanagement (NSUD), um Hunderte von staatlichen Datenbanken zu synchronisieren und einheitliche Regeln für die Sammlung, Bearbeitung, Speicherung und Nutzung dieser Daten zu schaffen. Regionale Pilotprojekte haben jedoch große Probleme bei der Koordination zwischen Exekutivorganen mit funktionalen Überschneidungen offenbart.

Weitaus erfolgreicher ist die Plattform für öffentliche Dienstleistungen *Gosuslugi*, die bis Ende 2020 126 Millionen Nutzer:innen erreichte, wobei sich allein im

Jahr 2020 insbesondere aufgrund der Pandemie 24 Millionen registriert haben. Rund 70 Millionen Russ:innen sind verifizierte Nutzer:innen des Einheitlichen Systems zur Identifizierung und Authentifizierung (ESIA) und damit berechtigt, E-Government-Dienste vollständig online über *Gosuslugi* zu nutzen. Durch die Verknüpfung von verifizierten *Gosuslugi*-Benutzerprofilen mit den vielfältigen staatlichen Datenbanken in einer einheitlichen Datenstruktur, die zwischen 20 und 60 Kategorien von Bürgerdaten umfasst, wird ein »Digitales Bürgerprofil« der russischen Regierung zunehmend einen nahtlosen Datenfluss zwischen Staat, Bürger:innen und Unternehmen (vor allem Banken) ermöglichen. Russland ist zwar noch weit von Chinas Sozialkredit-System entfernt, dennoch wird diese zunehmende Zentralisierung von Daten eine Fülle von Möglichkeiten zur Überwachung der Bürger:innen schaffen. Das Koordinationszentrum ist als regierungsinterner Think-Tank aber auch dazu aufgerufen, die Rückkopplungsmechanismen mit der Bevölkerung zu verbessern; zu diesem Zweck wird in allen föderalen Subjekten die Plattform *Gosuslugi – Reschaem Wmeste* (»Wir entscheiden gemeinsam«) eingeführt. Die Verknüpfung von Bürgerbeschwerden mit E-Government-Dienstleistungen schafft nicht nur ein Frühwarnsystem für Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sondern ist auch eine sinnvolle Ergänzung zu den Zentren für Regionalmanagement (*TsUR*) des Kremls, die Beschwerden über regionale Behörden über soziale Medien sammeln. Untersuchungen zeigen, dass diese Art von digitaler, partizipativer Regierungsführung bei Wahlen mehr Stimmen für den Amtsinhaber generiert.

Die erweiterten Befugnisse des Präsidenten im Zuge der Verfassungsänderungen von 2020 verschärfen die »schlechte Regierungsführung«, die mit Überzentralisierung und personaler Herrschaft einhergeht. Im Vorfeld des langen Wahlzyklus der Dumawahl 2021 und der Präsidentschaftswahl 2024 sollen Mischustins administrative Kniffe die Kontroll- und Steuerungsrisiken (wie etwa Fehlentscheidungen durch mangelnde oder fehlerhafte Informationen) ausgleichen, die mit der Annullierung von Putins bisherigen Amtszeiten durch eine weitere Personalisierung der Macht im Rahmen der Verfassungsreform einhergehen.

Über den Autor

Dr. Fabian Burkhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg. Zu seinen Forschungsinteressen gehören präsidiale und exekutive Politik in autoritären Regimen mit einem regionalen Fokus auf den postsowjetischen Raum, insbesondere Russland und Belarus. Eine frühere Version dieses Artikels ist auf *Riddle Russia* erschienen: <https://www.ridl.io/en/foolproofing-putinism/>.

Lesetipps

- Burkhardt, Fabian. »Institutionalising Authoritarian Presidencies: Polymorphous Power and Russia's Presidential Administration« *Europe-Asia Studies* 73.3 (2021): S. 472–504, <https://doi.org/10.1080/09668136.2020.1749566>.

- Burkhardt, Fabian. »Institutionalizing Personalism: The Russian Presidency after Constitutional Changes« *Russian Politics* 6.1 (2021): S. 50 –70, <https://doi.org/10.30965/24518921-00601004>.
- Burkhardt, Fabian, Ben Noble und Nikolay Petrov. »Rebooting the State Council Increases Putin's Power«, *Chatham House*, 28. Oktober 2020, <https://www.chathamhouse.org/2020/10/rebooting-state-council-increases-putins-power>.
- Gorgulu, Nisan, Gulnaz Sharafutdinova und Jevgenijs Steinbuks. »Political Dividends of Digital Participatory Governance. Evidence from Moscow Pothole Management« World Bank Group, Policy Research Working Paper 9445 (2020), <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/34653/Political-Dividends-of-Digital-Participatory-Governance-Evidence-from-Moscow-Pothole-Management.pdf?sequence=1>.
- Petrow, Michail, Wasilij Burow, Marija Schkljaruk, Andrej Scharow. »Gosudarstwo kak Platforma. (Kiber)Gosudarstwo dlja Zifrowoj Ekonomiki« *Zentr Strategitscheskich Rasrabotok* (2018), <https://www.csr.ru/upload/iblock/313/3132b2de9ccef0db1eecd56071b98f5f.pdf>.
- Schkljaruk, Marija, Schtschetnaja Palata Rossijskoj Federazii, Zentr perspektivnich upravlentscheskich ismenenij (Hg.). »Kadrowaja politika na gosslushbe: tekuschtschie problemy i neobchodimye ismenenija«, *Ekspertnaja sapiska* Nr. 1 (4), (2021), https://cpur.ru/new-research/r_civil_servants_reforms_2021/.

Bürger:innen und der starke Mann: Erwachen, soziale Klassen und sozialer Niedergang in Russlands Autokratie

Tomila Lankina (London School of Economics and Political Science)

Während Russland den Parlamentswahlen im September 2021 entgegengeht, stehen Analytiker:innen einer Reihe polar angeordneter Faktoren und Entwicklungen gegenüber, die genug Stoff für die Frage liefern, ob das Glas nun halb voll oder halb leer ist. Beginnen wir mit den Faktoren, die sich aus dem globalen Kontext ergeben. Weltweit sind Bürger:innen zu friedlichen Protesten auf die Straße gegangen, um sich für Demokratie stark zu machen, sei es in Myanmar, Belarus, Russland oder Hongkong. Gleichzeitig beobachten wir eine zunehmende Dreistigkeit politischer Autokraten. Unbelastet von einer Rücksichtnahme auf die Unantastbarkeit des Lebens, der Rechte oder der Würde der Menschen haben Diktaturen und gemäßigte Autokratien, die sich als Demokratien maskieren, das Signal ausgesendet, dass Repressionen wirksam sind, während die Herrscher zunehmend die Verträge mit ihren Völkern brechen und die Gesellschaft mit Repressalien überziehen. Bürger:innen in der postkommunistischen Region und Protestierende weltweit haben voneinander gelernt, die Diktatoren aber auch. Moralisch sind Bürger:innen, die Gewalt vermeiden und die prägnante Symbolik von Blumen, Liedern oder herzförmigen Lichtern einsetzen (als sei es zum Valentinstag), in der Oberhand. In der Praxis sind sie jedoch waffentechnisch und in ihrer Personalstärke unterlegen, bedenkt man die riesigen Armeen von Sondereinheiten der Polizei oder die Armee, die zur Unterdrückung von abweichender Meinung eingesetzt werden.

Diese Beobachtungen müssen wir im Hinterkopf behalten, wenn wir uns mit dem Potenzial der anstehenden Parlamentswahlen in Russland befassen (einschließ-

lich der unweigerlichen Manipulationen, Wählerproteste und deren Unterdrückung, von denen sie begleitet sein werden), und damit, wie diese einen Wandel des Regimes in Russland bewirken könnten. Zunächst ist es so, dass das Maß des Widerspruchs und Widerstands in der Bevölkerung in diesem Jahr beispiellos ist. Nach der Verhaftung Alexej Nawalnyjs sind weit mehr Protestierende auf die Straße gegangen, als wir es in den letzten Jahren beobachten konnten. Und sogar Städte und Regionen, in denen man bisher keine Massenproteste kannte, erlebten nun Demonstrationen. Das wird bei einer Analyse der Entwicklung der regionalen Daten im *Lankina Russian Protest Event Dataset (LaRuPED)* (<http://eprints.lse.ac.uk/90298/>) deutlich, aus der hervorgeht, dass das Land in gewohnheitsmäßig protestierende, aktive und weitgehend schlummernde Regionen geteilt ist. Ein weiterer Umstand, der die Proteste anwachsen lassen könnte, liegt darin begründet, dass die Bürger:innen (wie bei der Protestwelle 2011/12) nicht durch Anhängerschaft zu einer Führungsfigur, einer Partei oder einer Bewegung vereint sind, sondern durch ihre Antipathie gegen das Regime. Es gibt weitere Entwicklungen, die wir aufmerksam beobachten und einbeziehen müssen. Bei dem, was gewöhnlich unter den Begriffen demographischer oder Generationswandel gefasst wird, hat es im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnten in Wirklichkeit nämlich sehr viel tiefgreifendere Verschiebungen in den Kulturen, Mentalitäten und Einstellungen der Russ:innen gegeben und zwar nicht nur bei den Jüngeren, sondern quer durch die Generationen. Die Zeiten des sozial schwierigen, unsicheren und ängstlichen

Homo Sovieticus sind vorbei. Stattdessen sehen wir selbstbewusste, vielreisende Russ:innen, die sich ihrer Rechte als Bürger:in, Wähler:in und Steuerzahler:in bewusst sind und die Werte der westlichen Mittelschichten übernommen haben. Sie werden sich mit nichts Geringerem als den gleichen Arten von Freiheit und Würde zufriedengeben, die ihre europäischen Nachbarn genießen.

In diesem Licht ist der phänomenale Symbolismus des Videos »Putins Palast« (<https://www.youtube.com/watch?v=ipAnwilMncI&t=2424s>) von Nawalnyjs *Stiftung für den Kampf gegen Korruption* zu sehen. Es ist weniger eine beeindruckende Enthüllung des ganzen Ausmaßes der Korruption, die im Regime herrscht (schließlich sind viele der im Video genannten Fakten nicht gerade neu), als vielmehr ein Statement über die Kluft zwischen den Werten der Mittelschicht und denen des Regimes. Erstere hat ein Gefühl der Scham hinsichtlich auffälligen Konsums verinnerlicht, während eben dieser Konsum symbolhaft für den Kitsch, das Vulgäre, das Rückständige des »uncoolen« Regimes steht. Dieser Kontrast wird auch deutlich, wenn YouTube-Videos oder Tweets verbreitet werden, die eine Festnahme prominenter Oppositioneller (Rechtsanwält:innen, Journalist:innen und Intellektueller) in deren Wohnung zeigen, und wir dabei einen kurzen Blick in deren einfaches Leben, eine gewöhnliche Wohnung, die bescheidene Möblierung und die glückliche Häuslichkeit dort werfen können. Das sind Menschen, die Gier, Korruption und Missachtung der Gesetze ablehnen, und die für ein zukünftiges Russland kämpfen, in dem sie ihren Leidenschaften nachgehen können und in dem ihnen die Würde von Bürger:innen zu Teil wird. Und sie setzen das in einen Kontrast zum nun berüchtigten »Bunker« des alten Mannes im Kreml. Russische Bürger:innen der Mittelschicht betrachten diesen Lebensstil à la Ludwig XIV und mit Goldprunk nicht als »cool« oder erstrebenswert, wie das für einige noch in den »wilden Neunzigern« der Fall gewesen sein mag. Cool sind Würde, ein bereichernder und moralisch nicht kompromittierter Beruf sowie Rechte, nicht aber Skiressorts mit Hubschrauberlandeplätzen, private Kapellen, Weingüter oder Jachten.

Es besteht aber eine weitere Kluft, die zu berücksichtigen ist, nämlich die zwischen der Mittelschicht – oder genauer gesagt: jener kleinen Gruppe der Mittelschicht, die mit gesellschaftlichem Bewusstsein ausgestattet ist – und dem Rest. Gemeint ist hier jenes Segment der Mittelschicht, das nicht durch Situationen alltäglicher finanzieller und administrativer Beklemmung gelähmt ist, denen sich etwa unterbezahlte Schullehrer:innen oder Pfleger:innen in der tagtäglichen Arbeit als Zahnräder in Putins Wahl- und Repressionsmaschinerie gegenübersehen. Das sind jene, die ich als »Mittelschicht zweiter Klasse« bezeichne; die US-amerikanische Wissenschaftlerin Bryn Rosenfeld (<https://government.cornell.edu/>

bryn-rosenfeld) beschreibt sie treffend als vom Staat abhängiges »autokratisches« Segment der Mittelschicht. Der Kommunismus hat es, wie ich in meinem bald erscheinenden Buch (<https://sites.google.com/view/tomilalankina/my-book-project>) schreibe, nie geschafft hat, die Ständegesellschaft (*soslowija*) vollständig abzuschaffen, weil dort einer kleinen und exzellent gebildeten sozialen Minderheit der Intelligenzija (mit adligem, klerikalem oder stadtbürgerlichem Hintergrund) eine riesige Armee ehemaliger Bauern gegenüberstand, die im Ständesystems des russischen Zarenreichs und in den neoständischen sozialen Abstufungen des Kommunismus notorisch unterprivilegiert waren. Und dieses »ständische Erbe« hat weiterhin Einfluss auf die Orientierungen der Russ:innen im Bereich der Politik, wie ich zusammen mit Alexander Libman in einem Beitrag für die *American Political Science Review* erörtere (Siehe in den Lesetipps). Diese historischen Betrachtungen sollten im Vordergrund stehen, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, wie die Sicherheits- und Polizeibehörden mit Protesten im heutigen Russland und auch in anderen postkommunistischen Autokratien wie Belarus umgehen. Wir müssen die sozialen Milieus analysieren, aus denen die Armee derer stammt, die für Putins Nationalgarde rekrutiert werden. Und wir müssen herausfinden, ob es die Abgründe sozialer Verzweiflung und Entrechtung sind, die sie zu besoldeten Handlangern des Regimes und zu Mittäter:innen bei dessen Gewalttaten, ideologisch motivierten Verurteilungen, seiner Ignoranz oder einer Kombination aus allem machen.

Ich kehre zur Ausgangsfrage zurück. Die starken Männer in Russland und den Regimen in anderen Teilen der Welt fühlen sich nicht nur deshalb ermutigt, weil sie sehen, dass weltweit Gewalt eingesetzt wird, sondern weil andere starke Männer in der gleichen Weise vorgehen und damit davonkommen. Sie sind sich sicher, dass sie die Macht haben, Armeen von Helfer:innen zu rekrutieren, und die kommen wohl aus gewöhnlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen, kriminellen Milieus und den Unterschichten. Da es mehr als genug tiefgreifende soziale Probleme gibt – sei es wegen der Corona-Pandemie, des Niedergangs des Ölstaates oder der Sanktionen des Westens – und da Diktatoren wie Putin ihre Volkswirtschaften weiter in den Sand setzen, werden sich wohl mehr Akteure finden, die wirtschaftlich verzweifelt sind, böse Absichten haben oder bereit sind, Prinzipien gegen Bezahlung über Bord zu werfen. Daher bin ich bei der Frage, was das zutiefst sinnlose Ritual der Wahlen in Russland dem Land hinsichtlich demokratischer Veränderungen bringen wird, notgedrungen nicht allzu optimistisch.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder
Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Tomila Lankina ist Professorin für Internationale Beziehungen am Department of International Relations der London School of Economics and Political Science. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf vergleichender Demokratieforschung, Autoritarismus, Protesten und historischen Mustern bei Humankapital und demokratischer Reproduktion in Russland und anderen Staaten. Sie ist Verfasserin zweier Monographien und hat Artikel unter anderem in der *American Political Science Review*, im *American Journal of Political Science*, im *British Journal of Political Science*, in *Comparative Political Studies*, in *The Journal of Politics*, in *Comparative Politics*, *World Politics*, *Demokratizatsiya*, *Europe-Asia Studies*, *Post-Soviet Affairs*, und *Problems of Post-Communism* veröffentlicht. Ihr jüngstes Buch behandelt die historischen Triebkräfte für Ungleichheiten und Demokratie in Russland. Es trägt den Titel *Estate Origins of Social Structure and Democracy in Russia: The Discreet Reproduction of Imperial Bourgeoisie (Through Communism and Beyond)*, Cambridge University Press, 2021 (i. E.).

Lesetipps

- Lankina, Tomila V.; Alexander Libman: The Two-Pronged Middle Class: The Old Bourgeoisie, New State-Engineered Middle Class, and Democratic Development, in: *American Political Science Review*, April 2021, S. 1–19; <https://www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/twopronged-middle-class-the-old-bourgeoisie-new-stateengineered-middle-class-and-democratic-development/74AB484056260AB866DFC8ACA58B2CC8>.
- Rosenfeld, Bryn: *The Autocratic Middle Class: How State Dependency Reduces the Demand for Democracy* [Princeton Studies in Political Behavior series], Princeton University Press, 2020.
- Rosenfeld, Bryn: Middle Class Democrats? State Dependency and the Limits of Middle Class Support for Democracy, in: *Comparative Political Studies* 54.2021, Nr. 3-4, S. 411–444; <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0010414020938085>.

Fear and Loathing in Russia: Repressionen als Herrschaftsinstrument des Kremls

Vladimir Gel'man (Europäische Universität in St. Petersburg und Universität Helsinki)

Seit 2012 hat der Kreml selektive politische Repressionen gegenüber seinen Rivalen in verschiedener Ausprägung eingesetzt. Diese Repressionen gingen weit über die Ermordung von Boris Nemzow im Jahr 2015 und die Vergiftung von Alexej Nawalnyj im Jahr 2020 hinaus, über die hinlänglich berichtet wurde. Massenprotesten begegnet der Kreml mit Gegenangriffen: Kritiker:innen werden eingeschüchtert und öffentlich diskreditiert, Oppositionsaktivist:innen und -anhänger:innen verfolgt, belästigt und gewaltsam angegangen. Die jüngste Protestwelle im Januar 2021 kurz nach der Festnahme und Inhaftierung von Nawalnyj, führte zu Festnahmen und Verhaftungen von Tausenden von Demonstrierenden im ganzen Land, hauptsächlich in Moskau und St. Petersburg. Was sind die Hauptmerkmale dieser Repressionen und inwieweit können sie dazu beitragen, die Herrschaft des Kremls auf Dauer zu erhalten?

Tatsächlich erfüllen politische Repressionen im Autoritarismus sowohl eine Straf- als auch eine Signalfunktion. In erster Linie ist ihr unmittelbares Ziel, tatsächliche und/oder potenzielle Herausforderer:innen des Regimes zu bestrafen und ganz auszuschalten. Gleich-

zeitig zielen Repressionen oder deren Androhung darauf ab zu verhindern, dass sich starke Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit verbreitet. Diese könnte zur Mobilisierung gegen das Regime führen. Gleichzeitig soll unterbunden werden, dass sich die organisierte Opposition in verschiedenen Schichten der russischen Gesellschaft ausbreitet. So erhalten Regimekritiker:innen ein starkes Signal über die Risiken, welche ein derart unerwünschtes, unkonventionelles Verhalten für ihre Karriere und ihr Wohlergehen nach sich ziehen. Dies führt also möglicherweise dazu, dass sie weniger Bereitschaft an den Tag legen, sich an regimefeindlichem Aktivismus zu beteiligen.

In gewisser Weise ähnelt diese Vorgehensweise, politische Repressionen gezielt einzusetzen, an die späte Sowjetunion. Diese ging in den 1960er Jahren von Massenrepressionen zur gezielten Bekämpfung von Dissident:innenaktivitäten über und konnte diese auch bis zu einem gewissen Grad eindämmen. Während die Zahl der politischen Gefangenen in der Sowjetunion zu dieser Zeit nie mehr als einige hundert Personen betrug, ermöglichte es die präventive Kontrolle und Überwa-

chung dem kommunistischen Regime, eine Protestmobilisierung bis zur Perestrojka zu vermeiden. In gewisser Weise dient diese Erfahrung als Blaupause für die heutigen Machthabenden Russlands.

Vergleichende Studien zeigen, dass der Umfang und die Intensität der Repressionen gegenüber Regimegegnern:innen von einer Kombination aus drei Faktoren abhängen. Erstens zwingt die Wahrnehmung der eigenen Bedrohung die Machthabenden dazu, auch dann auf Repressionen zurückzugreifen, wenn die Gefahr eines Umsturzes durch Andersdenkende nicht sehr groß ist. Zweitens wird gerne auf Mittel der Repression zurückgegriffen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben und schon einmal erfolgreich zur Eindämmung von Protesten eingesetzt wurden. Da Kooptation und Repressionen zwei Seiten derselben Medaille sind, setzt drittens die wirtschaftliche Stagnation der Belohnung loyaler und aktiver Bürger:innen durch das Regime Grenzen und trägt dazu bei, dass die Bestrafung von als illoyal bewertetem Verhalten verschärft wird.

Die jüngsten Erfahrungen Russlands passen zu dieser Logik. Im Narrativ des Kremls wird die Bedrohung, die von »Farbrevolutionen« ausgeht, stark übertrieben, insbesondere nach dem Regimewechsel in der Ukraine 2014. Während der ersten Welle der Repressionen, die 2012 nach den Wahlprotesten (»Bolotnaja-Strafprozess«) einsetzte, wurden einige Dutzend Aktivist:innen inhaftiert, während mehrere Hundert aus Russland flohen. Die Aktivitäten der Opposition gingen danach für eine Weile stark zurück. Aus Sicht des Kremls war diese Erfahrung ebenso wie die Übergriffe auf unabhängige Medien und NGOs recht erfolgreich und ermutigte das Regime, bei den nächsten Protesten im Zuge der Wahlen zur Moskauer Stadtduma 2019 und später im Jahr 2021 umso härter durchzugreifen. Schließlich war der Kreml angesichts stagnierender Realeinkommen der Russ:innen in den 2010er und 2020er Jahren nicht gewillt, sich die Loyalität der Russ:innen zu erkauften. Gleichzeitig bot der Kreml Satellitenparteien wie der KPRF wenig Gelegenheiten, sich eigene Pfründe zu bewahren. Außerdem erweitert der Kreml im Gegensatz zu den 2000er Jahren den Pool seiner Anhänger:innen nicht mehr durch die Förderung von loyalen Jugendbewegungen, NGOs und ähnlichem.

Die Ausweitung des Umfangs und der Intensität der Repressionen in Russland stellt sich in letzter Zeit folgendermaßen dar: Die Liste der potenziellen Ziele, die zunächst auf Nichtregierungsorganisationen (die als »ausländische Agenten« bezeichnet wurden und mit vielen Einschränkungen und Geldstrafen konfrontiert sind) beschränkt war, wurde auf Medien und Einzelpersonen sowie andere nicht registrierte organisierte Gruppierungen

(wie das Netzwerk von Nawalnyjs Regionalbüros) ausgeweitet. Diese wurden mit noch strengeren Einschränkungen und Geldstrafen konfrontiert. Die repressive Gesetzgebung drang in immer neue Gebiete vor wie etwa Bildungs- und Lehrtätigkeiten, die vom russischen Parlament (das einen neuen Gesetzentwurf über ihre staatliche Lizenzierung vorschlug) als gefährliches Einfallstor für westlichen Einfluss betrachtet werden. Auch die Regulierung des Internets und der sozialen Medien, wozu die Kriminalisierung von »Fake News« und anderen Formen der Verbreitung unerwünschter Informationen sowie der Androhung, bestimmte Webseiten und Dienste für russische Nutzer:innen abzuschalten gehören, wurde in den 2020er Jahren verschärft. Zweitens wurden die Strafen für Demonstrierende bis zum Jahr 2021 immer drakonischer, da Geldstrafen, die für die Zeit der 2010er Jahre typisch waren, durch mehr Verhaftungen und Strafverfahren gegen Aktivist:innen ersetzt wurden. Drittens spielten die Interessen des Zwangs- und Repressionsapparats des russischen Staates, der sich durch die Schaffung von Anti-Extremismus-Abteilungen in verschiedenen Behörden vergrößerte, eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung der Repressionen. In einigen Fällen wurden Strafverfahren von Bürokrat:innen schlicht fabriziert und/oder in Form einer persönlichen Vendetta vorangetrieben wurden, wie etwa im Fall der Organisation »Netzwerk« oder der Jurij Dmitriew-Affäre (siehe Grafik 1 auf S. 21).

Bislang brachten die Repressionen dem Kreml nur Teilerfolge. Die harten Strafen gegen Aktivist:innen dämpften den oppositionellen Aktivismus zwar für eine Weile, aber sie waren nicht in der Lage, die Proteste vollständig einzudämmen. Die Signale des Kremls, durch eine Atmosphäre von Angst und Schrecken bereit für mehr Repressionen zu sein, steht einer steigenden Unzufriedenheit der Russ:innen mit dem Regime gegenüber. Besonders ausgeprägt ist diese in der russischen Jugend. Diese Widersprüche zwischen den Ansprüchen der Bevölkerung nach Veränderungen und dem Bestreben des Regimes, den politischen Status quo um jeden Preis zu erhalten, werden sich nach den kommenden Wahlen zur Staatsduma 2021 wahrscheinlich noch verstärken. In der Zwischenzeit sind Repressionen als wichtigstes Herrschaftsinstrument des Kremls ein riskantes Spiel, da der Zwangs- und Repressionsapparats des russischen Staates über viel Macht verfügt. In einer Reihe von Autokratien ebneten vergleichbare Tendenzen den Weg zu Militärputschen gegen unpopuläre Diktator:innen, die ihre Legitimität verloren hatten. Inwieweit die russische Führung in der Lage sein wird, diese Risiken abzuwenden, bleibt abzuwarten.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

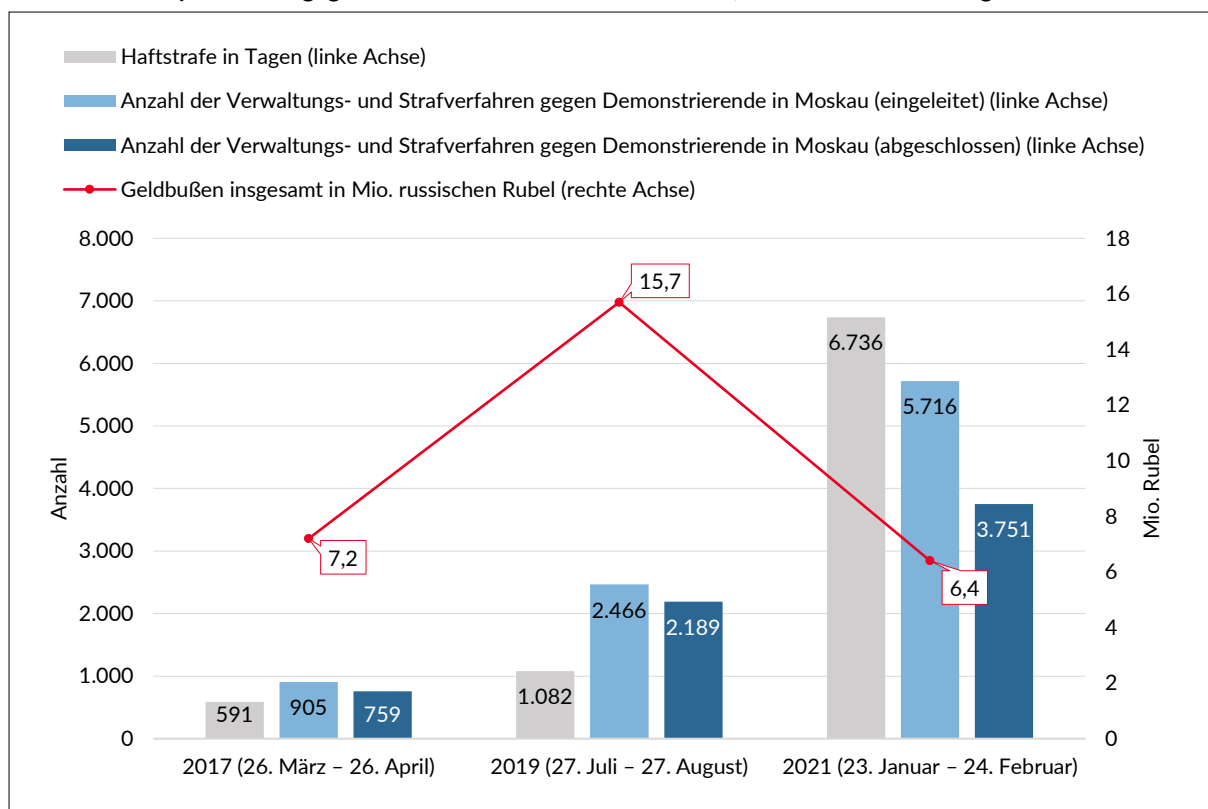
Über den Autor

Vladimir Gel'man ist Professor an der Europäischen Universität in St. Petersburg und an der Universität Helsinki. Er ist Autor von *Authoritarian Russia: Analyzing Post-Soviet Regime Changes* (University of Pittsburgh Press, 2015) und hat in *Democratization, Europe-Asia Studies, Post-Soviet Affairs* und anderen Zeitschriften veröffentlicht.

Lesetipps

- Dixon R., 2021, Inside Russia's Mass Arrests: Claims of Beatings, Threats, and 'War' against Rights Monitors, Washington Post, https://www.washingtonpost.com/world/europe/russia-navalny-protesters-abuses/2021/02/26/c5d8856c-6aef-11eb-a66e-e27046e9e898_story.html
- Gel'man V., 2016, The Politics of Fear: How Russia's Rulers counter their Rivals, Russian Politics, <https://doi.org/10.1163/24518921-00101002>
- Rogov K., 2018, The Art of Coercion: Repressions and Repressiveness in Putin's Russia, *Russian Politics*, <https://doi.org/10.1163/2451-8921-00302001>

Grafik 1: Repressionen gegen Demonstrierende: Die Jahre 2017, 2019 und 2021 im Vergleich



Quelle: Osipowa, Swetlana und Apuchina, Julija: *Sudnye dni. Issledovanie o tom, kak vlasti natschali repressii protiv mitingujuschtschich*, 01. März 2021; <https://www.proekt.media/research/statistika-arestov-mitingi/>.

Ausländische-Agenten-Gesetz vor der Duma-Wahl 2021 ausgeweitet

Max Bader (Universität Leiden)

Treten die vor kurzem in Russland vorgeschlagenen Änderungen am »Ausländische-Agenten-Gesetz« in Kraft, wären mehr Organisationen dem Risiko ausgesetzt, als ausländische Agenten zu gelten. Außerdem würden bei der Wahl antretende Kandidaten, die finanzielle oder andere Fördermittel von einer Organisation oder Person erhalten haben, die als »ausländischer Agent« registriert ist, selbst riskieren, als ausländische Agenten zu gelten. Die Änderungen weiten zudem den Kreis von Bürgern, die als »ausländische Agenten« bezeichnet werden können, so stark aus, dass jeder dazu zählt, der »politische Aktivitäten« mithilfe von Geldern, Sachmitteln oder »organisatorisch-methodischer Unterstützung« eines ausländischen Akteurs ausführt. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass die jüngst vorgeschlagenen Änderungen auf bestimmte Individuen und Organisationen abzielen und zumindest auch mit Blick auf die Staatsdumawahl 2021 entworfen wurden. Die Änderungen sind in den letzten Monaten inzwischen in Kraft getreten.

Die Präsidialadministration entwickelt für jede landesweite Wahl in Russland eine Strategie, um die Wahlziele des Kremls zu erreichen. Ein Element dieser Strategie für 2021 wurde bereits früh deutlich – möglichst viele Parteien bei den Wahlen zuzulassen. Da viele von ihnen die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden werden, kommen die für sie abgegebenen Stimmen im Endeffekt den Ergebnissen der wenigen Parteien zugute, die es über die Hürde schaffen. Ein weiteres strategisches Element für die anstehenden Wahlen ist die Einführung einer drei Tage dauernden Wahl anstatt eines einzigen Wahltags. Die Ausdehnung auf drei Tage schafft zusätzliche Möglichkeiten für Wahlbetrug und einen missbräuchlichen Einsatz administrativer Mittel, während gleichzeitig die Beobachtung des Prozesses komplizierter und aufwendiger wird.

Unter der Leitung von Andrej Klimow, Mitglied des Föderationsrats, und Wasilij Piskarjow, Mitglied der Staatsduma, schlugen am 18. November einige Abgeordnete eine Reihe von Änderungen an der momentanen Gesetzgebung vor, die auf ein weiteres strategisches Element für die Staatsdumawahl 2021 hindeuten. Sie weiten die Definition und die Anwendung des Konzepts »ausländischer Agent« aus und bezwecken damit allem Anschein nach eine Diskreditierung bestimmter künftiger Kandidaten sowie eine Schwächung der Smart-Voting-Kampagne, der Antikorruptionsstiftung von Alexej Nawalnyj und einer unabhängigen Wahlbeobachtung.

Vor allem zwei der vorgeschlagenen Änderungen könnten sich auf künftige Wahlen auswirken, unter

anderem auf die Wahlen zur Staatsduma im September 2021. Seit 2012 müssen sich NGOs in Russland, die »politische Aktivitäten« ausüben, als »ausländische Agenten« registrieren lassen. Sollten die vorgeschlagenen Änderungen verabschiedet werden, könnten auch NGOs (und Bürgerbewegungen), die keine juristischen Personen sind, ins Verzeichnis »ausländischer Agenten« aufgenommen werden. Seit der ursprünglichen Einführung dieser Liste wurde das Gesetz Nr. 1057914-7 eingeführt, das obiges Szenario vorsieht – am 23.12.2020 wurde es verabschiedet, am 30.12.2020 vom Präsidenten unterzeichnet. Gleichzeitig wurde die Definition des »ausländischen Agenten« ausgeweitet und umfasst nun auch Organisationen, die von russischen Organisationen Förderung erhalten, welche ihrerseits aus dem Ausland gefördert werden. Die Zahl der Organisationen, die als »ausländische Agenten« registriert werden könnten, steigt damit also.

Der zweite Änderungsvorschlag, der deutliche Folgen für die Wahl im nächsten Jahr haben könnte, führt zwei neue Typen von Kandidaten ein: den »als ausländischer Agent fungierenden Kandidaten« und den »Kandidaten mit Verbindungen zu einer als ausländischer Agent fungierenden Person«. In die zweite Kategorie fallen alle, die in den letzten zwei Jahren für eine »Ausländische-Agenten-Organisation« gearbeitet oder finanzielle oder andere Förderung von einer Organisation oder Person erhalten haben, die als »ausländischer Agent« registriert ist. Kandidaten, die ein Kriterium oder beide erfüllen, müssen das auf ihren Unterschriftensammlisten erwähnen und ihr komplettes Wahlwerbematerial mit einem Warnhinweis versehen, der sie auf mindestens 15 Prozent der Fläche als »ausländische Agenten« ausweist. Diese Kennzeichnung findet auch neben dem Namen des Kandidaten auf den Wahlzetteln statt. Außerdem können durch die Änderungen mehr Bürger als »ausländische Agenten« bezeichnet werden – alle nämlich, die »politische Aktivitäten« mithilfe von Geldern, Sachmitteln oder »organisatorisch-methodischer Unterstützung« eines ausländischen Akteurs ausführen.

Die existierenden »Ausländische-Agenten«-Gesetze wurden breit dafür kritisiert, dass sie für selektive Interpretation und Anwendung offen sind. Was zählt als »politische Aktivität«? Und sollte Förderung aus dem Ausland verboten sein, wenn sie aus Crowdfunding, Preisgewinnen oder der Teilnahme an einem Forschungsprojekt stammt? Die jüngsten Änderungen werden aus dem gleichen Grund kritisiert. Was bedeutet beispielsweise »organisatorisch-methodische Unterstützung«? Russische Abgeordnete weisen darauf hin, dass

auch andere Länder Gesetze haben, die die Tätigkeiten »ausländischer Agenten« einschränken, und dass Wahlen vor ausländischer Beeinflussung geschützt werden müssen. Es gibt jedoch schwerwiegende Gründe für die Annahme, dass sich die jüngsten Änderungsvorschläge gegen bestimmte Individuen und Organisationen richten und zumindest teilweise mit Blick auf die Wahl zur Staatsduma 2021 verfasst wurden.

Die Änderungen könnten es erstens einigen oppositionellen Politikern – unter ihnen Mitarbeiter von Alexej Nawalnyjs Antikorruptionsstiftung – erschweren, bei den Wahlen zu kandidieren. Zwei bekannte Gesichter der Stiftung, Ljubow Sobol und Iwan Schdanow, wollen bei den Dumawahlen in Moskauer Einerwahlkreisen antreten. Sollten die Änderungen verabschiedet werden, ist es wohl unvermeidbar, dass sie den Vermerk »als ausländischer Agent fungierender Kandidat« erhalten, denn die Antikorruptionsstiftung ist auf der Ausländische-Agenten-Liste registriert. Im ganzen Land müssen oppositionelle Kandidaten, die für eine Organisation arbeiten oder Verbindungen zu einer Organisation haben, die auf der Liste »ausländischer Agenten« stehen, davon ausgehen, dass sie bei ihrer Registrierung zur Wahl zum »als ausländischer Agent fungierender Kandidat« oder zum »Kandidat mit Verbindungen zu einer als ausländischer Agent fungierenden Person« erklärt werden. Aufgrund der negativen Konnotation des Begriffs »ausländischer Agent« macht es ihnen das schwerer, Unterschriften für ihre Kandidatur zu sammeln und Wahlkampf zu führen und Wähler zu überzeugen, wenn sie als Kandidaten registriert sind.

Auch der von der Antikorruptionsstiftung ins Leben gerufenen Smart-Voting-Kampagne (Умное Голосование) können die Änderungen schaden. Smart Voting hat seit 2018 die Wahl zahlreicher Einiges-Russland-Kandidaten bei Regional- und Kommunalwahlen in großen Städten erfolgreich verhindert, etwa in Chabarowsk, Moskau, Nowosibirsk, Tambow und Tomsk. Erreicht wurde das, indem die Wahlberechtigten aufgerufen wurden, für bestimmte Oppositionskandidaten zu stimmen – obwohl diese bei weitem nicht perfekt waren –, um die Zersplitterung der oppositionellen

Stimmen zu verhindern. Momentan plant die Antikorruptionsstiftung, Smart Voting für die Wahlen zur Staatsduma 2021 in möglichst vielen Wahlkreisen zu organisieren. Führende Köpfe der Stiftung vermuten, dass die neue Gesetzgebung eingesetzt werden könnte, um für das Smart Voting ausgewählte Personen als »Kandidaten mit Verbindungen zu einer als ausländischer Agent fungierenden Person« zu kennzeichnen. Manche Kandidaten werden es aus diesem Grund ablehnen, mit Smart Voting in Verbindung gebracht zu werden. Und Kandidaten, die diese Kennzeichnung annehmen, werden es schwerer haben, Wähler zu überzeugen und erfolgreich Wahlkämpfe zu realisieren.

Schließlich könnten die Änderungen auch die Arbeit von Golos und anderen Wahlbeobachtungsorganisationen erschweren. Nachdem Golos als »ausländischer Agent« gebrandmarkt worden war, entschied die Organisation, sich behördlich abzumelden und als »Bewegung« weiterzuarbeiten. Wenn die vorgeschlagenen Änderungen verabschiedet werden, besteht für Golos – und für Aktivisten, die mit Golos in Verbindung stehen – erneut die Gefahr, als »ausländische Agenten« gekennzeichnet zu werden. Von Golos geschulte Beobachter werden so in der Theorie auch zu »ausländischen Agenten«, indem sie »organisatorisch-methodische Unterstützung« durch die Bewegung erhalten. Die Eintragung als »ausländischer Agent« bringt eine Reihe unwillkommener Folgen für die betroffenen Personen mit sich, unter anderem dürfen diese auf keiner Ebene der staatlichen Administration mehr arbeiten. Infolge der Änderungen könnte es für Golos (und andere Wahlbeobachtungsorganisationen) außerdem schwieriger werden, Wahlbeobachter zu rekrutieren.

Zugegebenermaßen existiert bei den in den letzten Monaten in Kraft getretenen Änderungen eine große Unsicherheit sowohl in Bezug auf die Absichten dahinter als auch hinsichtlich ihrer möglichen Umsetzung. Wer sich für die anstehenden Staatsdumawahlen interessiert, sollte die Umsetzung der Änderungen in den nächsten Monaten jedenfalls im Auge behalten.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Dr. Max Bader ist Dozent im Fachbereich Russland- und Osteuropastudien der Universität Leiden. Seine Forschungsinteressen umfassen Wahlen, Korruption, Autoritarismusforschung und Demokratisierung.

EPDE wird finanziell gefördert von der Europäischen Union, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Programm Zivik aus dem Fonds des Instituts für Auslandsbeziehungen beim Auswärtigen Amt. Die hier geäußerten Ansichten geben nicht notwendigerweise die Meinung der Geldgeber wider.

Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei der Europäische Plattform für Demokratische Wahlen-EPDE (www.epde.org) für die Übersetzung und die Erlaubnis, den Text abdrucken zu dürfen. Das Original ist erschienen unter <https://www.epde.org/en/news/details/foreign-agents-law-expanded-ahead-of-2021-state-duma-election.html>.

Schrumpfende Freiräume für Russlands Medien

Esther Somfalvy (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Im Frühjahr 2021 häuften sich die Meldungen über Repressionen gegen russische Medienschaffende: Am 9. April wurde die Wohnung des Investigativjournalisten Roman Anin durchsucht, der für seine Beteiligung an der Auswertung der »Panama Papers« als Mitglied des Journalistenkollektivs ICIJ 2017 den Pulitzerpreis gewann. Die Durchsuchung und kurzzeitige Festnahme Anins steht, so die Vermutung, in Verbindung zu seinen Recherchen über das Vermögen des Rosneft-Chefs Igor Setschin. Jener war bereits rechtlich mittels Verleumdungsklage gegen die Nowaja Gaseta vorgegangen, wo der Beitrag erschienen war. Am 14. April durchsuchten Sicherheitskräfte ein Büro des studentischen Magazins Doxa. Während der Proteste zur Unterstützung Alexej Nawalnyjs im Januar hatte Doxa ein Video veröffentlicht, in dem Studierenden erläutert wurde, dass die Universitäten kein Recht hätten, sie für die Teilnahme an Protesten zu exmatrikulieren. Nach Intervention der Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« wurde das Video aus dem Netz entfernt, dennoch droht den Redakteur:innen nun eine Haftstrafe wegen der »Anstiftung Minderjähriger zur Teilnahme an illegalen Aktivitäten«. Eine Woche später, am 21. April, wurde die Onlinezeitung Meduza, die ihren Sitz in Riga hat, in das Register »ausländischer Agenten« aufgenommen. Das 2012 verabschiedete Gesetz, auf dessen Grundlage das Justizministerium Organisationen mit Sitz im Ausland bzw. die Mittel aus dem Ausland beziehen, in ein Register »ausländischer Agenten« aufnimmt, galt ursprünglich für politisch aktive Nichtregierungsorganisationen. Nach mehreren Änderungen wird es mittlerweile auch auf Medien und Einzelpersonen angewandt. Organisationen, auf die das Gesetz angewandt wird, müssen ihre Beiträge mit einem entsprechenden Vermerk versehen und ihre Finanzen offenlegen, bei Verstößen droht ein Bußgeld. Journalist:innen, die für »ausländische Agenten« schreiben, droht ebenfalls die Aufnahme in das Register. Die Kennzeichnung als »ausländischer Agent« schreckt potenzielle Werbepartner ab, ein Problem für das teilweise werbefinanzierte Meduza (<https://meduza.io/en/feature/2021/04/26/meduza-is-a-foreign-agent-now-what-s-next>). Am 14. Mai wurde eine weitere Onlinezeitung als »ausländischer Agent« klassifiziert, die VTimes, die von ehemaligen Mitarbeiter:innen der Wirtschaftszeitung Wedomosti gegründet worden war. Diese hatten aufgrund von Zensurvorwürfen gegenüber dem neuen Chefredakteur die Zeitung verlassen. Sowohl Meduza als auch VTimes zeichnet aus, dass sie als Rückzugsort für kritische Journalist:innen fungie-

ren, gegründet von denjenigen, die auf innerredaktionellen Druck nicht mit Selbstzensur reagierten, sondern sich ihre eigene mediale Nische schufen.

Diese Fälle sind nur die jüngsten in einer langen Entwicklung hin zu einem Ausbau der staatlichen Kontrolle über weite Bereiche der Berichterstattung. Alle großen Fernsehsender waren bereits zum Ende von Wladimir Putins erster Amtszeit als Präsident entweder in staatlicher Hand oder der Gazprom Media zugehörig, wohingegen die Kontrolle über Print- und Onlinemedien langsamer und subtiler ausgebaut wurde.

Mit der Welle an Repressionen gegen Medien, in denen bislang kritische Berichterstattung noch weitgehend möglich war, wird die Botschaft gesendet: Ob kleine Medienprojekte, reine Onlinepublikationen, Exilmedien oder auch Individuen – kein Medium ist so unbedeutend, dass dessen Berichterstattung den russischen Aufsichtsbehörden entgeht.

Dieser Trend in den Medien geht einher mit dem Umbau Russlands zu einer »elektoralen Autokratie«, der mit dem Amtsantritt Putins begann. Dies ist ein Regimetyp, in dem regelmäßige Wahlen mit mehreren Parteien stattfinden, in denen der freie Wettbewerb um Mandate jedoch systematisch eingeschränkt wird. Die Kontrolle über die Berichterstattung durch die Medien ist ein wesentliches Instrument unter den Machterhaltungsstrategien des Kremls, in dem der Opposition der Zugang zu den Mainstreammedien verwehrt wird. Darüber hinaus werden Themen durch die Regierung gesetzt und geframet, also mit einem Deutungsrahmen versehen. Im Wahlkampf kommt dieser Funktion noch größere Bedeutung zu, da Wahlen auch bei eingeschränktem Wettbewerb als Lackmustest für das Regime gelten. Zu diesem Zeitpunkt muss es zeigen, dass es in angemessener Form populäre Kandidat:innen aufstellen und Wähler:innen mobilisieren kann, andernfalls drohen Legitimationseinbußen. Darüber hinaus bieten Wahlen großes Mobilisierungspotential für die politische Opposition. Studien zeigen, dass die Fernsehberichterstattung über die Opposition kaum je deren politische Programme zum Inhalt hat. Insofern überhaupt berichtet wird stehen Charakter und Lebensstil der Oppositionskandidat:innen im Fokus. Repressionen gegen Medienschaffende wiederum haben als Ziel, Unzufriedene in der Bevölkerung von Mobilisierung abzuhalten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Repressionen in Wahlkampfzeiten, wie jetzt mit Blick auf die Duma-Wahlen im Herbst 2021, zunehmen.

Wie wird Kontrolle über die Berichterstattung erreicht?

Im Unterschied zur Sowjetunion findet heute in Russland formal keine Zensur der Presse statt. Stattdessen ist die Kontrolle von Fernsehsendern und Zeitungen ausgelagert an deren Eigentümer, oftmals private Medienholdings. Die Einbeziehung privater Akteure in die Durchsetzung staatlicher Kontrolle über Medien ist ein wesentlicher Unterschied zu früheren Formen, und wird als »media capture« bezeichnet. Anders als während der Präsidentschaft Boris Jelzins, als mächtige Oligarchen ihre Medienunternehmen als Instrumente nutzten, um politischen Einfluss auszuüben, geht heute Druck von politischen Eliten auf private Unternehmer aus, damit diese das Regime dabei unterstützen, politische Ziele zu erreichen. Des Weiteren haben einige staatlich kontrollierte Unternehmen eigene Medienholdings gegründet, wie beispielsweise der Gazprom-Konzern, an dem wiederum der Staat die Mehrheit der Anteile hält.

Dadurch, dass Druck von staatlichen Akteuren auf Medien lediglich indirekt erzeugt wird, bleibt die Fassade einer pluralistischen Medienlandschaft bestehen. Es bleibt den Eigentümern der Medien überlassen, wie sie Kontrolle ausüben, beispielsweise indem sie regimetreues Führungspersonal rekrutieren und kritische Journalist:innen entlassen. Die Mehrheit der Eingriffe in die Berichterstattung bleibt damit innerhalb der Medienunternehmen und wird nur bekannt, wenn sich Betroffene dagegen wehren, beispielsweise in dem sie Informationen weitergeben oder ihre Stelle kündigen. Flankiert wird dies von repressiven Maßnahmen durch Regulierungsbehörden, ein restriktives Presserecht und die Angst vor Verleumdungsklagen. Ein Beispiel für derartige Praktiken ist die Untersuchung des Onlinemediums *Lenta.ru* durch die Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor«. Dem populären Nachrichtenportal wurde vorgeworfen, dass es extremistische Inhalte verbreite, nachdem 2014 ein Interview mit einem der Anführer des ukrainischen »Rechten Sektors« erschienen war. Infolge der Untersuchung wurde die Chefredakteurin, Galina Timtschenko, entlassen, aus Solidarität mit ihr verließen 80 weitere Mitarbeiter:innen das Unternehmen (<https://novayagazeta.ru/articles/2016/05/13/68591-konets-rbk-gibridnaya-voyna-protiv-media>). Timtschenko und viele andere der Mitarbeiter:innen von *Lenta.ru* gründeten das Internetportal »Meduza«.

Erschwert wird die Situation derjenigen, die innerhalb von bestimmten Nischen unabhängige Berichterstattung machen dadurch, dass die »Grenzen des Sagbaren« fluide sind und regelmäßig verschoben werden. Dies zeigt der Fall der RBC Medienholding, bekannt für investigativen Journalismus (z. B. die Berichter-

stattung über die Panama Papers). Drei Redakteure wurden 2016 aus ungenannten Gründen abgesetzt und durch Elisaweta Golikowa und Igor Trosnikow ersetzt. Während der ersten Mitarbeiterversammlung kam es zu der später an Meduza geleakten Ansprache, in der die neuen Chefredakteur:innen die Prinzipien journalistischer Arbeit mit Verkehrsregeln verglichen, nach denen »über die durchgezogene Linie fahren« ebenfalls bestraft würde (<https://meduza.io/feature/2016/07/08/esli-kto-to-schitaet-chno-mozhno-voobsche-vse-eto-ne-tak>). Regeln im Journalismus, so impliziert der Vergleich, würden wie Verkehrsregeln zum Schutz aller Beteiligten beitragen – worauf Mitarbeiter:innen bemerkten, dass die von ihnen genannte »durchgezogene Linie« sich im Gegensatz zu der auf der Straße bewege. Somit wird deutlich, dass implizite Regeln innerhalb der Medienhäuser existieren, an denen sich die Berichterstattung orientieren soll, wobei diese Regeln kontextabhängig und wandelnder Interpretation unterworfen sind. Das Erfordernis, sich diesen Gegebenheiten anzupassen und die damit verbundene Unsicherheit fördert Selbstzensur. Alternativ konnten Journalist:innen, die weiter kritisch berichten wollten und sich nicht den unsichtbaren »Verkehrsregeln« großer Medienhäuser unterwerfen, eigene Onlineprojekte gründen oder aus dem Ausland arbeiten. Diese Strategie trifft auf ein verändertes Mediennutzungsverhalten der russischen Bevölkerung, die sich zunehmend aus Onlinemedien, Blogs, und den sozialen Medien informiert. Deren wachsende Popularität gilt als »game changer« in der russischen Politik mit großem Mobilisierungspotential.

Freiräume für regimiekritische Medien wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker eingehegt. Die Liste der Medien, die vermeintlich wegen kritischer Berichterstattung unter Druck gerieten und infolgedessen Journalist:innen entlassen wurden oder kündigten (dies ist aus der Berichterstattung nicht immer ersichtlich), ist lang. Sie umfasst Fernsehsender (Doshd, REN TV, TV2), Zeitungen (Wedomosti, Kommersant, Forbes), Onlinemedien (*Lenta.ru*, *Grani.ru*), eine Medienholding (Russkaja mediagruppa, RMG) und die Nachrichtenagentur (RIA Nowosti). Unterschiede gibt es in der Intensität des Drucks, dem Medienschaffende ausgesetzt sind, je nach Reichweite bzw. Bedeutung. Fernsehsender, deren Berichterstattung die wichtigste Informationsquelle für die Mehrheit der russischen Bevölkerung ist, waren größerem Druck ausgesetzt als Radio und Printmedien oder gar die agilen Onlinemedien. Daher ist es beachtenswert, dass die neuen Fälle von Repressionen sich auch gegen Medien richten, die bislang als Rückzugsorte für kritische Journalist:innen galten, nämlich Onlinezeitungen, Auslandsmedien. Außerdem wird die repressive Gesetzgebung auch gegen Einzelpersonen

angewandt. Ein derartiges Vorgehen richtet sich nicht nur gegen die jeweils Betroffenen repressiver Maßnahmen, sondern ist immer auch eine Botschaft an alle

Medienschaffenden, dass kritische Berichterstattung unerwünscht ist.

Über die Autorin

Dr. Esther Somfalvy ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind vergleichende Autoritarismusforschung, politische Institutionen (Parlamente, Wahlen) und Medien. Aktuell ist sie in dem DFG-geförderten Projekt «Media control as source of political power: The role of oligarchs in electoral authoritarian regimes» tätig.

Lesetipps

- Akhrarkhodjaeva, N. (2017): The instrumentalisation of mass media in electoral authoritarian regimes: Evidence from Russia's presidential election campaigns of 2000 and 2008. Columbia University Press.
- Fredheim, R. (2017) The loyal editor effect: Russian online journalism after independence, in: *Post-Soviet Affairs*, 33 (1), 34–48.
- Heinrich, A. & Pleines, H. (2018). The Meaning of 'Limited Pluralism' in Media Reporting under Authoritarian Rule. *Politics and Governance* 6(2), 103-111.
- Kazun, A. (2019): To cover or not to cover: Alexei Navalny in Russian media, in: *International Area Studies Review*, 22 (4), 312–326.
- Mungiu-Pippidi, A. (2008). How Media and Politics Shape Each Other in the New Europe. In Jakubowicz, K. & M. Sukosd (Eds) *Finding the Right Place on the Map: Central and Eastern European Media Change in a Global Perspective* (87-100). Intellect Ltd.
- Roudakova, N. (2017). *Losing Pravda. Ethics and the Press in Post-Truth Russia*. Cambridge UP.
- Russian Analytical Digest (9. November 2020). No 258, *Media Capture*. https://css.ethz.ch/en/publications/rad/rad-all-issues/details.html?id=/n/o/2/5/no_258_media_capture.

Russland drosselte Twitter, um Inhalte zu zensieren

Natalia Krapiva (Access Now)

Mangelnde Transparenz

Am 10. März 2021 kündigte die für die Einhaltung der Medien- und Telekommunikationsgesetze zuständige russische Aufsichtsbehörde Roskommadsor an, dass sie Twitter auf »100 Prozent des mobilen Datenverkehrs und 50 Prozent des Datenverkehrs von Desktopgeräten« drosseln werde. Der Grund, warum Russland Twitter drosselte: Das Social-Media-Unternehmen weigerte sich, über 3.000 Materialien zu löschen, die die Behörden als gesetzeswidrig erachteten.

Schon kurz nach der Ankündigung meldeten russische Nutzer:innen, dass sich der Zugang zu mehreren Websites und Online-Dienste verlangsamt hatte. Später bestätigten Expert:innen, dass über 40.000 Domains mit t.co (Twitters verkürzter Domainname) betroffen waren. Als Russland Twitter drosselte, verlangsamte es auch die Webseiten von wichtigen Regierungsinstitutionen, darunter dem Kreml und der russischen Staatsduma, sowie wichtigen Plattformen und Diensten wie Yandex, Google, YouTube und Qiwi.

Aufgrund der mangelnden Transparenz wissen wir nicht, welche technischen Mittel die russischen Behör-

den zum Einsatz brachten, um Twitter zu drosseln. Russische Bürgerrechtler:innen, etwa von der Internet Protection Society und RoskomswoBoda, vermuten, dass die Drosselung mithilfe einer Reihe von Netzwerküberwachungs- und Zensurinstrumenten durchgeführt wurde, die angeblich erfolgreich als Teil des sogenannten »Gesetzes über das souveräne Internet« getestet wurden. Die Technologie zur Umsetzung des Gesetzes wird Berichten zufolge von der russischen Firma RDP bereitgestellt.

Roskommadsor versuchte, einen Teil der Webseitenperrungen auf einen Brand bei der Cloud-Service-Firma OVHcloud im französischen Straßburg zu schieben. Darüber hinaus gab Rostelecom, Russlands führender Telekommunikationsanbieter, eine Erklärung heraus, in der behauptet wurde, dass die russischen Regierungswebseiten aufgrund eines Fehlers in einem Rechenzentrum von Rostelecom nicht erreichbar seien. Sowohl Tech-Unternehmen als auch die russische Zivilgesellschaft sind misstrauisch und kritisch gegenüber diesen Versuchen, die Schuld für die Dros-

selung und den dadurch verursachten Kollateralschaden von sich zu weisen.

Eine kurze Geschichte von Shutdowns und Sperrungen von sozialen Medien in Russland

Die Drosselung der Geschwindigkeit von Twitter ist Teil eines jahrelangen Bestrebens der russischen Zensurbehörde, um Twitter und andere Tech-Giganten zu zwingen, den Anordnungen von Roskomnadsor Folge zu leisten. Auch Google hat die Zensurbehörde im Blick: Das amerikanische Unternehmen wurde bereits mehrfach zu Geldstrafen verurteilt, zuletzt im Dezember 2021 zu drei Millionen Rubel (ca. 41.000 US-Dollar) gemäß Artikel 13.40 des russischen Gesetzbuches für Ordnungswidrigkeiten. Im selben Monat legte das russische Parlament nach und verabschiedete ein Gesetz, das die Geldstrafen für Unternehmen, die sich den Zensuranordnungen widersetzen, auf bis zu 20 Prozent ihres Jahresumsatzes in Russland erhöht. Anfang dieses Monats reichten die russischen Behörden auch eine Klage gegen Google, Facebook, Telegram, TikTok und Twitter ein, weil die Unternehmen es versäumt hatten, Beiträge zu löschen, die Kinder dazu aufforderten, an den landesweiten Protesten zur Unterstützung des inhaftierten Oppositionsführers Alexej Nawalnyj teilzunehmen.

Die russischen Behörden haben auch Social-Media-Unternehmen blockiert und mit Geldstrafen belegt, weil sie das russische Gesetz zur Datenlokalisierung nicht eingehalten haben. Dieses verlangt von Unternehmen, die personenbezogenen Daten russischer Bürger:innen auf russischen Webservern zu speichern. 2016 sperrte Russland LinkedIn wegen Missachtung des Artikels 15.5 des Informationsgesetzes. 2019 verurteilten russische Friedensrichter Twitter und Facebook zu Geldstrafen wegen Verstößen gegen Artikel 19.7 des Gesetzbuches für Ordnungswidrigkeiten.

Russland versuchte auch erfolglos, Telegram zu sperren und verhängte gegen das Unternehmen eine Geldstrafe wegen Nichteinhaltung der Anti-Terror-Gesetzgebung aus dem Jahr 2018, die auch als »Jarowaja-Gesetz« nach der gleichnamigen Duma-Abgeordneten Elena Jarowaja bekannt ist. Dieses Gesetz verlangt von Telekommunikationsanbietern, den Sprach- und Nachrichtenverkehr sowie die für die Verschlüsselung von Nachrichten genutzten Algorithmen zu speichern und sie dem russischen Föderalen Sicherheitsdienst FSB auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Der Versuch, Telegram zu blockieren wies ähnliche Merkmale auf wie die Drosselung von Twitter in diesem März: Sie führte ebenfalls zu massiven Internetproblemen bei vielen Onlinedienstleistern in ganz Russland.

Russland verlangsamt nicht nur jene Dienste, die sich nicht an die Zensuranweisungen der Behörden hal-

ten. Bei Protesten wird nicht selten das mobile Internet gedrosselt. So schaltete die Regierung der nordkaukasischen Republik Inguschetien in den Jahren 2018 und 2019 das mobile Internet während friedlicher Proteste gegen das Grenzabkommen mit dem benachbarten Tschetschenien ab. Im Juli und August 2019 blockierten die Moskauer Behörden das mobile Internet während lokaler Wahlproteste.

Außerdem meldeten im Jahr 2019 einige Betreiber anonym Netzstörungen im Zusammenhang mit Tests der DPI-Technologie, die im Rahmen der Umsetzung des »Gesetzes über das souveräne Internet« im Ural aufgetreten waren.

Laut humanitärem Völkerrecht ist das illegal

Twitter und andere Unternehmen, die von der Drosselung betroffen sind, haben das Recht, die Entscheidung von Roskomnadsor vor russischen Gerichten anzufechten. Der russische Anwalt Stanislaw Selesnjow hat bereits den Generalstaatsanwalt gebeten, zu prüfen, ob die Maßnahmen von Roskomnadsor, die dazu führten, dass »Nutzer:innen in Russland und außerhalb der russischen Staatsgrenzen Schwierigkeiten beim Zugriff auf offizielle Websites russischer Regierungsbehörden, Banken, Zahlungssysteme und Betreiber von Telekommunikationsdiensten« hatten, rechtmäßig waren.

Die Chancen, dass die russischen Behörden dem Schutz des Rechts der Nutzer:innen auf freie Meinungsäußerung und Zugang zu Informationen Priorität einräumen, sind jedoch gering. Während die russische Verfassung das Recht, Informationen zu suchen und zu vermitteln sowie die Meinungsfreiheit garantiert, erlaubt das russische Informationsgesetz die Einschränkung von Inhalten, die die Regierung für gesetzeswidrig hält. Das »Gesetz über das souveräne Internet«, das kürzlich geändert wurde, um Ordnungsstrafen für Verstöße einzuführen, enthält auch Bestimmungen, die es Roskomnadsor erlauben, Gefahren im Internet durch »Eingriffe in das Routing von Telekommunikationsnachrichten« und »Änderung der Konfiguration von Kommunikation« zu beseitigen.

Russische Gerichte haben sich in Bezug auf die Sperrung von Inhalten in sozialen Medien und Internet-Shutdowns auf die Seite der russischen Behörden gestellt. Im Fall von LinkedIn bestätigte ein Moskauer Gericht die Entscheidung der unteren Instanz, die Roskomnadsor angewiesen hatte, LinkedIn-Domainnamen, Webadressen und IP-Adressen in ein Register von Unternehmen einzutragen, die gegen russische Datenschutzgesetze verstoßen, wodurch das Unternehmen später mit einer Sperrung belegt wurde.

Das Gericht in Magas in der Republik Inguschetien wies ebenfalls eine Klage des in Inguschetien lebenden

Murad Chasbijew gegen die von der Regierung angeordneten Internetshut downs ab und entschied, dass die Shut downs im Einklang mit Artikel 64 des russischen Kommunikationsgesetzes stehen, das Telekommunikationsunternehmen verpflichtet, die Strafverfolgungsbehörden bei operativen Ermittlungsmaßnahmen zu unterstützen.

Das humanitäre Völkerrecht lässt jedoch keine Zweifel daran, dass Internetshut downs und wahlloses Sperren von Websites nicht zulässig sind. Tatsächlich hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einer Reihe von Entscheidungen, u. a. in den Verfahren »Wladimir Charitonow gegen Russland« und »OOO Flawus und andere gegen Russland«, entschieden, dass eine breit angelegte, flächendeckende Sperrung von Websites eine extreme und unverhältnismäßige Maßnahme ist, die die Meinungsfreiheit und das Recht auf eine wirksame Beschwerde (Artikel 10 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention) verletzt. Access Now erwarten weitere Urteile des EGMR zu diesen Themen, da seit letztem Jahr die Sperrung und Geldstrafe von Telegram in »Telegram gegen Russland« und die Beschwerde von Murad Chasbijew gegen die mobilen Internetshut downs in Inguschetien beim Gerichtshof anhängig sind.

Wie geht es weiter? Die russische Zivilgesellschaft stellt sich auf weitere Zensur und Internetshut downs ein

Die russischen Behörden drosseln weiterhin für bestimmte Nutzer:innen Twitter und viele andere Web-

sites, zu denen auch Regierungsseiten gehören. Roskomnadsor hat angedroht, Twitter komplett zu sperren, wenn es sich nicht an die russische Gesetzgebung hält. Ob die russischen Behörden diese Drohung wahr machen oder ob es ihnen gelingt, die Sperrung umzusetzen, ohne die russische Internet-Infrastruktur weiter zu zerstören, bleibt abzuwarten. Russische Nutzer:innen und Aktivist:innen, die sich für digitale Rechte stark machen, wehren sich gegen die zunehmende Zensur, indem sie Tools entwickeln, um die Ladegeschwindigkeit von Twitter und anderer Webseiten zu testen. Ebenso nutzen sie Virtual Private Networks (VPNs) und andere Apps und Technologien, die es erlauben, die Sperrungen zu umgehen und auf blockierte Online-Inhalte zuzugreifen.

Unabhängig davon, wie es mit Twitter weitergeht, erwartet Access Now, dass die russischen Behörden weiterhin versuchen werden, den Zugang zum Internet und die Meinungsfreiheit einzuschränken. Am 19. September 2021 finden in Russland die Parlamentswahlen statt. Aufgrund der niedrigen Zustimmungswerte der Regierungspartei »Einiges Russland«, die sich auf einem historischen Tief befinden, gehen Expert:innen davon aus, dass sich die russische Regierung nicht an der Macht halten kann, ohne massiven Wahlbetrug zu begehen. Dies erhöht das Potenzial für Internetshut downs und Sperrungen von Webseiten während der Wahlen und der damit verbundenen Proteste.

*Quelle: Access Now, 15. März 2021,
<https://www.accessnow.org/russia-throttled-twitter/>*

Über die Autorin

Natalia Krapiva arbeitet daran, rechtliche Risiken für die *Digital Security Helpline* von Access Now zu minimieren und zu entschärfen. Sie leitet zudem die Tätigkeit von Access Now, Gerichte und Gerichtsverfahren strategisch einzubinden, um digitale Rechte zu garantieren. Natalia Krapiva hat einen Bachelorabschluss in Politikwissenschaft von der Columbia University und einen Juris Doctor der UC Berkeley School of Law. Sie hat eine Zulassung der Anwaltskammer des Staates New York.

»Hätten wir eine andere Wahl gehabt? Nein.«

Konstantin Gaase und Leonid Wolkow

Einleitung Dekoder

Gegen die Organisationen des inhaftierten Oppositionspolitikers Alexej Nawalny begann am Montag die Hauptverhandlung vor dem Moskauer Stadtgericht: Ihnen wird Extremismus vorgeworfen. Die Sitzung wurde nach wenigen Minuten auf den 9. Juni verlegt. Betroffen sind neben dem Fonds für Korruptionsbekämpfung (FBK) auch die regionalen Wahlkampfbüros, die Nawalnys Team landesweit aufbaute. Über diese *schtaby* wurden Straßenproteste organisiert, aber auch das sogenannte Smart-Voting – das Verfahren sieht vor, dem aussichtsreichsten Oppositionskandidaten die Stimme zu geben und so die Machtfülle der Regierungspartei Einiges Russland zu brechen.

Ist eine Organisation als extremistisch eingestuft, so ist deren Finanzierung verboten, führende Köpfe müssen mit mehrjährigen Freiheitsstrafen rechnen.

Im *Meduza*-Podcast *Schto slutschilos* (dt. Was war da los?) hat Konstantin Gaase mit Nawalnys Wahlkampfchef Leonid Wolkow, der im Exil lebt, darüber gesprochen, wie es mit den Regionalbüros nun weitergeht – und ob das Smart-Voting bei der Dumawahl im September trotz allem funktionieren kann.

Konstantin Gaase: Seit 2012, als Sie befasst waren mit den Wahlen zum Koordinationsrat, gab es ein ganz einfaches Schema für die Beteiligung am oppositionellen Protest: Leute, wir geben euch die Möglichkeit in unterschiedlichen Abstufungen mitzumachen – von der anonymen Spende über Cube-Aktionen bis hin zur Mitarbeit im Team. Das heißt, im Grunde sagten Sie Ihren Sympathisanten: Wir bieten eine Plattform, der ihr euch anschließen könnt, wie es euch passt. Jetzt gibt es keine Plattform mehr, und auch die Beteiligung am Protest in der Form, wie Sie sie für ungefährlich halten, gibt es nicht mehr. Haben Sie das bei Nawalnys Rückkehr nach Russland besprochen? Hielten Sie ein solches Szenario für wahrscheinlich?

Leonid Wolkow: Eine schöne Formulierung, das mit den abgestuften Möglichkeiten, weil wir das auch immer so gesehen haben. Bei Unterstützer-Treffen habe ich das oft als Pyramide visualisiert: eine Million Anhänger; davon hunderttausend, die spenden können; davon zehntausend, die agitieren können; davon tausend, die aktiv mitarbeiten; hundert, die bereit sind, einen Tag in Haft zu sitzen [per Verwaltungsarrest]; zehn, die bereit sind, verurteilt einzusitzen; und ein Alexej Nawalny. Und es war klar, dass das Team und diese ganze Struktur es allen ermöglichen soll, etwas beizutragen. Denn obwohl wir selber Aktivisten sind und Aktivisten lieben und schätzen, ist ja klar, dass man mit einer Million Anhängern, die täglich je 15 Minuten Zeit investieren, ohne dabei Risiken einzugehen, eine viel größere politische Wirkung erzielen kann. Und diese 15 Millionen Minuten vermögen immer noch mehr, als die eingefleischtesten und risikofreudigsten Aktivisten auf der Straße mit wundgelaufenen Füßen zusammensammeln. Aktivisten gibt es ja viel weniger. Aber so vorzugehen, dass aus diesen 15 Millionen Menschenminuten etwas Sinnvolles entsteht, ist sehr schwierig. Das erfordert eine riesige Infrastruktur und eine ziemlich geschickte Planung. Alles, was wir gemacht haben, war, die Aktivisten, die es [zum Kampf] drängte und die zu den verschiedensten kreativen Protestformen bereit waren – dass wir die zu ziemlich öden bürokratischen Tätigkeiten verdonnert haben, um eine Angebotsstruktur für jene aufzubauen, die weniger aktiv waren. Und jetzt hat genau dieser Teil einen Schlag versetzt bekommen. Unsere Millionen Anhänger sind immer noch da; die Hunderttausende, die zu Spenden und Reposts bereit sind, ebenfalls. Eins draufgekriegt haben die Zigtausend, die zu Demonstrationen gehen, und die Tausend, die aktiv mitarbeiten.

Jenen, die bereit waren zu Demonstrationen zu gehen, hat man gesagt: Ihr werdet gleich alle im Verwaltungsarrest sitzen. Damit hat man das Risiko ihres Einsatzes um zwei Stufen verschärft, dazu waren sie nicht bereit. Und die Tausend, die [im Team] mitarbeiteten, bekamen zu hören: Ihr bekommt gleich alle eine Haftstrafe aufgebremmt. Also wurde auch das verschärft – auch dazu waren die Leute nicht bereit. Somit haben sie [die russische Staatsmacht] uns durch die drastische Erhöhung des Risikos die Grundlage für unsere Struktur zerstört. Weswegen wir jetzt die Infrastruktur ins Internet verlegen.

Wir wissen, dass die Unterstützung an der Basis nicht weg ist, das ist in Umfragen erfassbar. Wir müssen sie nur online neu aufbauen. Also, dafür sorgen, dass die Leute, die 15 Minuten täglich investieren wollen, [weiterhin] etwas Sinnvolles beitragen können. Natürlich sinkt die Effektivität. Natürlich wird die Arbeit anders sein, aber im Kern bleibt alles gleich. Die fundamentalen Gründe für die Proteststimmung in Russland sind ja ganz offensichtlich immer noch da und werden nicht so schnell verschwinden.

Putin kann zehn Personen einsperren lassen – davon wird aber das Sonnenblumenöl nicht billiger. Putin kann alle Räumlichkeiten, in denen jemals Nawalnys Team gearbeitet hat, mit Baggern zerstören. Und alle Hotels, in denen Nawalny je eingekerkert hat. Auch damit wird er die Korruption nicht besiegen. Ganz zu schweigen davon, dass [der Unmut darüber nicht sinkt, dass] Putin seit 22 Jahren im Amt ist.

Wir führen Umfragen durch und sehen: Die Unterstützung ist nicht zurückgegangen, dafür hat das Mitgefühl zugenommen.

Sie sagen, Sie sind bereit, weiterhin dasselbe zu tun – wenn auch weniger effektiv und online. Bedeutet das, dass Sie die Grundhypothese beibehalten, dass diese ein bis zehn Millionen Anhänger von sich aus nicht bereit sind, das Risiko zu erhöhen und auf die Straße zu gehen? Sie glauben also nicht, dass die Stärke des Protestes ohne Ihr Zutun von selber zunimmt?

Lustigerweise hat Nawalny in einer seiner letzten Nachrichten aus Wladimir eine Metapher aus *Alice im Spiegelland* benutzt: dass man schnell rennen muss, um auf der Stelle zu bleiben – wobei er das Zitat fälschlicherweise [dem ersten Band] *Alice im Wunderland* zuschrieb. Am selben Tag kam auf *Znak* ein Interview mit mir heraus, in dem ich dieselbe Metapher benutzte. Wir hatten uns nicht abgesprochen, aber offenbar empfinden wir das sehr ähnlich. Genau so ist es: Wir rackern uns ab, wir rennen unglaublich schnell, nur damit wir auf der Stelle bleiben.

Das Risiko beim Straßenprotest ist um ein Vielfaches gestiegen. Niemand denkt mehr daran zurück, aber vor zehn Jahren war das Schlimmste, was auf einer nicht genehmigten Demonstration passieren konnte, 15 Tage Haft für Organisatoren und 500 Rubel [2011 rund 13 Euro – dek] Strafe für Teilnehmer. Irgendwelche Festnahmen (geschweige denn Haftstrafen). Schon allein Ausweiskontrollen schienen damals auf genehmigten Demonstrationen undenkbar. Und das vor nur zehn Jahren – in der fast guten alten Zeit. Unsere Proteststärke und -energie ist in diesen zehn Jahren nicht gestiegen, aber auch nicht weniger geworden. Jetzt, wo die Teilnahme an einer Demo bis zu 300.000 Rubel [etwa 3.300 Euro – dek] kosten kann, wo 30 Tage Haft drohen, ein Strafverfahren, ein reales Risiko, seinen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz zu verlieren et cetera – sehen wir, dass die Leute trotzdem landesweit in [mit vorher] vergleichbarer Zahl demonstrieren gehen.

Alles, was wir unter diesen Bedingungen tun können, ist, schnell genug zu rennen, um an Ort und Stelle zu bleiben und das Entschlossenheitslevel der Menschen aufrechtzuerhalten. Aber unter diesen Bedingungen auch noch zu erreichen, dass Millionen Menschen auf die Straße gehen – das wäre Wishful Thinking.

Putin hat auf Lukaschenko [und die belarussischen Proteste 2020] geschaut und begriffen, dass es noch enorm viel Spielraum gibt, die Repressionen zu steigern. Er hat signalisiert, dass er auch bereit ist, diesen Spielraum zu nutzen – was natürlich eine unangenehme Überraschung ist. Jetzt wissen wir, dass unsere Bemühungen nicht auf einen groß angelegten Straßenprotest abzielen können. Den nächsten Massenprotest zusammenzutrommeln hat derzeit, milde ausgedrückt, nicht oberste Priorität.

Das heißt aber nicht, dass wir Straßenproteste ausschließen. Die Gesellschaft befindet sich in einem Zustand, in dem sie die Ungerechtigkeit des Geschehens sehr deutlich wahrnimmt. Und dieses Gefühl der Ungerechtigkeit wächst an: die Ursachen [der Proteststimmung] sind immer noch da. Daher kann es durchaus passieren, dass ganz von allein irgendein Schwarzer Schwan daherfliegt oder ein Goldener Hahn, der dem Zaren in den Kopf pickt, und das war's. Aber darauf eine politische Strategie aufzubauen – das scheint mir unmöglich.

Früher war der Rhythmus so: ein Video als Trigger, der offline seine Fortsetzung findet. Okay, angenommen, ihr stützt euch nicht auf den Straßenprotest. Doch wie soll dann diese Koppelung laufen? Gleichzeitig wird klar – unmittelbar vor unserem Gespräch haben Sie bekannt gegeben, dass die Regionalbüros schließen –, dass es keine Infrastruktur für die Produktion [von investigativen Filmen] mehr gibt, aber Filme brauchen Produktion.

Bezüglich der Regionalbüros habe ich sehr deutlich gesagt: Wir lassen sie frei schwimmen, wir haben dieses Netz über vier Jahre aufgebaut, haben den Leuten etwas beigebracht, die Leute haben selbst etwas gelernt, haben sehr intensiv gearbeitet. Das Ergebnis ist eine absolut handlungsfähige politische Struktur, die zu selbständiger politischer Tätigkeit in der Lage ist. Und die infrastrukturelle Basis des Protests bleibt ja bestehen.

Aber Sie investieren sie in lokale Agenden. Im Grunde sagen Sie: Geht los und widmet euch dem lokalen Protest.

Sie waren sowieso mit lokalen Agenden befasst. Geschichten wie der Park in Jekaterinburg, Sergej Furgal und Kuschttau haben dem Kreml natürlich heftig Angst eingejagt.

Ich gehe davon aus, dass der Kreml das Netzwerk unserer Büros als größeres Problem und größere Bedrohung empfand als den Fonds für Korruptionsbekämpfung. Der FBK existierte einfach und veröffentlichte Studienergebnisse. Der Kreml war bis zuletzt der Meinung, dass das alles sowieso nur ein Internetphänomen ist.

Das Büronetzwerk war jedoch vor Ort aktiv, und während der Kreml Proteste in Moskau mit Gummiknüppeln bis zur Bewusstlosigkeit niederschlagen konnte, ging er mit regionalen Protesten immer viel milder um. Zum einen, weil er Angst hatte, dass der Protest im ganzen Land aufflackern und außer Kontrolle geraten könnte, zum anderen, weil in der Moskauer Bevölkerung die Konzentration der Silowiki viel höher ist als in Jekaterinburg, Ufa und dergleichen.

Alexej Nawalny wurde vergiftet, als er in den Regionen unterwegs war. Und seine Beschattung begann, als er 2017 anfang, aktiv die Regionen aufzusuchen, um ein landesweites Netzwerk aufzubauen. Als er im Sommer 2020 neuerlich die Regionen bereiste, wurde die Bespitzelung wieder aufgenommen.

Dieses Netz von Regionalbüros und Teams rief eine ungeheuer nervöse Reaktion hervor, weil das die infrastrukturelle Basis ist. Das sind Leute, die Kompetenzen in sich tragen, die wissen, wie man einen Protest organisiert, wie man mit Freiwilligen arbeitet, wie man was am besten macht. Na, und natürlich das Smart-Voting, die Regionalwahlen – Sachen, die manchmal gelangen, manchmal nicht, die aber in den Regionen besonders wehtaten. Natürlich haben sie [die Behörden] es sich prinzipiell zur politischen Aufgabe gemacht, unsere Struktur in den Regionen zu zerstören. Ich glaube an die Theorie, dass der Entschluss, Alexej [Nawalny] mit Nowitschok zu vergiften, folgendermaßen gefasst wurde: Im Juli 2019 erging der politische Befehl, das Team zu zerstören. Damit wurde [der Chef des Ermittlungskomitees, Alexander] Bastrykin betraut. Bastrykin bildete eine Gruppe aus 141 Ermittlern in besonders wichtigen Angelegenheiten, die sich ans Werk machten, unsere Konten sperren und die Technik mitgehen ließen, bla, bla, bla.

Ein Jahr später sagte man ihm bei irgendeiner Rechenschaftslegung: »Alexander Iwanowitsch, sie haben doch vor einem Jahr einen Auftrag bekommen. Aber irgendwie arbeitet das Team immer noch. Schon wieder dieses Smart-Voting, schon wieder mischen sie sich mit dem Geld von CIA und Mossad in unsere tollen und ehrlichen Wahlen ein. Wie kommt es, dass Sie, Alexander Iwanowitsch, damit nicht fertig werden?« Er so: »Mi-mi-mi, geben Sie mir noch drei Monate, dann.« Da kommt irgendso ein Nikolaj Platonowitsch um die Ecke und sagt: »Wisst ihr was, ich habe da eine Idee. Mir scheint, es ist Zeit für Plan B – für radikalere Methoden, wenn Sie schon ein Jahr damit herumtun. Wir haben da eine Spezialabteilung, wo sie für solche Fälle spezielle Mittelchen brauen.«

Das ist natürlich eine dichterisch ausgeschmückte Rekonstruktion. Aber vom zeitlichen Ablauf und der Logik her erscheint sie mir plausibel.

Vor diesem Hintergrund wiederhole ich: Alle Medien haben jetzt zwar die Nachricht »Regionalbüros aufgelöst« gepusht – doch das war nicht der Sinn meiner Mitteilung, sondern der, dass von unseren 40 Regionalbüros etwa 30 versuchen werden, als gesellschaftlich-politische Organisationen selbständig zu funktionieren. Manche werden das natürlich nicht schaffen.

Die Regionalbüros sind vielleicht eine gute Investition in lokale Agenden. Was das Smart-Voting betrifft, ist es ja kein Geheimnis: Dort, wo es funktioniert hat, waren die politischen Partner [von Nawalns Team] die Kommunisten.

Nein. Ich als derjenige, der für das Smart-Voting zuständig ist, kann bestätigen, dass das nicht der Fall war. Es gab keine Absprachen im Sinne von »Lasst euch von uns unterstützen« oder »Wir für euch und ihr für uns«.

Haben Sie nie mit den Kommunisten gesprochen?

Ich persönlich habe nie [mit ihnen] als Institution gesprochen. In den Regionen kommen ständig nicht nur Kommunisten zu uns, [sondern auch Mitglieder] von LDPR, SR, Jabloko und fragen: »Was müssen wir tun, um ins Smart-Voting zu kommen?« Die hören immer dieselbe Antwort: »Steht alles auf der Website. Arbeiten Sie viel und gut. Werden Sie der beste Kandidat und der stärkste Opponent der Regierung in Ihrem Gebiet, und wir werden Sie unterstützen.«

Haben sich die Regionalteams am Verhandlungsprozess beteiligt, damit man einander nicht in die Quere kommt?

Ja. Für das Smart-Voting ist es schlecht, wenn in einem Wahlkreis ein starker Kommunist und ein starker Jablotschnik zusammentreffen. Und umgekehrt ist es gut, wenn ein starker Kommunist in dem einen Wahlkreis ist und ein starker Jablotschnik in einem anderen. Nachdem wir in diesem Prozess als unparteiische Vermittler auftreten, sind sie natürlich zu uns gekommen.

So etwas ist in Sankt Petersburg passiert, in Jekaterinburg und in jenen Regionen, wo es eine erkleckliche Menge unverwüster Charismatiker und strahlender Regionalpolitiker gibt. Wo es Gesprächsstoff und genug aufzuteilen gibt.

In 80 Prozent der Fälle ist die Aufgabe des Smart-Votings leider, wenigstens irgendwen zu wählen. Moskau nimmt hier natürlich eine Sonderstellung ein. Da herrscht Konkurrenz zwischen starken Politikern.

Wenn wir uns ansehen, wie viele Kandidaten im Smart-Voting formal zu einer Partei gehörten, wie die Kräfteverteilung zwischen politischen Parteien in Russland aussieht (ohne Einiges Russland), dann sind das rund 50 Prozent KPRF, 20 Prozent Sprawedliwaja Rossija, 20 Prozent LDPR und 10 Prozent Jabloko. Entsprechend sind auch die Wahlerfolge der Kandidaten im Smart-Voting verteilt.

Sie werden also das Smart-Voting fortsetzen. Und den Regionalbüros, die Sie jetzt frei schwimmen lassen, überlassen Sie die Entscheidung, wen sie unterstützen wollen?

Nein. Die Entscheidung über die Unterstützung von Kandidaten im Smart-Voting treffen wir immer ausschließlich in einem zentralen Analysezentrum. Bei aller Liebe zu den Regionalbüros hatten sie diesbezüglich nie ein Stimmrecht, unter anderem – bei allem Respekt –, weil Korruption ein Faktor ist. Wir lieben unsere Regionalbüros und vertrauen ihnen, aber auch Personen, denen ich bedingungslos vertraue, sind schon zu uns gekommen und haben erzählt: »Da hat mir einer drei Millionen Rubel für einen Platz im Smart-Voting angeboten.« Das ist tatsächlich passiert, und nicht nur ein- oder zweimal. Ich kann nur raten, wie oft das vorgekommen sein mag, ohne dass wir davon erfahren haben. Damit sich keiner einschleichen kann, haben wir immer gesagt: »Leute, ihr habt Beratungsfunktion: Geht bitte durch die Wahlbezirke und berichtet uns, wer mehr Werbung hat, wer mehr Material verteilt.« Man kann auch einfach in einem Mailing über die Datenbank des Smart-Votings die Unterstützer fragen, wessen Kampagne ihnen am meisten auffällt. Hauptsächlich stützen wir uns auf Analysen vergangener Wahlen.

Wie wird das dieses Jahr bei den Wahlen zur Staatsduma ablaufen? Das provisorische Zentralkomitee befindet sich im Ausland, es gibt Regionalbüros, die Ihnen ein Bild der Lage vor Ort vermitteln können, denen Sie aber vielleicht nicht hundertprozentig vertrauen. Und noch dazu wird sich die Wahl im September über drei Tage ziehen.

Wir vertrauen natürlich unseren Regionalbüros – die in Russland als keine Ahnung was für Organisationen gelten – in dem Punkt absolut, dass sie uns ein objektives Bild liefern, auf das wir uns sehr gerne stützen. Nur war die Information aus den Regionalbüros immer nur ein Teil des Bildes. Wir werden es aus verschiedenen Stückchen zusammensetzen. Im Kontext der Staatsduma wird die Bedeutung von soziologischen Methoden [zur Bestimmung des Kandidaten, den das Smart-Voting unterstützt] viel höher sein. In einem kleinen Wahlkreis für den Stadtrat kann man ja keine sinnvollen Umfragen durchführen. Bei den Wahlen zur Staatsduma mit über 500.000 Wählern pro Wahlkreis in Großstädten aber können wir Aspekte aus Umfragen einbeziehen.

Das ist eine neue Komponente des Smart-Votings, die wir früher nicht hatten, weil uns die Messgeräte fehlten, um in Bezirken mit zigtausenden Wählern Umfragen durchzuführen. Niemand hatte die. Und wer behauptet, sie zu haben, lügt einfach.

Also sind das die Komponenten des Smart-Votings: Eine Einschätzung der Lage durch das Team, Ihre eigenen Erhebungen in wichtigen Wahlkreisen und schließlich die gezielte Unterstützung einer von Ihnen bestimmten Person?

Ja.

Aber es wird keine flächendeckende Wahlkampagne im ganzen Land geben? Wird es 225 Kandidaten im Smart-Voting geben?

Ja, die wird es geben. 2019 und 2020 haben wir rund 800 beziehungsweise 1100 Empfehlungen abgegeben. Jetzt geben wir rund 1500 Empfehlungen ab, weil weitere 225 Bezirke dazukommen.

Zurück zum 23. Januar [2021, als in Russland Demonstrationen gegen Nawalnys Festnahme stattfanden]. Was war der Plan?

Geplant und vorausgesehen haben wir ungefähr das, was auch passiert ist. Also, dass Alexej Nawalny am 17. Januar zurückkommt. Wir wussten, dass er höchstwahrscheinlich verhaftet wird und dass das mit einem schwerwiegenden Angriff auf unsere ganze Struktur einhergehen wird. Aber hätten wir vorhersagen können, wie brutal das alles wird? Das nicht. Dass sie den Extremismusparagrafen bemühen werden – nein, das haben wir, ehrlich gesagt, nicht kommen sehen.

Wir sind immer noch da. Unsere Recherchen und unser Smart-Voting sind immer noch da. Und bald kommen noch ein paar neue Projekte dazu. Es ist schwer, ja. Haben wir gewusst, dass es schwer wird? Ja. Hätten wir eine andere Wahl gehabt? Nein. Darüber denke eigentlich nicht so viel nach.

Übersetzung (gekürzt) von Ruth Altenhofer

Stand: 18.05.2021

Über die Autoren

Leonid Wolkow (geb. 1980) ist ein russischer Oppositionspolitiker und IT-Spezialist. 2013 leitete er Alexej Nawalnyjs Kampagne für die Moskauer Bürgermeisterwahlen, 2017–18 für die Präsidentschaftswahlen. Er gilt als überzeugter Liberaler mit Talent für den effizienten Einsatz digitaler Technologien – insbesondere für die Koordination von politischem Aktivismus.

Konstantin Gaase ist Soziologe und Journalist, der für führende russische Publikationen wie Carnegie.ru oder Meduza schreibt. Seine Forschungsinteressen sind der russische Autoritarismus und die russische Bürokratie, klientelistische Netzwerke in der russischen Elite, politische Ökonomie und die politische Philosophie des Autoritarismus. Seit 2017 ist Gaase Dozent an der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (MWSchSEN), wo er den Kurs »Geschichte der theoretischen Soziologie« unterrichtet.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

Repressive Gesetze, die von Wladimir Putin am 30. Dezember 2020 unterzeichnet wurden

Gesetz »Über Änderungen bestimmter Gesetze (...) zur Abwehr von Bedrohungen der nationalen Sicherheit«

1. Die Möglichkeit, den Status eines »ausländischen Agenten« zu verhängen, wird erweitert auf:
 - b) Organisationen, die nicht als juristische Personen registriert sind, die sich politisch betätigen und zu diesem Zweck ausländische Gelder erhalten;
 - c) Personen, die »im Interesse eines ausländischen Staates, dessen Bürger:innen oder einer internationalen Organisation« politisch tätig sind, sowie Personen, die Informationen sammeln, die, wenn sie von ausländischen Stellen erworben werden, »gegen die Sicherheit der Russischen Föderation verwendet werden können«.
2. Von der »politischen Tätigkeit« ausgenommen sind Tätigkeiten in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Kunst, Gesundheitsschutz und -vorsorge, soziale Dienste, Sozialfürsorge, Sport, Umwelt sowie karitative Tätigkeiten.
3. Zu den »Formen der Ausübung politischer Tätigkeit« gehören nunmehr die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen (z. B. Kundgebungen, Mahnwachen oder Debatten); die Teilnahme an Wahlbeobachtung und die Bildung von Wahlkommissionen; öffentliche Appelle an Behörden, die z. B. auf die Herbeiführung von Gesetzesänderungen abzielen; die Verbreitung von Meinungen über Entscheidungen der Staatsorgane und deren Politik; die gesellschaftspolitische Meinungsbildung, z. B. durch die Durchführung soziologischer Untersuchungen.
4. Die Verbreitung von Informationen über »ausländische Agenten« in traditionellen Medien oder im Internet oder die Veröffentlichung ihrer Materialien ohne Kennzeichnung des Inhalts als einen »ausländischen Agenten« betreffend ist verboten.
5. Die Definition von »ausländischer Finanzierung« wird ausgeweitet. Sie umfasst Gelder und jede andere materielle Unterstützung, die nicht nur direkt von einer ausländischen Organisation bereitgestellt wird, sondern auch indirekt, etwa durch eine russische juristische oder natürliche Person, die diese Unterstützung von einer ausländischen Organisation erhält.
6. Die Möglichkeit der Kontrolle von »ausländischen Agenten« durch die Aufsichtsbehörden wird erweitert.

Änderung des Artikels 330 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation

Verschärfte Strafen (einschließlich einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren) für die »mutwillige Umgehung der Verpflichtungen, die Organisationen auferlegt werden, die als ausländischer Agent tätig sind«.

Änderungen des Gesetzes »Über Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Märsche und Mahnwachen«

Radikale Einschränkung der Versammlungsfreiheit durch:

- eine erweiterte Definition einer öffentlichen Versammlung: jede Form des »gleichzeitigen Auftretens von Bürger:innen auf öffentlichen Plätzen mit einem gemeinsamen Zweck, der auf die Äußerung von Meinungen oder Forderungen im Bereich Politik, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Außenpolitik gerichtet ist«, kann als solche anerkannt werden;
- Auferlegung zusätzlicher, detaillierter Anforderungen an die Organisation von Versammlungen, ihre Form, ihren Ort und ihr Verhalten, deren Nichteinhaltung ein Grund für das Verbot einer Versammlung sein kann;
- erweiterte Möglichkeiten für die Behörden, willkürliche Änderungen in Bezug auf Ort, Zeit und Form einer Versammlung vorzunehmen;
- Einschränkungen für die Teilnahme von Journalist:innen an Versammlungen: Sie dürfen sich in keiner Weise mit den Zielen oder der Botschaft der Veranstaltung identifizieren, andernfalls verlieren sie die Privilegien, die Journalist:innen bei der Ausübung ihrer offiziellen Pflichten gewährt werden.

Änderungen des Gesetzes »Über Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Märsche und Mahnwachen«

Verbot der Finanzierung von öffentlichen Versammlungen:

- a) aus ausländischen Geldern, einschließlich solcher, die von Bürger:innen ausländischer Staaten und Körperschaften, die als »ausländischer Agent« handeln, erhalten wurden;

- b) aus anonymen Quellen;
- c) durch juristische Personen, die weniger als ein Jahr vor dem Datum der Überweisung von Geldern für die Organisation der Veranstaltung registriert wurden. Das Verbot bezieht sich nicht nur auf die Entgegennahme von Geldmitteln, sondern auch auf andere materielle Unterstützung. Die Novelle schreibt vor, dass Gelder für Versammlungen mit mehr als 500 Personen nur bargeldlos auf einem Konto bei einer russischen Bank gesammelt werden dürfen und erlegt den Organisatoren eine Reihe von Pflichten in Bezug auf die Buchführung über die Gelder und eine sorgfältige Berichterstattung auf.

Änderung des Artikels 267 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation

Einführung von Strafen für das »absichtliche Blockieren von Verkehrsinfrastruktureinrichtungen« und die Behinderung der Fortbewegung von Verkehrsmitteln und Fußgänger:innen (bisher gab es nur ein Verbot für das Blockieren von Straßen). Dies gilt nicht nur, wenn eine solche Blockade das Leben, die Gesundheit oder die Sicherheit der Bürger:innen gefährdet, sondern auch, wenn sie »eine Gefahr darstellt, die zur Zerstörung oder Beschädigung des Eigentums einer natürlichen oder juristischen Person« führen könnte.

Änderungen des Gesetzes »Über Maßnahmen gegen Personen, die an Verstößen gegen (...) Rechte und Freiheiten der Bürger:innen der Russischen Föderation beteiligt sind«

Möglichkeit der vollständigen oder teilweisen Beschränkung des Zugangs zu Websites, die russische Körperschaften »diskriminieren«. Die Gesetzgebung gilt für Webportale, die Inhalte in einer der in der Russischen Föderation offiziell verwendeten Sprachen verbreiten. Die Entscheidung, den Zugang zu einer bestimmten Website zu beschränken, wird von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in Absprache mit dem Außenministerium getroffen.

Änderung des Artikels 128 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation

Härtere Strafen für Verleumdung, einschließlich der Verleumdung einer »Gruppe nicht identifizierter Personen«, auch im Internet. Einführung einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren für dieses Vergehen.

Gesetz »Über die Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten der Russischen Föderation«

Mehrfache Erhöhung der Bußgelder für das Posten von anstößigen Inhalten im Internet.

Änderungen des Gesetzes »Über Information, Informationstechnologie und Informationsschutz«

Auferlegung einer Reihe von Verpflichtungen für Social-Media-Manager:innen in Bezug auf die Kontrolle von »illegalen« Inhalten (wie z. B. Informationen über nicht genehmigte Versammlungen, Diffamierung von Behörden, sogenannte *Fake News* oder »Extremismus«).

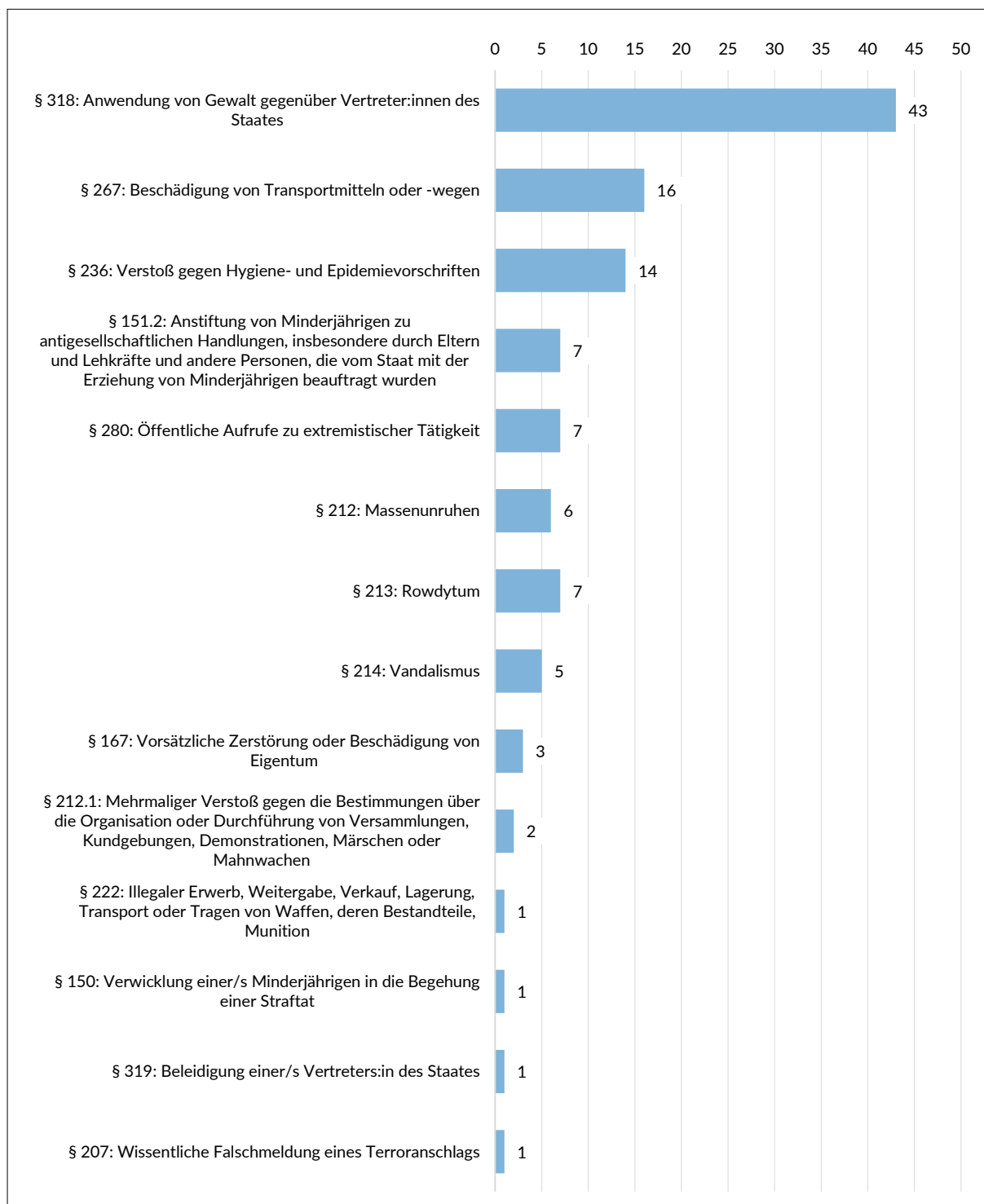
Änderungen mehrerer Gesetze zum Schutz der Vertraulichkeit von Daten und geheimdienstlichen und strafrechtlichen Ermittlungen

Einführung der Möglichkeit, Dateninhabenden die Weitergabe personenbezogener Daten von Amtsträger:innen (sowie deren Angehörigen), einschließlich ihres Vermögens, zu untersagen, auch wenn keine Gefahr für deren Leben, Gesundheit oder Eigentum besteht. Der Schutz wird unter anderem Richter:innen, Staatsanwäl:t:innen, Strafemittler:innen, Mitarbeiter:innen der Organe für innere Angelegenheiten und der Nationalgarde »Rosgwardija«, Mitarbeiter:innen der Nachrichtendienste, die an Ermittlungen in Bezug auf nationale Sicherheit beteiligt sind, Beam:t:innen des Föderalen Strafvollzugsdienstes und des Inlandsgeheimdienstes FSB gewährt. Das Gesetz verbietet auch die Weitergabe von Informationen über geheimdienstliche und strafrechtliche Ermittlungen.

Quelle: Domańska, Maria (2021): »Tightening the screws. Putin's repressive laws«, OSW Commentary; <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2021-02-18/tightening-screws-putins-repressive-laws>.

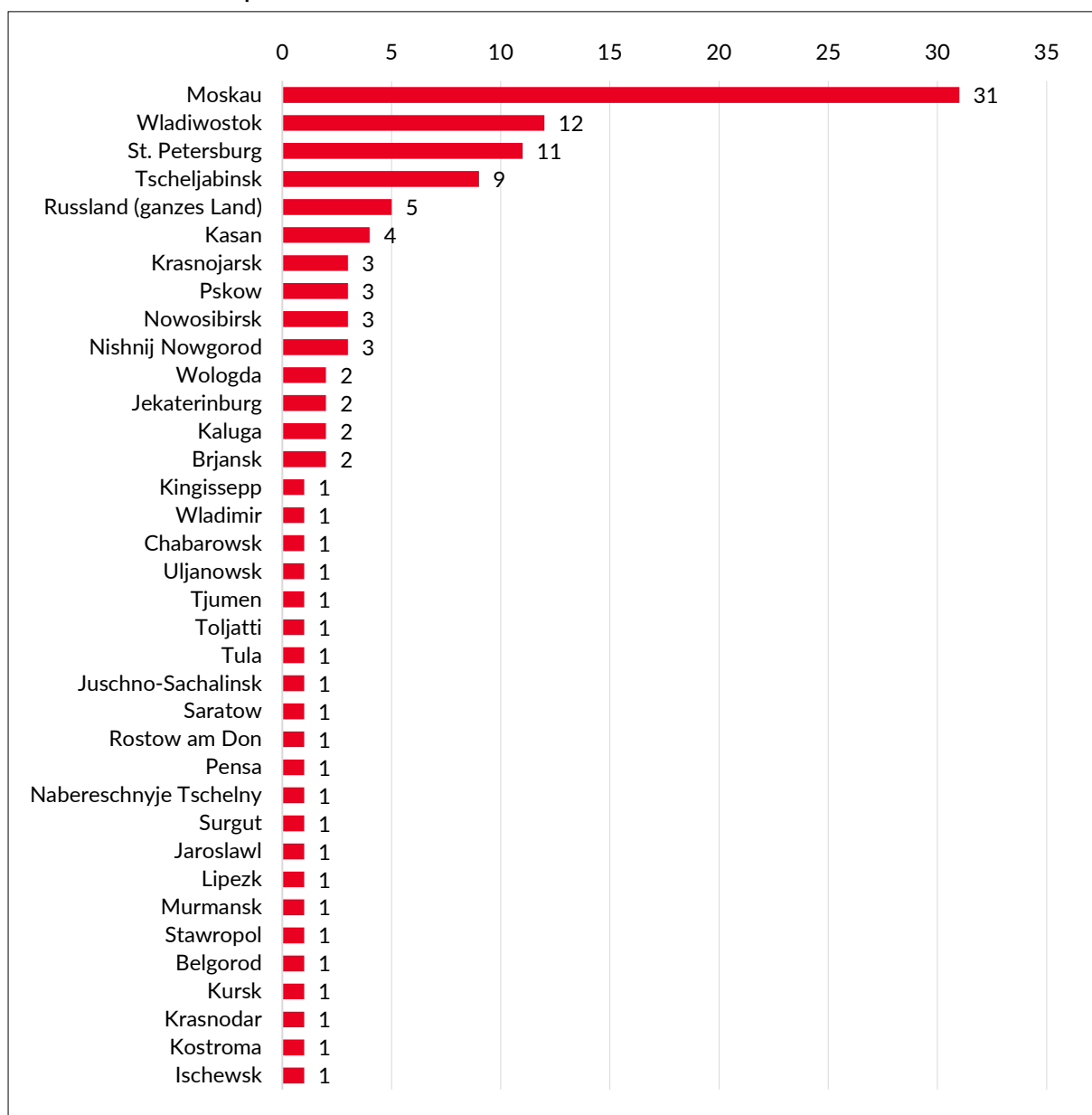
Politische Strafverfahren nach den Protesten im Januar 2021

Grafik 1: Anzahl der politischen Strafverfahren nach Protesten im Januar 2021 nach Paragraphen im Strafgesetzbuch der Russischen Föderation



Quelle: Litawrin, Maxim, Frankel, David & Heifetz, Kirill (2021): »W Rossii – desjatki nowych polititscheskich sakljutschennyh. Putewoditel ›Mediasony« (»In Russland gibt es Dutzende neuer politischer Häftlinge. Eine Übersicht von ›Mediazona«), Stand: 29. April 2021; <https://zona.media/jan-repressions>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Jegor Skworoda und Mediazona für die Bereitstellung der Rohdaten.

Grafik 2a: Anzahl der politischen Strafverfahren nach Protesten im Januar 2021 nach Städten



Quelle: Litawrin, Maxim, Frankel, David & Heifetz, Kirill (2021): »W Rossii – desjatki nowych polititscheskich sakljutschennyh. Putewoditel »Mediasony«« (»In Russland gibt es Dutzende neuer politischer Häftlinge. Eine Übersicht von »Mediazona««), Stand: 29. April 2021; <https://zona.media/jan-repressions>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Jegor Skoworoda und Mediazona für die Bereitstellung der Rohdaten.

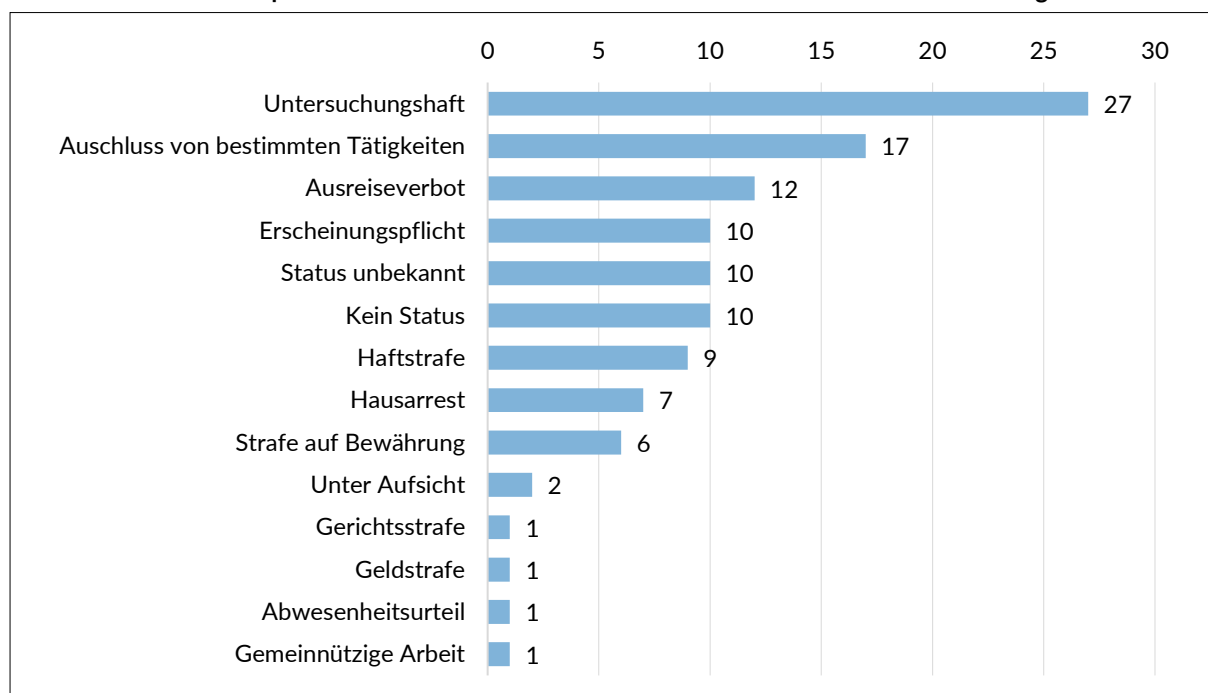
Grafik 2b: Anzahl der politischen Strafverfahren nach Protesten im Januar 2021 nach Städten (Karten)



Quelle: Litawrin, Maxim, Frankel, David & Heifetz, Kirill (2021): »W Rossii – desjatki nowych političeskich sakljutschennyh. Putewoditel ›Mediasony« (»In Russland gibt es Dutzende neuer politischer Häftlinge. Eine Übersicht von ›Mediazona«), Stand: 29. April 2021; <https://zona.media/jan-repressions>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Jegor Skoworoda und Mediazona für die Bereitstellung der Rohdaten.

Karten erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS mit Geodaten von Openstreetmap.

Grafik 3: Anzahl der politischen Strafverfahren nach Protesten im Januar 2021 nach derzeitigem Strafmaß



Quelle: Litawrin, Maxim, Frankel, David & Heifetz, Kirill (2021): »W Rossii – desjatki nowych političeskich sakljutschennyh. Putewoditel ›Mediasony« (»In Russland gibt es Dutzende neuer politischer Häftlinge. Eine Übersicht von ›Mediazona«), Stand: 29. April 2021; <https://zona.media/jan-repressions>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Jegor Skoworoda und Mediazona für die Bereitstellung der Rohdaten.

April-Chronik der Repressionen: Der Journalist Ilja Asar hat Buch geführt

In einem Facebook-Post hat der Journalist und Moskauer Kommunalabgeordnete Ilja Asar die Schlagzeilen des Webportals MediaZona im April über den staatlichen Druck auf Aktivist:innen und Journalist:innen in ganz Russland zusammengestellt und Nachrichten über neue Verbote, die die Behörden erlassen haben, aufgelistet. »Dies ist eine Chronik der Repressionen lediglich innerhalb eines Monats, sie ist wirklich beeindruckend«, schrieb Asar über eine Liste, die von Tag zu Tag länger wurde. Fast an jedem Tag im April gab es Nachrichten über Repressionen, wobei an den meisten Tagen mehr als ein nennenswertes Ereignis zu notieren war. Meduza hat die Chronik von Ilja Asar übersetzt und um den nötigen Kontext erweitert.

01. April 2021	Moskauer Staatsanwält:innen beginnen, gegen Alexej Nawalnyjs Stiftung für Korruptionsbekämpfung (FBK) wegen angeblichem Extremismus zu ermitteln.
01. April 2021	In Moskau besuchen Beamte des Jugendamtes die Mutter von zwei Kindern, die zwei Tage lang in Polizeigewahrsam gehalten wurde, nachdem sie am 23. Januar bei einer Nawalnyj-Solidaritätskundgebung festgenommen worden war.
01. April 2021	In Birobidschan (einer Stadt im russischen Fernen Osten) erhält eine Nagelpflegerin eine zweieinhalbjährige Bewährungsstrafe in einem Strafprozess gegen Zeugen Jehovas (Russland hat die Zeugen Jehovas 2017 als extremistische Gruppe verboten).
02. April 2021	Demonstrierende, die an einer spontanen Kundgebung gegen die Abschiebung eines Menschenrechtsaktivisten teilgenommen haben, werden vor der tadschikischen Botschaft in Moskau verhaftet.
02. April 2021	Ein St. Petersburger Gericht verbietet vierzehn weitere japanische Anime-Serien.
04. April 2021	Russlands wichtigstes Dokumentarfilmfestival »Artdocfest« sagt eine Reihe von Vorführungen in St. Petersburg ab, nachdem Beamte von Rospotrebnadzor (der föderalen Verbraucherschutzbehörde) die Kinos versiegelt haben, in denen diese Vorführungen am Eröffnungstag des Festivals stattfinden sollten.

05. April 2021	Der Frontmann der russischen Rockband Elisium berichtet, dass der GlawClub, ein Veranstaltungsort in Moskau, die Band hinderte, ein Bild von Alexej Nawalnyj während eines Konzerts zu zeigen.
05. April 2021	Putin unterzeichnet das Gesetz zur Regulierung von »Bildungsaktivitäten«.
05. April 2021	Putin unterzeichnet das Gesetz, das ihm erlaubt, nach dem Ende seiner Amtszeit im Jahr 2024 bei zwei weiteren Wahlen für das Präsidentenamt zu kandidieren.
05. April 2021	Ein Moskauer Gericht verlängert und verschärft die Bewährungsstrafe des linken Aktivisten Sergej Udalzew.
05. April 2021	Ein russisches Gericht verhängt eine Bewährungsstrafe gegen einen Demonstranten aus St. Petersburg, der während der Nawalnyj-Solidaritätsdemonstrationen am 31. Januar Polizist:innen gestoßen hatte.
05. April 2021	Die Organisatoren des Artdocfestes berichten, Drohungen wegen der geplanten Vorführung eines Dokumentarfilms über einen jungen schwulen Mann erhalten zu haben, der aus Tschetschenien geflohen war.
06. April 2021	Die russische Gesellschaftskammer (Obschtschestwennaja Palata) entlässt die Menschenrechtsaktivistin Marina Litwinowitsch aus der Moskauer Kommission zur Überwachung der Rechte von Gefangenen (ONK).
06. April 2021	Vkontakte sperrt eine Gruppe von St. Petersburger Kommunalabgeordneten, weil sie Geld für Flugblätter für eine Kundgebung zur Unterstützung Nawalnyjs gesammelt hatten.
06. April 2021	Ein Moskauer Gericht ordnet an, dass die Oppositionspolitikerin Ljubow Sobol dem Catering-Mogul Ewgenij Prigoschin, der enge Verbindungen in den Kreml hat, 500.000 Rubel (ca. 6.675 US-Dollar nach aktuellem Wechselkurs) als Entschädigung für zwei »verleumderische« Tweets zahlen muss.
06. April 2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt TikTok zu einer Geldstrafe von 2,6 Millionen Rubel (34.735 US-Dollar), weil das Unternehmen es versäumt hatte, Videos über die Nawalnyj-Solidaritätsproteste im Januar zu entfernen.
06. April 2021	Ein russisches Gericht hebt die Entscheidung über die Gewährung von Bewährung für den Aktivisten Jegor Lesnych (ein Angeklagter im sogenannten »Moskauer Strafprozess«, ein politischer Strafprozess im Zuge der Protestwelle vor den Moskauer Stadtparlamentswahlen 2019, Anm. der Redaktion) auf. Sein Anwalt sagte, dass er rückwirkend für Verstöße verantwortlich gemacht wird.
07. April 2021	Ein Gericht in Rostow am Don lehnt es ab, den 66-jährigen Vater des Oppositionellen Iwan Shdanow aus der Untersuchungshaft zu entlassen.
07. April 2021	Die Polizei dringt in Nawalnyjs Regionalbüro in St. Petersburg ein und beschlagnahmt Aufkleber mit dem Slogan »Russland wird glücklich sein«.
07. April 2021	Die Gesamtsumme der Geldstrafen, die gegen Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) nach dem russischen Gesetz über »ausländische Agenten« verhängt wurden, beläuft sich auf mehr als 71 Millionen Rubel (fast 950.000 US-Dollar).
07. April 2021	Ein Moskauer Taxifahrer wird zu zwei Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt, weil er während der Nawalnyj-Solidaritätsdemonstrationen am 23. Januar eine Absperrung aus Metall auf einen Offizier der russischen Nationalgarde geworfen haben soll.
07. April 2021	Ein Versicherungsanwalt aus Rostow wird im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu einem Graffiti mit der Aufschrift »Putin ist ein Dieb« verhaftet. Der FSB beschuldigt die Angeklagten, einer »extremistischen Gruppe« anzugehören.
08. April 2021	Das russische Ermittlungskomitee beginnt, gegen den Aktivisten der »Sozialistischen Alternative«, Matwej Aleksandrow, wegen des Verdachts der Verletzung des sogenannten »Dadin-Artikels« (Artikel 212.1 des russischen Strafgesetzbuches, der umgangssprachlich nach Ildar Dagin benannt wurde, weil Dadin als Erster zu mehrjähriger Haft für die wiederholte Teilnahme an nichtgenehmigten Demonstrationen verurteilt wurde, Anm. der Redaktion) zu ermitteln.
09. April 2021	Der Koordinator von Nawalnyjs Regionalbüro in Murmansk berichtet, dass Flugblätter in Briefkästen eingeworfen wurden, auf denen sie als Kopf einer »Bande von Unmenschen« bezeichnet wurde.
09. April 2021	In Moskau wird der Filmregisseur Witalij Manskij bei einer Artdocfest-Veranstaltung angegriffen.
09. April 2021	Ein russisches Gericht verurteilt einen Demonstranten zu 3,5 Jahren Haft in einer Gefängnisniskolonie, weil er während einer Nawalnyj-Solidaritätskundgebung am 31. Januar einen Polizisten mit Pfefferspray besprüht hatte.
09. April 2021	Ilja Schakurskij, der im sogenannten »Pensaer Netzwerk-Strafprozess« wegen Terrorismus verurteilt wurde, wird für zehn Tage in eine Strafzelle geschickt, weil er seine Kleidung außerhalb der Umkleidekabine gewechselt hatte.
10. April 2021	Sicherheitsbeamte führen eine Razzia in der Redaktion von »iStories« (Washnye Istorii) durch.

10. April 2021	Nachdem seine Familie Drohanrufe erhalten hatte, zieht der Experte Wassilij Wajsenberg von der Wahlbeobachtungsbewegung »Golos« nach Nishnij Nowgorod um. An die Tür seiner neuen Wohnung wurde ein Zettel geklebt, der an die vorherigen Drohungen erinnert.
12. April 2021	Maxim Iwankin, ein weiterer Angeklagter, der im Terrorismusfall »Pensaer Netzwerk-Strafprozesses« verurteilt wurde, wird nach einem Besuch bei seinem Anwalt für weitere 12 Tage in eine Strafzelle geschickt.
12. April 2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt den Oppositionspolitiker Wladimir Milow zur Zahlung von 350.000 Rubel (4.680 US-Dollar) Schadensersatz an den Oligarchen Ewgenij Prigoschin wegen angeblicher Verleumdung.
12. April 2021	Die Leiterin der Allianz der Ärzte (von Nawalnyj unterstützt, Anm. der Redaktion), Anastasija Wasiljewa, wird wegen einer Kundgebung vor dem Gefängnis, in dem Alexej Nawalnyj inhaftiert ist, zu einer Geldstrafe von 180.000 Rubel (ca. 2.400 US-Dollar) verurteilt.
12. April 2021	Der Geschäftsführer der Organisation »Offenes Russland« wird wegen eines Posts in den sozialen Medien über das Sammeln von Masken und Schutzanzügen, die an Sanitäter:innen gespendet werden sollen, wegen eines Vergehens angeklagt.
12. April 2021	Der Enthüllungsjournalist Roman Anin wird im Zusammenhang mit einem Fall von Datenschutz in Bezug auf Olga Roshkowa, der Ex-Frau des Rosneft-Chefs Igor Setschin, verhört.
12. April 2021	Zwei Mitarbeitende von Nawalnyjs neuem Regionalbüro in Dagestan werden am Tag nach dessen Eröffnung als vermisst gemeldet.
12. April 2021	Die örtliche Polizei verklagt den Leiter von Nawalnyjs Regionalbüro in Pensa wegen der Oppositionsdemonstrationen am 23. Januar auf Schadensersatz in Höhe von 883.000 Rubel (ca. 11.785 US-Dollar).
13. April 2021	Die Staatsanwaltschaft ficht ein Gerichtsurteil an, mit dem das Strafverfahren gegen die Nowosibirsker Aktivistin Jana Drobnochod hinsichtlich des »Dadin-Artikels« eingestellt wurde.
13. April 2021	Die Moskauer Polizei droht, Julia Nawalnaja (die Frau von Alexej Nawalnyj) unter präventive Aufsicht zu stellen.
13. April 2021	Alexander Schestun, ein ehemaliger Bezirksbürgermeister in einem Moskauer Vorort, der 15 Jahre Haft wegen Betrugs, Geldwäsche und anderer Verbrechen (in einem politischen Verfahren, Anm. der Redaktion) verbüßt, berichtet, dass gegen ihn wegen angeblicher Bedrohung eines Richters ermittelt wird.
13. April 2021	Nawalnyjs Regionalbüro in Murmansk wird bei einem Einbruch mit einem Hakenkreuz geschändet.
13. April 2021	Der Physiker Waleryj Golubkin wird in Moskau wegen des Verdachts auf Landesverrat verhaftet.
13. April 2021	Ein Gericht in Jekaterinburg verurteilt einen Notarzt wegen Kommentaren in sozialen Medien zu einer Geldstrafe von 500.000 Rubel (6.675 US-Dollar).
14. April 2021	Strafverfolgungsbeamte in Moskau führen Durchsuchungen in den Wohnungen von vier Redakteur:innen der Studentenzeitschrift Doxa durch.
14. April 2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt einen Anwohner zu zwei Jahren Gefängnis, weil er bei einer Kundgebung am 23. Januar einen Polizisten verprügelt hatte.
14. April 2021	Der Leiter von Nawalnyjs St. Petersburger Regionalbüro wird wegen eines Videos, das die Kundgebung vom 31. Januar ankündigte, für 10 Tage ins Gefängnis gesteckt.
14. April 2021	Die Leitung von Radio Swoboda und Current Time TV (russischsprachige amerikanische Auslandssender, Anm. der Redaktion) bietet einigen Redakteur:innen ihres Moskauer Büros an, ihnen bei der Ausreise aus Russland aufgrund der Gesetzgebung gegen »ausländische Agenten« zu helfen.
14. April 2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt die Gruppe Nasilju.Net, die sich gegen häusliche Gewalt einsetzt, zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (fast 4.000 US-Dollar) wegen Verstoßes gegen das Gesetz über »ausländische Agenten«.
14. April 2021	Die Doxa-Redakteur:innen werden unter faktischen Hausarrest gestellt (sie dürfen ihre Wohnungen zwischen Mitternacht und 23:59 Uhr nicht verlassen).
15. April 2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt die Oppositionspolitikerin Ljubow Sobol zu einer einjährigen Bewährungsstrafe wegen Hausfriedensbruchs in der Wohnung eines FSB-Agenten, der angeblich an der Vergiftung Nawalnyjs im August 2020 beteiligt war.
15. April 2021	Die stellvertretende Direktorin der Allianz der Ärzte wird wegen eines Videos von der Kundgebung vor Nawalnyjs Gefängnis für acht Tage inhaftiert.
15. April 2021	Der Leiter von Nawalnyjs Krasnodarer Regionalbüro wird in Gelendschik festgenommen.
15. April 2021	Ein Arzt, der ein Plakat mit der Aufschrift »Überführen Sie Nawalnyj in ein echtes Krankenhaus« trug, wird in Moskau festgenommen.

16. April 2021	Pawel Selenskij, ein Kameramann in Nawalnyjs Stiftung für Korruptionsbekämpfung (FBK), wird zu zwei Jahren Gefängnis für »extremistische« Tweets verurteilt.
16. April 2021	Moskauer Staatsanwälte reichen eine Klage ein, um die FBK und Nawalnyjs politisches Netzwerk als extremistische Organisationen zu verbieten.
16. April 2021	Doxa-Chefredakteur Armen Aramjan wird angewiesen, sich vom 19. April bis zum 24. Mai jeden Werktag beim Untersuchungskomitee zu melden.
16. April 2021	Ein Aktivist von Nawalnyjs Regionalbüro in Irkutsk wird wegen der Verbreitung von Flugblättern festgenommen.
17. April 2021	Der russische Rapper Morgenschtern wird wegen »der Propagierung von Drogenkonsum« in zwei seiner Musikvideos angeklagt.
17. April 2021	Sieben Zeug:innen Jehovas werden in Untersuchungsgefängnisse in Tula, Jaroslawl und Ischewsk eingeliefert.
17. April 2021	Ein iStories-Journalist wird in der Region Wladimir verhaftet.
19. April 2021	Der inhaftierte Aktivist Jegor Lesnych wird gezwungen, im Gefängnis Arbeit zu verrichten, obwohl er erkrankt war.
19. April 2021	Russlands Föderale Antimonopolbehörde eröffnet ein Verfahren gegen Google wegen »Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung von YouTube«.
19. April 2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt den Rapper Antoha MC zu einer Geldstrafe, weil er an einer Protestkundgebung am 23. Januar teilgenommen hatte.
19. April 2021	Ein:e Unbekannte:r bricht in Nawalnyjs Regionalbüro in Kurgansk ein, zerbricht einen Heizkörper und überflutet dabei einen der Räume.
19. April 2021	Drei maskierte Männer greifen einen Umweltaktivisten in der Region Baschkirien an.
20. April 2021	Die St. Petersburger Polizei durchsucht die Wohnung des Leiters der Organisation »Allianz der Lehrer« (von Nawalnyj unterstützt, Anm. der Redaktion), der unter dem Verdacht steht, während einer Protestkundgebung Straßen blockiert zu haben.
20. April 2021	Ein Gericht belegt einen Bewohner von Nabereshnye Tschelny (eine Industriestadt in der Region Tatarstan) mit einer Strafe und schränkt bestimmte Tätigkeiten über einen Zeitraum von sechs Monaten wegen Kommentaren ein, die er auf VKontakte über die Nawalnyj-Solidaritätskundgebung am 23. Januar schrieb.
20. April 2021	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter Lesung ein Gesetz, das Geldstrafen für den »Missbrauch« von Presseausweisen bei öffentlichen Versammlungen und die Nichterwähnung des Status als »ausländischer Agenten im Bereich der Medien« vorsieht.
20. April 2021	Ein Einwohner von Chabarowsk wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er während einer Kundgebung zur Unterstützung des inhaftierten Ex-Gouverneurs Sergej Furgal Pfefferspray in Richtung von Sicherheitsbeamten gesprüht hatte.
20. April 2021	Polizisten in Zivil verhaften in Kurgan den Leiter von Nawalnyjs Regionalbüro in einem Krankenhaus. Sie verdrehen seine Arme hinter seinem Rücken und zerran ihn in ein Auto.
21. April 2021	Eine Nawalnyj-Aktivistin wird in Moskau bei einer Polizeirazzia zusammengeschlagen. Die Beamten verlangen ihr Handy-Passwort und nehmen sie dann zur Befragung im Zusammenhang mit dem sogenannten »Hygiene-Strafprozess« (ein politischer Strafprozess gegen angebliche Verstöße gegen die Corona-Richtlinien während einer öffentlichen Versammlung, Anm. der Redaktion) mit.
21. April 2021	Nawalnyjs Pressesekretärin Kira Jarmysch wird in Moskau festgenommen.
21. April 2021	Polizeibeamte ziehen die Oppositionelle Ljubow Sobol aus einem Taxi und nehmen sie in Gewahrsam, berichten ihr Anwalt.
22. April 2021	Der Regisseur Sewa Galkin berichtet, dass das Moskauer Internationale Filmfestival eine Vorführung seines Films über die Ermordung von LGBTQ+ Menschen in der Republik Tschetschenien abgesagt hat.
22. April 2021	Die in Jekaterinburg lebende Künstlerin Tima Radja wird zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt, weil sie am 23. Januar an einer Nawalnyj-Solidaritätsdemonstration teilgenommen hatte.
22. April 2021	Der Chefredakteur des Nachrichtenmagazins Dowod wird für neun Tage inhaftiert, weil er an der Kundgebung vor dem Gefängnis von Nawalnyjs teilgenommen hatte.
22. April 2021	Die Behörden in Brjansk leiten ein Strafverfahren wegen der Blockade von Straßen während einer Nawalnyj-Solidaritätskundgebung am 23. Januar ein.
22. April 2021	Ein Einwohner von St. Petersburg wird wegen angeblicher Anstiftung zu Massenunruhen angeklagt.

22. April 2021	Das Stadtgericht von Kurgan verhängt eine 30-tägige Haftstrafe gegen Alexej Schwarts, den Koordinator von Nawalnyjs Regionalbüro.
23. April 2021	Das russische Justizministerium setzt Meduza und das Erste Anti-Korruptions-Medienprojekt (PASMI) auf die Liste der »ausländischen Agenten«-Medien.
23. April 2021	Ein Moskauer Gericht befindet den Professor für Ingenieurwesen Alexej Worobjow (vom Moskauer Luftfahrtinstitut) des Hochverrats für schuldig und verurteilt ihn zu 20 Jahren in einem Hochsicherheitsgefängnis.
23. April 2021	Gegen einen Einwohner von Krasnojarsk wird ein Strafverfahren eingeleitet, weil er bei einer Nawalnyj-Solidaritätskundgebung am 21. April eine Fackel angezündet hatte.
23. April 2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt den Koordinator des Bildungsprojekts »Otkrytki« zu einer Geldstrafe von 150.000 Rubel (2.000 US-Dollar), weil er bei einem Kongress der Kommunalabgeordnete »gegen die Hygienevorschriften verstoßen« hatte.
24. April 2021	Die Moskauer Polizei durchsucht das Haus des libertären Aktivisten Michail Swetow.
24. April 2021	Der Leiter von Nawalnyjs Regionalbüro in Wladiwostok wird zum Verdächtigen in einem Strafverfahren wegen angeblicher Beteiligung von Minderjährigen an illegalen Straßenblockaden.
24. April 2021	Der Oppositionelle Alexander Solowjow wird in Moskau verhaftet.
24. April 2021	Die Behörden in Nishnij Nowgorod beschuldigen den Geschäftsmann Michail Iosilewitsch, Todesdrohungen gegen einen Zeugen ausgesprochen zu haben. Iosilewitsch befindet sich bereits in Untersuchungshaft wegen des Verdachts der Beteiligung an einer »unerwünschten Organisation«.
25. April 2021	Der Oppositionsaktivist Pawel Krsewitsch wird in St. Petersburg festgenommen.
26. April 2021	Die Oppositionspolitikerin Ljubow Sobol wird wegen ihrer Äußerungen in einem Interview beim Radiosender Echo Moskwj vor den Nawalnyj-Solidaritätsdemonstrationen am 21. April zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (4.000 US-Dollar) verurteilt.
26. April 2021	Die Polizei eröffnet ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen »Drogenpropaganda« in einem Video des YouTubers Jurij Dud.
26. April 2021	Ein regionaler Manager von Nawalnyjs politischem Netzwerk wird wegen eines Tweets für 10 Tage inhaftiert.
26. April 2021	Die Polizei lädt den Schriftsteller Dmitrij Bykow vor, um ihn wegen seiner Teilnahme an einer Nawalnyj-Solidaritätskundgebung am 21. April eines Vergehens anzuklagen.
26. April 2021	Der libertäre Aktivist Jaroslaw Konwaj wird in Moskau verhaftet.
26. April 2021	Der Chefredakteur der Kusbass-Ausgabe von Nowosti Kiseljowsk verlässt Russland nach einem Angriff und Drohungen.
26. April 2021	Der libertäre Aktivist Michail Swetow wird wegen eines zweiten Verstoßes gegen die Regeln zur Durchführung öffentlicher Versammlungen für neun Tage inhaftiert.
26. April 2021	Ein St. Petersburger Gericht verbietet fünf weitere Anime-Serien.
26. April 2021	Die Staatsanwaltschaft setzt die Aktivitäten von Nawalnyjs politischem Netzwerk bis zu einer Entscheidung über die »Extremismus«-Klage aus.
26. April 2021	Vier libertäre Aktivist:innen werden in Moskau festgenommen, weil sie ein Transparent zur Unterstützung von Michail Swetow von einer Brücke hängten.
27. April 2021	Ein Anwalt in Jekaterinburg wird zu 30 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt, weil er am 31. Januar eine Nawalnyj-Solidaritätskundgebung auf Facebook gestreamt hatte.
27. April 2021	Der Moskauer Korrespondent der »Komsomolskaja Prawda« wird auf eine Polizeistation gebracht, weil er über die Demonstration zur Unterstützung Nawalnyjs am 21. April berichtete.
27. April 2021	Der Mitarbeiter von Michail Swetow wird wegen einer Kundgebung zur Unterstützung des inhaftierten liberalen Aktivisten zu einer Geldstrafe von 200.000 Rubel (2.670 US-Dollar) verurteilt.
27. April 2021	In Kaliningrad wird ein 74-jähriger Rentner mit Diabetes für 15 Tage inhaftiert, weil er an einer Kundgebung zur Unterstützung von Nawalnyj teilgenommen hatte.
27. April 2021	Vorstandsmitglieder des Menschenrechtszentrums Memorial werden für 10 Tage inhaftiert, weil sie einen Beitrag über die Nawalnyj-Solidaritätsdemonstrationen am 21. April retweetet hatten.
27. April 2021	Ein Korrespondent des unabhängigen Senders Doshd, der über die Oppositionsdemonstrationen berichtete, wird auf eine Polizeistation gebracht.

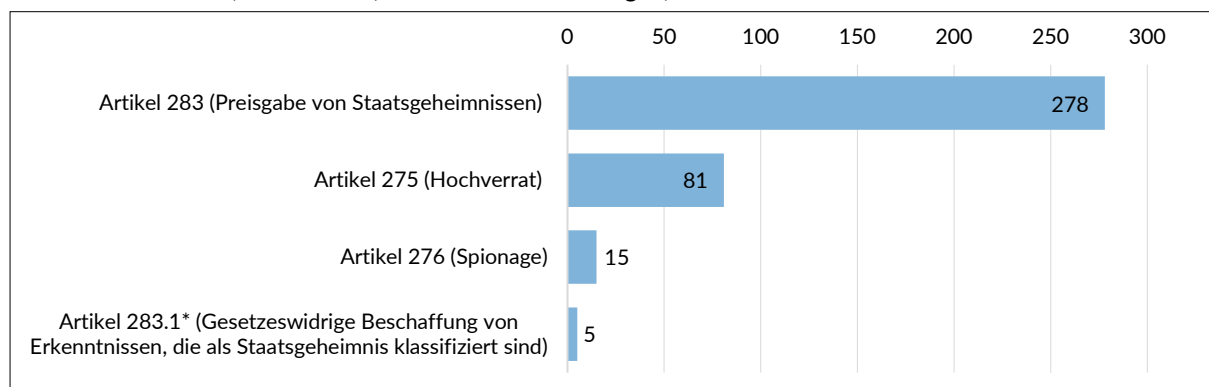
27. April 2021	Ein russisches Gericht verhandelt zwei Klagen von Alexej Nawalnyj gegen die Verwaltung des Gefängnisses, in dem er festgehalten wird, nicht.
27. April 2021	Der russische Oberste Gerichtshof bestätigt die Urteile im »Pensaer Netzwerk-Strafprozess«.
27. April 2021	Das Moskauer Stadtgericht schränkt die Arbeit von Nawalnyjs Stiftung für Korruptionsbekämpfung ein.
28. April 2021	Ein Blogger in Tambow wird für 30 Tage inhaftiert, weil er die Nawalnyj-Solidaritätsdemonstrationen am 21. April gefilmt hatte.
28. April 2021	OWD-Info berichtet, dass in der Woche nach den Kundgebungen zur Unterstützung Nawalnyjs in ganz Russland mehr als 100 Personen festgenommen wurden.
28. April 2021	In Jekaterinburg führen Polizisten Durchsuchungen im Zusammenhang mit einem Verfahren wegen Massenunruhen durch, das nach den Oppositionsprotesten im Januar eingeleitet worden war.
28. April 2021	Ein Gericht in Murmansk verurteilt den ehemaligen Koordinator von Nawalnyjs Regionalbüro zu einer Geldstrafe von 75.000 Rubel (1.000 US-Dollar) wegen der Kundgebung am 21. April.
28. April 2021	Ein Moskauer Gericht verhaftet einen Mann namens Aleksej Walujew wegen des Verdachts auf Hochverrat (die Unterlagen des Falles waren geheim).
28. April 2021	Die Moskauer Polizei beschließt, gegen einen Meduza-Korrespondenten, der über die Nawalnyj-Solidaritätsdemonstrationen am 21. April berichtete, eine Anzeige auf Ordnungswidrigkeit zu erstatten.
28. April 2021	Ein Nawalnyj-Anhänger aus Murmansk teilt ein Foto von Einschusslöchern im Fenster des ehemaligen Regionalbüros des Oppositionspolitikers.
28. April 2021	Die Polizei leitet eine Untersuchung ein, nachdem berichtet wurde, dass der Journalist Alexej Piwowarow einen gefälschten Waffenschein besaß.
28. April 2021	Die Polizei in St. Petersburg behauptet, dass sie »die Dokumente« eines Echo-Moskwy-Korrespondenten überprüfe, der im Januar bei einem Protest der Opposition zusammengeschlagen wurde.
28. April 2021	In St. Petersburg wird ein Graffiti, das Alexej Nawalnyj zeigt, wenige Stunden, nachdem es entdeckt wurde, übermalt.
28. April 2021	Die Moskauer Polizei verhaftet den Fotografen Georgij Maltsew, der über die Nawalnyj-Solidaritätsdemonstrationen am 21. April berichtete.
28. April 2021	Ein Moskauer Lehrer wird festgenommen, weil er an der Kundgebung vom 21. April teilgenommen hatte, nachdem er über Überwachungskameras aufgespürt worden war.
28. April 2021	Ein Aktivist in der sibirischen Stadt Barnaul wird mit dem »Dadin-Artikel« angeklagt.
29. April 2021	Ein russisches Gericht verurteilt den ehemaligen Koordinator von Nawalnyjs Regionalbüro in Archangelsk zu 2,5 Jahren Gefängnis, weil er einen Clip eines Rammstein-Videos in den sozialen Medien gepostet hatte.
29. April 2021	Ein Rentner in Tambow wird zu einer Geldstrafe von 510.000 Rubel (ca. 6.810 US-Dollar) verurteilt, weil er am 23. Januar an einer Nawalnyj-Solidaritätskundgebung teilgenommen hatte.
29. April 2021	Die Staatsanwaltschaft fordert für zwei Jahre die Einschränkung von bestimmten Tätigkeiten der Aktivistin Olga Misik in einem Vandalismus-Verfahren, das wegen einer Protestaktion vor der Generalstaatsanwaltschaft eingeleitet wurde.
29. April 2021	Der Administrator des Telegram-Kanals Protestnyj MGU (Telegram-Kanal von Studierenden an der Moskauer Staatlichen Universität, Anm. der Redaktion) wird zu einer Geldstrafe von 250.000 Rubel (etwa 3.335 US-Dollar) verurteilt, weil er am 21. April einen Beitrag über die Demonstrationen der Opposition geteilt hatte.
29. April 2021	Das Untersuchungskomitee leitet ein Strafverfahren gegen Nawalnyj und seine engsten Helfer Iwan Shdanow und Leonid Wolkow wegen der Gründung einer Organisation ein, die »gegen die Freiheiten und Rechte der russischen Bürger:innen verstößt«.
29. April 2021	Der islamische Literaturverleger Aslambek Eshajew wird in Moskau wegen des Verdachts auf Terrorismusfinanzierung festgenommen.
29. April 2021	Das Team Nawalnyj berichtet von Schüssen auf das ehemalige Regionalbüro des Oppositionspolitikers in Saratow.
29. April 2021	Ein russisches Gericht bestätigt das Urteil gegen Nawalnyj im »Strafprozess wegen Beleidigung eines Veteranen«.
29. April 2021	Der Inlandsgeheimdienst FSB meldet die Verhaftung von 16 Mitgliedern der ukrainischen radikalen Jugendgruppe M.K.U. wegen des Verdachts auf Vorbereitung von Terroranschlägen.

29. April 2021	Ein Einwohner von Lipezk wird zu einem Jahr Haft im offenen Vollzug verurteilt, weil er bei einer Oppositionskundgebung am 23. Januar Pfefferspray eingesetzt hatte.
29. April 2021	Der ehemalige Leiter von Nawalnyjs Regionalbüro in Twer wird wegen der angeblichen Verbreitung von Fake News während einer Instagram-Live-Schaltete wegen eines Vergehens angeklagt. Er sprach über »Putins Palast« und die angebliche Verwicklung des russischen Präsidenten in die Vergiftung Nawalnyjs.
29. April 2021	Staatliche Ermittler leiten eine Untersuchung gegen die Ex-Präsidentin der Doktor-Lisa-Stiftung Ksenija Sokolowa wegen des Verdachts auf »Willkür« ein.
29. April 2021	Der FSB leitet ein Verfahren gegen einen Moskauer wegen Aufrufe zur »Zerstörung« der Polizei ein, die auf Telegram gepostet wurden.
29. April 2021	Der russische Wissenschaftler Wiktor Kudrjawzew, der des Verrats beschuldigt wurde, verstirbt im Alter von 77 Jahren.
30. April 2021	Ein Moskauer Gericht verlängert die Festnahme des ehemaligen Journalisten Iwan Safronow, der wegen des Verdachts auf Landesverrat seit Juli 2020 in Untersuchungshaft sitzt.
30. April 2021	In Moskau nimmt der FSB den prominenten Menschenrechtsanwalt Iwan Pawlow fest. In St. Petersburg durchsuchen Strafverfolgungsbeamte das Büro seiner Anwaltsorganisation »Team 29« sowie die Wohnung seiner Frau und die Wohnung des IT-Spezialisten von »Team 29«.
30. April 2021	Die Polizei in Tscheljabinsk eröffnet ein Strafverfahren (»Dadin-Artikel«) gegen einen 18-jährigen Einwohner der Stadt.
30. April 2021	Der russische Oppositionspolitiker Dmitrij Gudkow wird wegen eines Videos von den Nawalnyj-Protesten am 23. Januar wegen einer Ordnungswidrigkeit angeklagt.
30. April 2021	Putin unterzeichnet ein Gesetz über Bußgelder für die Nichterwähnung des Status von »ausländischen Agenten-Medien« und den »Missbrauch« von Presseausweisen bei öffentlichen Versammlungen.
30. April 2021	Der russische Sänger Noize MC berichtet, dass er von den Sicherheitskräften dazu gedrängt wurde, eine Show in Orenburg abzusagen.
30. April 2021	Ein Einwohner von Pskow wird zu acht Monaten Haft im offenen Vollzug verurteilt, nachdem er des Angriffs auf einen Sicherheitsbeamten, der Anstiftung zu Massunruhen und des illegalen Waffenbesitzes für schuldig befunden worden war.
30. April 2021	Nach Angaben von OVD-Info wurden im Zusammenhang mit der Nawalnyj-Solidaritätskundgebung am 21. April mindestens 1.976 Personen festgenommen.
30. April 2021	Russlands staatliche Finanzaufsichtsbehörde (Rosfinmonitoring) setzt Nawalnyjs politisches Netzwerk auf ihre Liste extremistischer und terroristischer Organisationen, ohne das ausstehende Gerichtsurteil abzuwarten.

Quelle: »A chronicle of repression: Journalist Ilya Azar shares a timeline of last month's crackdown across Russia«, Meduza, 04. Mai 2021; <https://meduza.io/en/feature/2021/05/04/a-chronicle-of-repression>; Facebook-Beitrag von Ilya Azar am 30. April 2021; <https://www.facebook.com/iazar/posts/10165006706095424>.

Überblick: Hochverrat, Spionage und Staatsgeheimnisse

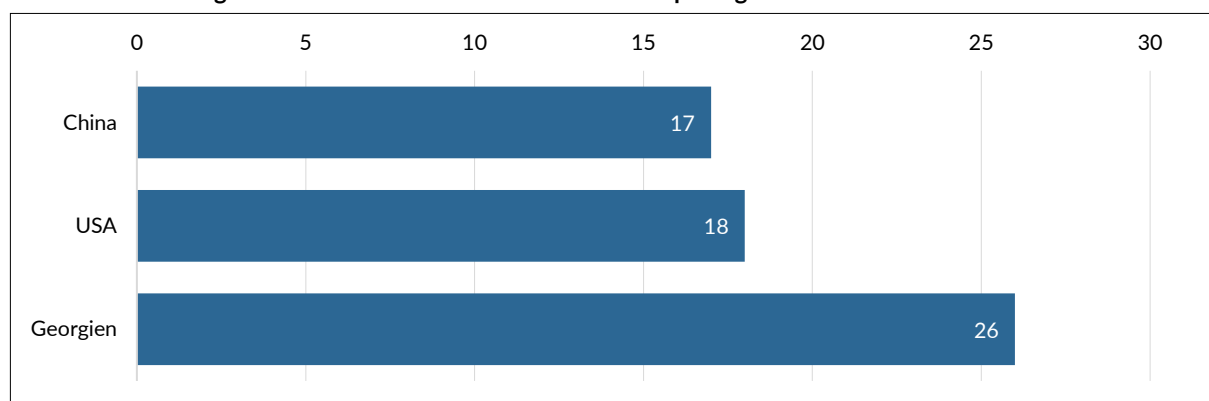
Grafik 1: Daten der Justizabteilung des Obersten Gerichtshofs (Sudebnyj departament pri Werchownom Sowete) 1997–2017 (Anzahl der Verurteilungen)



*Dieser Artikel wurde im Jahr 2012 im Strafgesetzbuch aufgenommen, die Daten beziehen sich auf den Zeitraum 2012–2017.

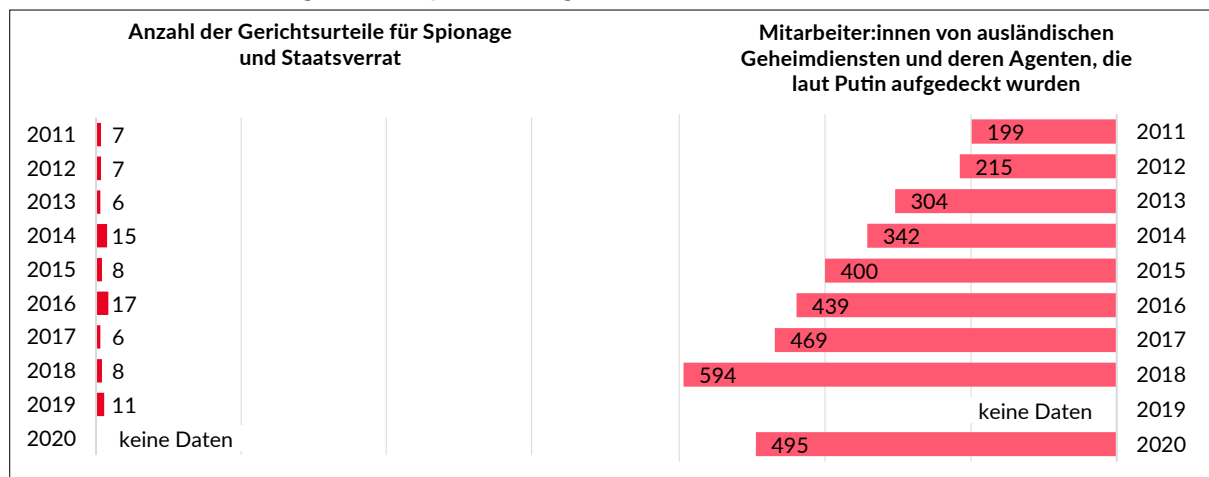
Quelle: »Doklad ›Istorija gosudarstvennoj ismeny, schpionasha i gosudarstvennoj tajny w sowremennoj Rossii« (Bericht »Geschichte von Staatsverrat, Spionage und Staatsgeheimnis im zeitgenössischen Russland«), S. 8; <https://izmena.team29.org/report.pdf>.

Grafik 2: Anklagen von Fällen des Landesverrats und der Spionage nach Ländern seit 1997



Quelle: »Doklad ›Istorija gosudarstvennoj ismeny, schpionasha i gosudarstvennoj tajny w sowremennoj Rossii« (Bericht »Geschichte von Staatsverrat, Spionage und Staatsgeheimnis im zeitgenössischen Russland«), S. 16; <https://izmena.team29.org/report.pdf>.

Grafik 3: Verhältnis von Gerichtsurteilen für Spionage und Staatsverrat zu Aussagen von Putin bezüglich hunderter aufgedeckter Spione und Agenten



Quelle: Litawrin, Maxim, Treschtschanin, Dmitrij und Schulaew, Nikita: »Schpionskij ajsberg. Potschemu FSB kashdyj god soobschtschaet o sotnjach raskrytych agentow, a prigowory wynosjatsja edinizam« (»Die Spitze des Spionageeisbergs. Warum der Inlandsgeheimdienst FSB jedes Jahr über hunderte aufgedeckte Agenten berichtet, es aber nur in Einzelfällen zu Gerichtsurteilen kommt«), Mediazona, 03. März 2021, <https://zona.media/article/2021/03/03/agents>.

»Haben Sie Angst vor...?« Umfrageergebnisse des Lewada-Zentrums

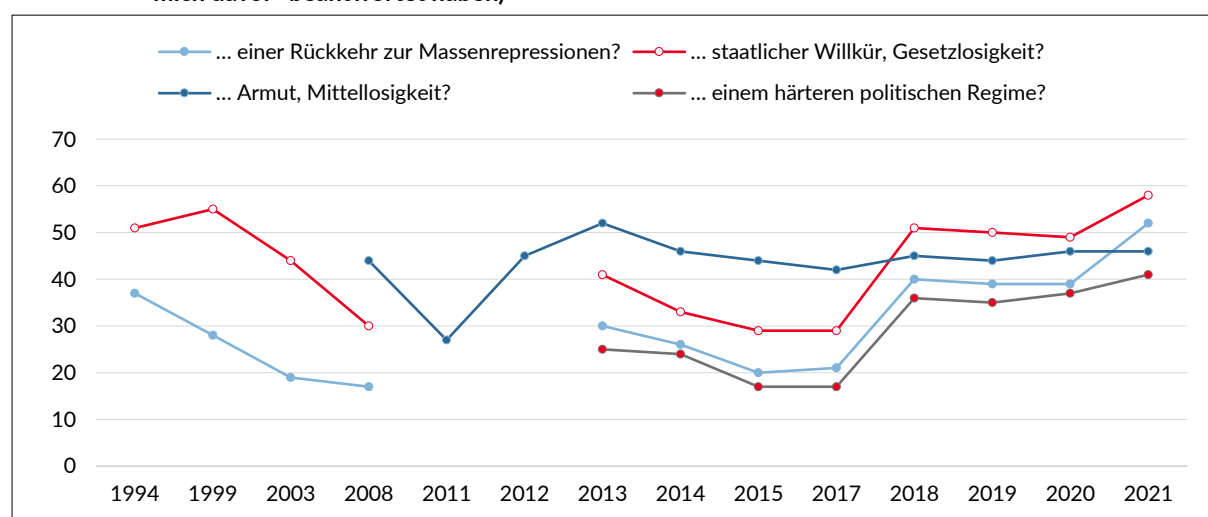
Kommentar von Lew Gudkow (Lewada-Zentrum):

Die Ängste stehen einerseits in umgekehrtem Zusammenhang zur Verfügbarkeit von sozialen Ressourcen wie etwa höherer oder spezialisierter (Aus-)Bildung, mehr Möglichkeiten in Großstädten und, insbesondere in Moskau, die Verfügbarkeit von Erfahrungen in der Gesellschaft. So ist in Moskau das allgemeine Niveau der Angst um 20 Prozent niedriger als im Durchschnitt, während Ängste in kleinen Städten 8 Prozent höher als der Durchschnitt liegen. Junge, ungebildete und schlecht ausgebildete Befragte, die Informationen lediglich aus dem Fernsehen und sozialen Netzwerke beziehen, fürchten sich stärker vor Armut. Andererseits ist der Grad der Angst mit den Besonderheiten der sozialen Rollen und der funktionalen Arbeitsteilung in der Gesellschaft verbunden. Im Allgemeinen ist sie bei Frauen 1,3-mal höher als bei Männern. Frauen sind die Bewahrerinnen einer wenig artikulierten informellen Existenzenerfahrung, einer konservativen Anpassung an die Lebensbedingungen, einschließlich der Anpassung an Macht und Gewalt; sie sind für die primäre Sozialisation zuständig. Sie reproduzieren in höchstem Maße die sozialen Erfahrungen der Generationen, die Abhängigkeit von den äußeren Umständen, einschließlich der Werte des Überlebens.

Die Art der Bedrohungen und Ängste bei Jugendlichen und Erwachsenen unterscheidet sich nicht ihrer Struktur, sondern in der Intensität ihrer Ausprägung. Das höchste Niveau der Angst ist bei Frauen (vor allem im Alter von 40–55 Jahren), bei Menschen ohne Hochschulstudium oder mit niedrigem Bildungsgrad, geringer beruflicher Qualifikation, bei armen Menschen und Einwohner:innen von Kleinstädten und Dörfern festzustellen. Eine gewisse Rolle spielen dabei die staatlichen und staatlich-kontrollierten Medien, die von der Präsidentschaft kontrolliert werden. So sind die Indikatoren der Ängste im Allgemeinen bei den Befragten höher, die sich auf gesamtrossische Fernsehsender oder Medien, die zu kremlfreundlichen Holdings gehören (Radio, Zeitungen, Zeitschriften), beschränken. Im Gegensatz dazu ist der Grad der Angst bei Nutzer:innen des Internets und der sozialen Netzwerke insgesamt (mit Ausnahme der Bedrohung durch eine Rückkehr zu Massenrepressionen und der Aussicht auf ein repressiveres politisches Regime) spürbar geringer. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die Informationen auch aus Telegram-Kanälen beziehen.

Quelle: *Charakter und Struktur der Massenängste in Russland, Lewada-Zentrum, 21.04.2021, <https://www.levada.ru/2021/04/21/harakter-i-struktura-massovoj-trevozhnosti-v-rossii/>*

Grafik 1 »Haben Sie Angst vor...?« (Prozentzahl derer, die die Frage mit »Ich habe ständig Angst davor/fürchte mich davor« beantwortet haben)

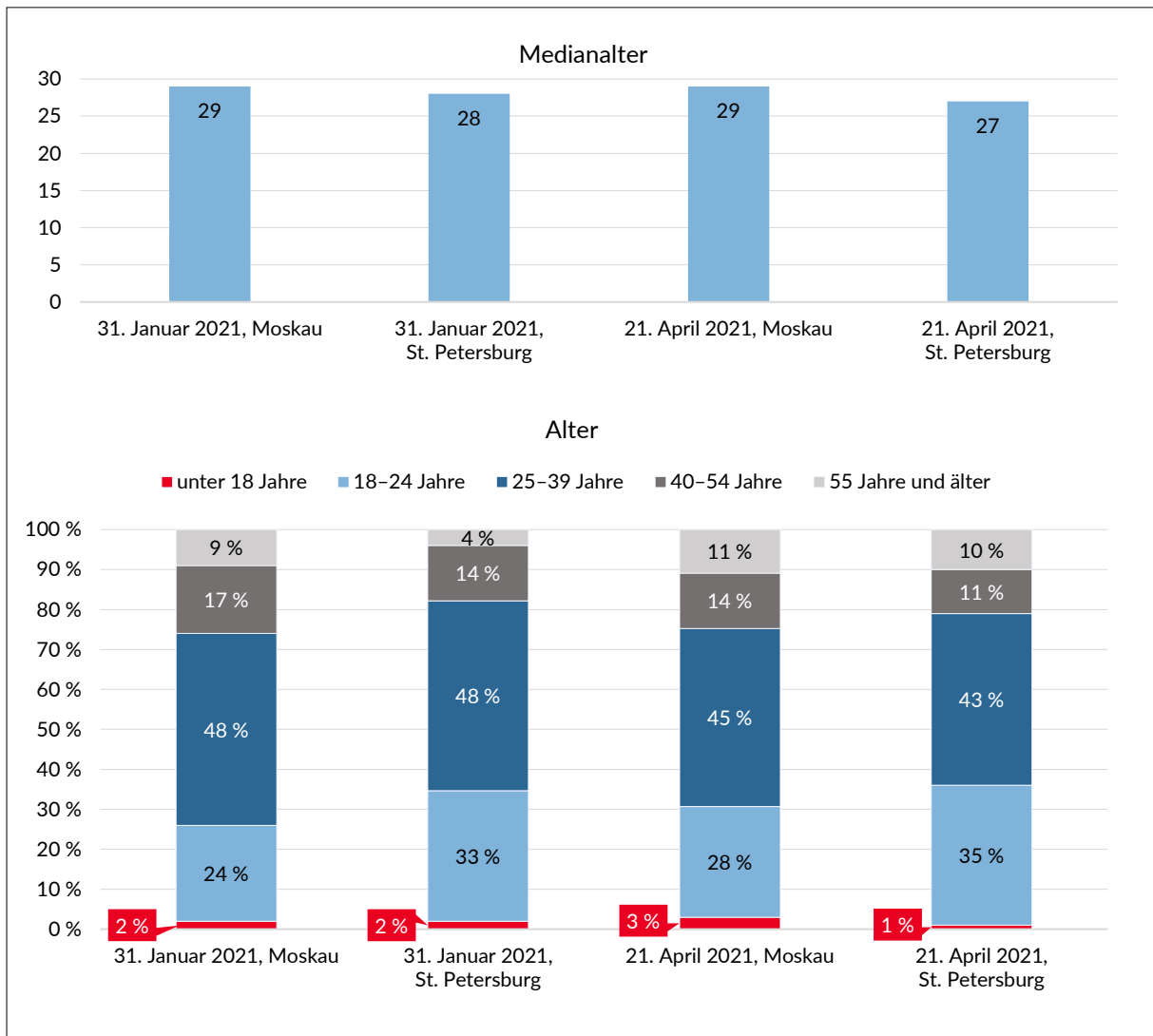


	1994	1999	2003	2008	2011	2012	2013	2014	2015	2017	2018	2019	2020	2021
... einer Rückkehr zur Massenrepressionen?	37	28	19	17			30	26	20	21	40	39	39	52
... staatlicher Willkür, Gesetzlosigkeit?	51	55	44	30			41	33	29	29	51	50	49	58
... Armut, Mittellosigkeit?				44	27	45	52	46	44	42	45	44	46	46
... einem härteren politischen Regime?							25	24	17	17	36	35	37	41

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums von März 2021, veröffentlicht am 21. April 2021; <https://www.levada.ru/2021/04/21/harakter-i-struktura-massovoj-trevozhnosti-v-rossii/>

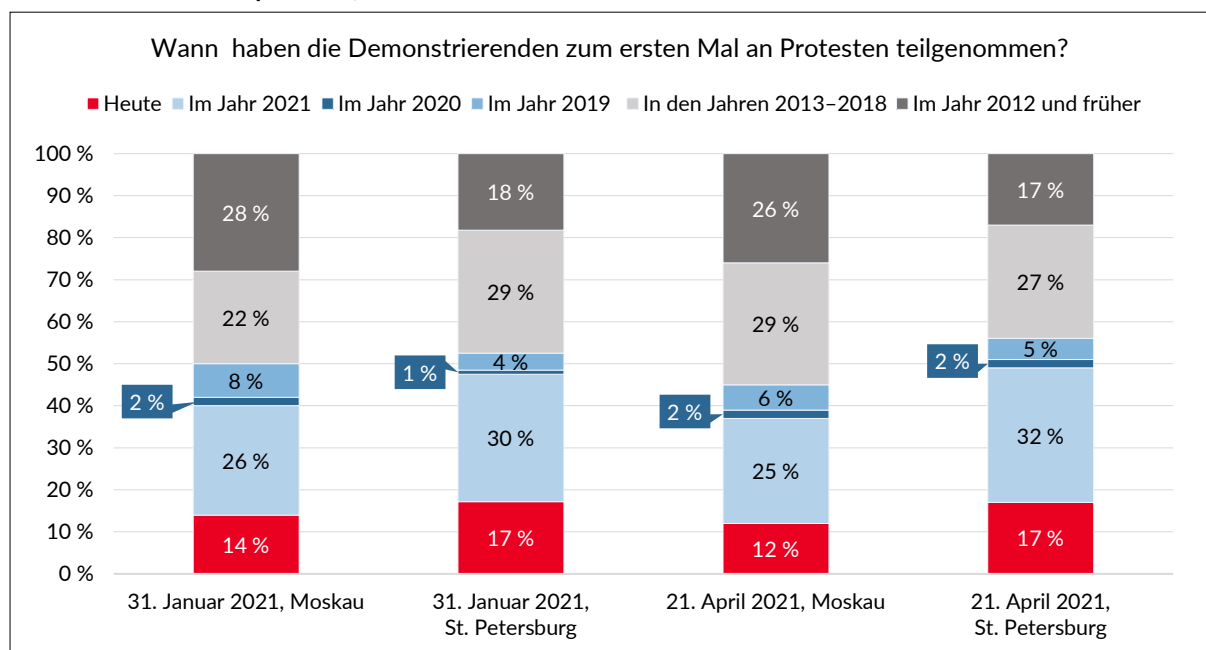
Teilnehmende an den Protesten aus Solidarität mit Alexej Nawalnyj am 21. April 2021: Alter und Protesterfahrung

Grafik 1: Alter der Befragten bei Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg am 31. Januar und 21. April 2021, %



Quelle: Telegram-Kanal von Alexandra Archipowa. Nichtrepräsentative Umfragen bei Protesten in Moskau und St. Petersburg am 31. Januar und 21. April 2021, 22. April 2021, <https://telega.ph/Strashno-no-nado-privychnoe-i-udivitelnoe-v-akciyah-protesta-21-aprelya-04-22>.

Grafik 2: Protesterfahrung der Befragten bei Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg am 31. Januar und 21. April 2021, %



Quelle: Telegram-Kanal von Alexandra Archipowa. Nichtrepräsentative Umfragen bei Protesten in Moskau und St. Petersburg am 31. Januar und 21. April 2021, 22. April 2021, <https://telegra.ph/Strashno-no-nado-privychnoe-i-udivitelnoe-v-akciyah-protesta-21-aprelya-04-22>.

Hat der Protest einen Anführer? Wie stehen die Protestierenden zu Nawalnyj?

Während der Protestbewegung »Für faire Wahlen« von 2011 bis 2013 neigten die meisten Demonstrierenden dazu, die Kundgebungen und den Protest im Allgemeinen als einen führerlosen Protest wahrzunehmen. Der Protest schien spontan und völlig selbstorganisiert zu sein. Gleichzeitig bot die Protestbewegung »Für faire Wahlen« vielen föderalen und kommunalen Politiker:innen und Aktivist:innen eine Bühne (im übertragenen wie auch im wörtlichen Sinne, denn fast jede Kundgebung hatte eine Bühne mit Hauptredner:innen). Was hat sich seither geändert? Die Zahl der Politiker:innen, die direkt mit dem Protest in Verbindung stehen, hat stetig abgenommen. Die meisten der Demonstrierenden sind deswegen zu der Überzeugung gelangt, dass der Protest nun lediglich einen Anführer hat: Alexej Nawalnyj mit seinem Team.

Einerseits betrachtete mindestens die Hälfte unserer Informant:innen bei den Kundgebungen am 21. April 2021 den Protest weiterhin als führerlosen Protest. Gleichzeitig bezeichneten sie jedoch immer noch die Person Nawalnyj als den »Anlass« für die Protestmobilisierung oder ihren »Auslöser«, »treibende Kraft«, »Motor« oder sogar als den »zentralen Gegenspieler« von Putin. Andererseits betrachtete etwas weniger als die Hälfte der Informant:innen Nawalnyj persönlich, »Nawalnyj und die Stiftung für Korruptionsbekämpfung (FBK)« oder »Nawalnyj und sein Team« als die unbestrittenen Anführer der Proteste. Interessanterweise wurde die bloße Existenz eines Anführers in diesem Fall von den Demonstrierenden positiv bewertet. Diese Haltung steht im Gegensatz zu der misstrauischen Haltung gegenüber jeglichen Anführer:innen, die für die russischen Proteste vor acht bis zehn Jahren typisch war. Wie einer unserer Informant:innen es ausdrückte: »Außer Alexej Nawalnyj ist kein Anführer am Horizont in Sicht. Gott bewahre, wenn er verschwinden sollte, erwarte ich, dass wir uns plötzlich in unserer primitiven Gesellschaft wiederfinden, in der wir seit Jahren leben, in der sich nichts ändert und wir buchstäblich in Sümpfen und Mooren usw. versinken« (männlich, geb. 1978 in Moskau).

In diesem Sinne müssen wir uns klar machen, ob es uns nun gefällt oder nicht, dass Nawalnyj und sein Team im Moment die wichtigste politische Kraft sind, die zur Massenmobilisierung derer fähig ist, die mit der derzeitigen Situation in Russland unzufrieden sind. Auch wenn nur ein Teil der Demonstrierenden Nawalnyj als Anführer betrachtet, während andere ihn als »Anlass« und »treibende Kraft« ansehen, ist er es, der zum »Nutznießer« der Unzufriedenheit wird. Während der Proteste der Jahre 2011 bis 2013 gab es so viele politische Leitfiguren mit unterschiedlichen Ansichten und Programmen, dass beschlossen wurde, ein koordinierendes, repräsentatives Gremium zu schaffen, das von den Demonstrierenden gewählt wurde. Unsere Forschung zeigte damals, dass die Demonstrierenden es vorzogen, ihre Stimmen unabhängig von ihren eigenen politischen Präferenzen abstrakt gesprochen für eine(n) linke(n), eine(n) rechte(n) und eine(n) liberale(n) Kandidat:in abzugeben, um die Einheit der Bewegung nicht zu zerstören. Nach jüngsten Umfragen des Lewada-Zentrums wächst die soziale Basis derer, die unzufrieden sind, auch wenn nicht alle gleich auf die Straße gehen, um zu protestieren. Die Unzufriedenen haben jedoch nur einen Anführer. Es ist nicht mehr notwendig, Linke, Rechte und Liberale zu wählen, denn Nawalnyj selbst kombiniert meisterhaft linke, rechte und liberale Rhetorik, während er sich selbst als ideologisch neutral präsentiert. Diese Strategie, die sich in den letzten Jahren als so erfolgreich erwiesen hat, scheint aber allmählich an ihre Grenzen zu gelangen.

Zusätzlich zu den Fragen, wen die Demonstrierenden als Anführer des Protests sehen, haben wir sie auch direkt nach ihrer Einstellung zu Nawalnyj gefragt und sie gebeten, diese Einstellung zu beschreiben oder zu erklären. Im Großen und Ganzen bestätigten die Antworten unserer Informant:innen unsere Schlussfolgerungen.

Die große Mehrheit der Informant:innen äußerte direkte Sympathie und Unterstützung für Alexej Nawalnyj. Einige erklärten, dass sie mit ihm als Politiker und zukünftigem Präsidenten sympathisieren, während andere sagten, dass sie ihn für seine investigativen Recherchen schätzen. Aber als die beliebteste Eigenschaft, die Nawalnyj bei den Demonstrierenden Sympathien einbrachte, erwies sich sein Mut, seine Entschlossenheit, seine Aufopferung und andere unpolitischen, aber dafür menschlichen Eigenschaften, die von unseren Informant:innen beschrieben wurden. »Dies ist ein Mann von außergewöhnlichem Mut«, ein »Held«, der »keine Angst hatte, das zu tun, vor dem sich heutzutage viele in Russland fürchten«, sagten uns die Informant:innen über Nawalnyj.

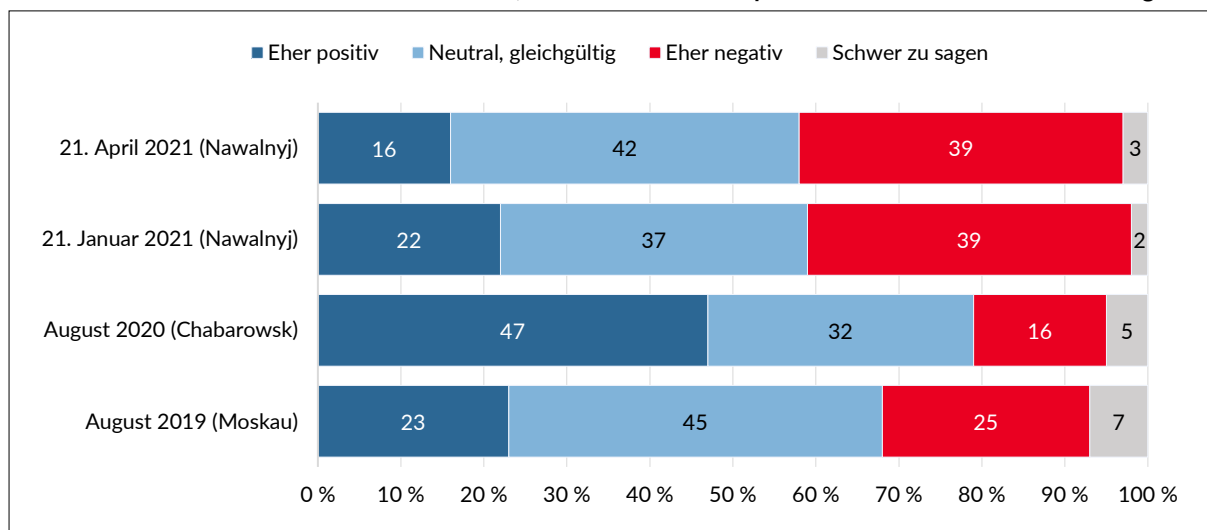
Die Informant:innen, die keine eindeutige Unterstützung für Nawalnyj zum Ausdruck brachten, unterteilen sich in drei Gruppen. Einerseits gibt es diejenigen, die denken, dass Nawalnyj die einzige Hoffnung auf einen Wandel zum Besseren sei (und dass es sich daher lohne, die Ablehnung ihm gegenüber hintenanzustellen). Andererseits gibt es die andere Gruppe, die denkt, dass er ein Symbol für die Ungerechtigkeit sei, die in Russland anzutreffen sei (denn Nawalnyj hat sie wie kein anderer am eigenen Leib erfahren). Die dritte Gruppe hat schließlich keine eindeutige Meinung dazu, wie Nawalnyj einzuschätzen sei. Keine(r) unserer Informant:innen äußerte eine eindeutig negative Einstellung gegenüber Nawalnyj. Die Rolle Nawalnyjs bei den letzten Protesten geht deswegen weit darüber hinaus, »lediglich nur ein Symbol« zu sein. Für Beobachter:innen ist es von äußerster Wichtigkeit, dies zu verstehen.

Quelle: Die Daten wurden bei 90 qualitativen soziologischen Interviews vom Labor für öffentliche Soziologie (Sankt Petersburg) unter Beteiligung der Gruppe »Beobachtung der zeitgenössischen Folklore« sowie von den Freiwilligen Elena Besrukowa, Anna Orlowa, Marina Solntsewa, Elena Jugaj und anderen Freiwilligen, die anonym bleiben wollten, gesammelt. Die meisten Informant:innen beteiligten sich an Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg, haben ein abgeschlossenes Studium oder waren noch Studierende und haben ein Einkommen von 50 – 200.000 Rubel.

Telegram-Kanal des Sankt-Petersburger Labors für öffentliche Soziologie, 27. April 2021, <https://t.me/publicsociologylaboratory/37> und <https://t.me/publicsociologylaboratory/38>.

Lewada-Umfrage: Wie steht die russische Bevölkerung zu Protestierenden?

Grafik 1: Was halten Sie von den Menschen, die an diesen Massenprotesten teilnehmen? * % der Befragten

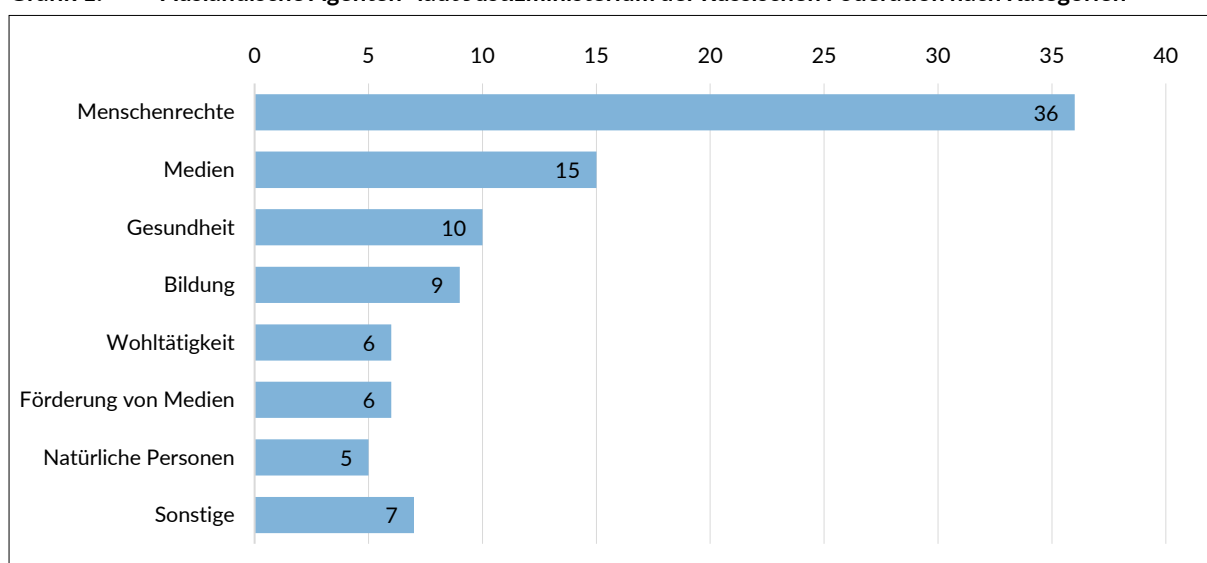


*2019 war die Frage folgendermaßen formuliert: Was halten Sie von diesen Protestaktionen?

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22. bis 28. April 2021, veröffentlicht am 13. Mai 2021; <https://www.levada.ru/2021/05/13/protesty-21-aprelya/>.

»Ausländische Agenten« laut Justizministerium der Russischen Föderation nach Kategorien

Grafik 1: »Ausländische Agenten« laut Justizministerium der Russischen Föderation nach Kategorien



Quelle: Telegram-Kanal von Istories, 16. Mai 2021, https://t.me/istories_media/494.

Russische Online-Zeitung Meduza kämpft ums Überleben

Die russischsprachige Nachrichtenseite Meduza kämpft ums Überleben, nachdem die Behörden sie als »ausländische Agentin« eingestuft haben. Wenige Tagen nach der Entscheidung musste die reichweitenstärkste unabhängige Online-Zeitung im russischsprachigen Internet ihre Büro-Räume in Riga und Moskau schließen. Sie verlor zahlreiche Werbeerträge sowie etliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Redaktion richtet sich nun mit einem groß angelegten Spendenaufruf an die internationale Öffentlichkeit.

»Der Kreml versucht unverhohlen, vor der Parlamentswahl im September das einflussreichste unabhängige Medium im russischsprachigen Internet zu zerstören«, sagt RSF-Geschäftsführer Christian Mihr. »Was wir jetzt brauchen, ist eine internationale Welle der Solidarität, um den Machthabenden im Kreml zu zeigen: Die Zivilgesellschaft lässt sich nicht mit solch plumpen Mitteln zum Schweigen bringen.«

Das russische Justizministerium hatte Meduza am 23. April zur »ausländischen Agentin« erklärt. Die Nachrichtenseite verlor daraufhin nach eigenen Angaben einen Großteil seiner Werbekundinnen und -kunden. Um Kosten zu sparen, wurden die Büros in Moskau und im lettischen Riga, dem Hauptsitz der Redaktion, geschlossen, die Gehälter der Mitarbeitenden um 30 bis 50 Prozent gekürzt und die Zusammenarbeit mit sämtlichen Freelancern beendet. Dennoch fürchtet die Zeitung den finanziellen Ruin. Sollte die russische Medienaufsicht Meduza in Russland blockieren – was wegen Verstößen gegen die strengen Regularien für »ausländische Agenten« leicht möglich ist –, verlore die Seite zudem ihr Kernpublikum.

Unabhängige Informationen von jenseits der Grenze

Meduza erreichte bislang nach eigenen Angaben mehr als 13 Millionen Menschen im Monat, fast drei Viertel davon in Russland. Die Seite sprach mit Instagram-Stories, News Games und Podcasts vor allem ein junges Publikum an. Galina Timtschenko, die aus politischen Gründen entlassene Chefredakteurin der Internet-Zeitung lenta.ru, hatte Meduza im Oktober 2014 in Lettland gegründet und so dem Zugriff der russischen Medienaufsicht entzogen.

Zunächst war Meduza vor allem ein Nachrichten-Aggregator, der Meldungen und Reportagen aus russischsprachigen Quellen zusammenstellte – besonders über Themen, die in staatlichen Medien nicht vorkamen. Mit der Zeit wurden mehr und mehr eigene Artikel veröffentlicht, Anfang 2015 ging eine englischsprachige Version online. Die rund 30-köpfige Redaktion in Riga mit Korrespondentinnen und Korrespondenten in Russland finanzierte ihre Arbeit über Werbebanner, Native Advertising und mithilfe nicht bekannter Investoren.

Agenten-Gesetze gegen kritische Stimmen

Grundlage für die Entscheidung des Justizministeriums, Meduza in die Liste »ausländischer Agenten« aufzunehmen, ist ein Gesetz vom November 2017. Es betrifft Medien, die im Ausland registriert sind oder von dort finanziert werden. Die ersten Medien, die unter die Regelung fielen, waren der US-Auslandssender Voice of America und Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) sowie mehrere Regionalprogramme von RFE/RL, etwa auf der von Russland annektierten Krim, in Sibirien oder im Nordkaukasus. Im Dezember 2019 wurde die Agentengesetzgebung auf einzelne Journalistinnen und Journalisten ausgedehnt.

Seit Dezember 2020 können auch andere Einzelpersonen und nicht registrierte Organisationen zu ausländischen Agentinnen und Agenten erklärt werden. Sie müssen umfassende Rechenschafts- und Finanzberichte vorlegen und sämtliche Inhalte, die sie veröffentlichen, mit dem Zusatz »ausländischer Agent« versehen.

Die jetzige Situation stellt deshalb auch für jedes einzelne Redaktionsmitglied von Meduza eine große Gefahr dar, denn die Gesetze erlauben es den Behörden, Einzelpersonen nahezu nach Belieben in die Agentenliste aufzunehmen. Diese wiederum können den damit verbundenen Auflagen und Regularien kaum gerecht werden, wofür im schlimmsten Fall mehrere Jahre Haft drohen.

Auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit steht Russland auf Rang 150 von 180 Staaten.

Quelle: Reporter ohne Grenzen, 05. Mai 2021; <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/russland/alle-meldungen/meldung/russische-online-zeitung-kaempft-ums-ueberleben>.

Amnesty International: Die Polizei identifiziert friedliche Demonstrierende mit Gesichtserkennungstechnologie

Russia: Police target peaceful protesters identified using facial recognition technology

Responding to the news that Moscow police have detained several activists and journalists identified using facial recognition technology as attendees of the peaceful rally in support of Aleksei Navalny on 21 April, Natalia Zviagina, Amnesty International's Moscow Office Director, said:

“This is a new and extremely disturbing turn of events. Never before have the police been able to cast their net so widely to identify and target peaceful protesters using facial recognition technology. The police detained not only those who had joined the protests but also at least three journalists who were simply reporting on the rally.

“Previously the protesters' main risk was being beaten and arbitrarily detained by police at a rally. As of now, avoiding this fate does not mean that you can feel safe—the repressive state knows who you are and can come for you at any point. The risk of attempting to exercise your right to freedom of peaceful assembly has never been so high in Russia.

“We reiterate our call to ban the development and use of facial recognition technologies for identification purposes. The authorities' persecution of peaceful protest is now reaching a whole new level in Russia.”

Background

Over the last few days, the Moscow police visited the homes of dozens of peaceful activists who attended the rally in solidarity with Aleksei Navalny on 21 April. Some of the people were detained immediately, others were summoned to police stations to have their “unlawful” participation in peaceful rallies documented ahead of a court hearing on these “offences”.

On the morning of 27 April, the police came to the homes of Aleksei Korostelyov, a reporter for TV Dozhd, an independent news channel, Oleg Ovcharenko, a correspondent for the Ekho Moskvy radio station, and Aleksandr Rogoz, working with Komsomolskaya Pravda newspaper.

All men were questioned about “participation” in the protest rally, even though their journalist credentials had been confirmed and their respective employers stated that their journalists were covering the demonstration “in accordance with the editorial assignment.” Participants in “illegal” protests may face up to 30 days in jail or heavy fines, or face criminal prosecution and prison, depending on specific charges and a record of similar previous “offences”.

Quelle: Amnesty International, 27. April 2021; <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/04/russia-police-target-peaceful-protesters-identified-using-facial-recognition-technology/>.

Human Rights Watch: Der Fall des Menschenrechtsanwalts Iwan Pawlow und neue repressive Gesetze

Crossing Another Rubicon in Russia: Drop Charges Against Human Rights Lawyer Ivan Pavlov

Rachel Denber (Human Rights Watch)

Russian authorities have been on a rampage of repression in recent months, imprisoning a top political opposition figure, arresting record numbers of protesters, and sustaining a month of heightened persecution of independent media. This morning they crossed another Rubicon when Federal Security Service (FSB) agents in Moscow apprehended prominent human rights lawyer Ivan Pavlov.

In St. Petersburg, law enforcement officers searched Pavlov's home and the office of Team 29, a group of human rights lawyers he leads. They also searched his summer cottage and broke down the door at the home of another Team 29 staffer.

The FSB brought Pavlov in for questioning on charges of disclosing information on a preliminary investigation. The charge sheet, published by Team 29, states that Pavlov gave the newspaper Vedomosti a copy of the indictment against his client, Ivan Safranov, the former Vedomosti investigative journalist in FSB custody since July on dubious treason charges.

Pavlov faces a maximum three-month sentence. But he also faces disbarment, which may be the aim of this outrageous move against him. According to media reports, because Pavlov refused to sign a non-disclosure agreement on the Safranov case, the FSB complained to the Justice Ministry and tried unsuccessfully to have him disbarred.

Pavlov is a fearless and formidable defense attorney who takes on some of the toughest cases in today's Russia—those involving highly questionable and sometimes Kafkaesque treason, state secrets, and similar charges. He gives ordinary people hope when facing down the repressive machinery of the FSB and Russia's justice system that almost always bends to it.

In 2018 Human Rights Watch honored Pavlov for his activism. He told us then that the previous year, Team 29 “helped seven people get out of jail by pointing out the absurdity of the government cases against them.” The absurdity of these charges made the authorities look foolish. And as Pavlov said, “Unfortunately, those who make the government look foolish invite its wrath. So my team and I are targeted and harassed. Our reputations are smeared. Our private lives are invaded.” And now they are being searched, and Pavlov is charged.

Pavlov underscored that the risks were worth the goal—giving people their dignity, ensuring their right to question the government and be skeptical about the answers, and keeping them out of prison.

Whatever bogus justifications the authorities have for prosecuting Pavlov, they should drop the charges and any effort to have him disbarred.

Quelle: Human Rights Watch, 30. April 2021; <https://www.hrw.org/news/2021/04/30/crossing-another-rubicon-russia>

Russia: Withdraw New Batch of Oppressive Laws: Rescind Bills; Repeal Abusive ‘Undesirables’ Law; Reform Extremism Laws

(Moscow)—A group of Russian lawmakers introduced three bills on May 4, 2021 that would add new dangerous tools to the already significant arsenal of legislative weapons for the country's crackdown on dissenting voices, Human Rights Watch said today.

Two of the bills introduced in the State Duma, the lower chamber of parliament, would expand the impact of Russia's law on “undesirable” organizations. The third would enable authorities to impose lengthy bans on potential candidates for Duma seats if they are associated with groups deemed “extremist” by the Russian authorities, even if they were associated with the group before it received that designation.

“These bills are a far-from-subtle attempt to deprive the Kremlin's political opponents of legal means of political participation and to instill ever more fear into Russia's civil society,” said Hugh Williamson, Europe and Central Asia director at Human Rights Watch. “For years now, and with particular ferocity in the past six months, the Russian authorities have been trying to inflict death by a thousand cuts on civil society and meaningful political opposition.”

One bill would amend the 2012 “Dima Yakovlev law” to expand the ban on participating in activities of organizations blacklisted by Russian authorities as “undesirable” beyond Russia's borders. The bill also explicitly provides that such bans may be imposed not only on Russian nationals, but also on foreigners who are permanent residents of Russia and stateless persons.

The bill also envisages that a foreign or international organization can be designated “undesirable” if acting as “intermediaries” in the Russian authorities' view, transferring funds or property to support “undesirables” operations. The Russian authorities can impose the designation even if the group has no other connection to Russia.

The other new bill involving “undesirables” introduces amendments to the Russian Criminal and Criminal Procedure codes to make it easier to open criminal cases on charges of affiliation with undesirable organizations. The bill separates the participation and leadership or management of such organizations into separate parts of the criminal articles and substantially reduces the threshold for criminal liability.

The authorities have been using the laws on “undesirables” to lash out against activists and the political opposition. In March, police raided the first federal forum of municipal deputies in Moscow, arresting almost 200 attendees and charging them with the administrative offense of participation in activities of “undesirable organizations.”

Under the existing “undesirables” law, criminal liability can only be invoked against a person who has previously had two or more administrative convictions in a one-year period on the same charges of involvement with an undesirable organization. This requirement would be entirely removed for the charge of “organizing” activities of an “undesirable” organization, and reduced to only one prior administrative conviction for “participation,” thus broadening the grounds for bringing charges against activists.

There have been only a few such criminal cases, all related to allegations of involvement with only one organization, the Open Russia Civic Movement, which the authorities claimed was registered in the UK and was blacklisted as “undesirable” by the Justice Ministry in 2017. Activists affiliated with the Russian movement with the same name insisted they had no affiliation with the British organization.

Anastasiya Shevchenko, the first to be indicted under such charges, spent over two years under house arrest and also learned that the police had installed a hidden camera in her bedroom. Mikhail Iosilevich, whose “misconduct” was providing his café as a space for civil society events, including guest lectures, and who denies any connection to Open Russia, has been in pretrial detention since January 2021. By the time the latest extension of his term expires on June 28, he will have spent half a year behind bars. A number of other activists have either also been convicted, indicted, or are at risk of prosecution, including Yana Antonova, who was previously convicted but could face new charges.

The explanatory notes accompanying these two bills suggest that their authors aim to increase the toxicity of the organizations the Russian authorities blacklist and to cut off Russian activists from capacity building and educational opportunities abroad offered by some of the organizations already on the list of “undesirables” or risk criminal prosecution and sanctions. The third bill seeks to ban the leaders, staff members, and supporters of organizations listed as extremist from running for parliament.

Russian counter-extremism provisions are broad and sufficiently vague to allow extensive interpretation. They have been criticized, among others, by the Venice Commission of the Council of Europe for imposing “disproportionate restrictions of fundamental rights and freedoms ... and infringe the principles of legality, necessity and proportionality.”

While Russian authorities have used these laws and practices for legitimate purposes to counter violent extremism, they have also used them to target individuals and organizations that pose no actual threat and are simply viewed as politically inconvenient, selectively enforcing anti-extremism measures against nonviolent people who hold critical views of the government.

The bill would impose a five-year ban on running for the Duma on the leadership or management of organizations designated as extremist and a three-year ban for their staff and supporters, defined in broad terms, including donors. The bill would also have a retroactive effect, to include anyone who was a leader or manager of such organizations up to three years before the authorities designated the group extremist and up to a year for staff members and supporters.

It is hardly a coincidence that the bills are being proposed only a few months before the September parliamentary elections. The authorities are already designating as extremist three groups affiliated with the jailed opposition politician Alexei Navalny. One of these targeted groups is the Anti-Corruption Foundation (FBK) which gained public recognition and support through its investigations of high-level corruption. One of the group’s lawyers, Liubov Sobol, had announced her intention to run for the Duma in September and started her campaign.

“There appears to be a clear aim to isolate Russia’s civil society and force many of its activists abroad into self-imposed exile under a threat of criminal sanctions, as well as to delegitimize and punish anyone affiliated with or actively supporting Alexei Navalny,” Williamson said. “Russian authorities need to stop the attempts to drag the country behind a new Iron Curtain and start demonstrating respect for fundamental human rights and democratic values.”

Quelle: *Human Rights Watch*, 05. Mai 2021; <https://www.hrw.org/news/2021/05/05/russia-withdraw-new-batch-oppressive-laws>

»Ausländische Agenten«: Medien

Tabelle 1: »Register der ausländischen Massenmedien, die die Funktion als ausländischer Agent erfüllen«, Justizministerium der Russischen Föderation

	Name des Mediums	Zugehörigkeit*	Datum der Aufnahme in das Register
1.	Golos Ameriki	The Voice of America, USA	05. Dezember 2017
2.	Idel.Realii	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	05. Dezember 2017
3.	Kawkas.Realii	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	05. Dezember 2017
4.	Krym.Realii	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	05. Dezember 2017
5.	Telekanal Nastojaschtschee Wremja	Radio Free Europe/Radio Liberty und The Voice of America, USA	05. Dezember 2017
6.	Tataro-baschkirskaja slushba Radio Swoboda (Azatliq Radiosi)	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	05. Dezember 2017

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: »Register der ausländischen Massenmedien, die die Funktion als ausländischer Agent erfüllen«, Justizministerium der Russischen Föderation (Fortsetzung)

	Name des Mediums	Zugehörigkeit*	Datum der Aufnahme in das Register
7.	Radio Swobodnaja Ewropa/Radio Ewropa (RSE/RS)	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	05. Dezember 2017
8.	Sibir.Realii	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	05. Dezember 2017
9.	Faktograf	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	05. Dezember 2017
10.	Sewer.Realii	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA	15. November 2019
11.	Obschtschestwo s ogranitschennoj otwetstwenostju »Radio Swobodnaja Ewropa/Radio Swoboda«	Radio Free Europe/Radio Liberty, USA (in Russland registrierte juristische Person)	11. Februar 2020
12.	Tscheschkoe informazionnoe agentstwo »MEDIUM-ORIENT«	Drittmittel unter anderem von US-amerikanischen Stiftungen für Berichterstattung über den Nordkaukasus und Tschechien.	21. Dezember 2020
13.	Ponomarjow Lew Alexandrowitsch	Menschenrechtler, langjähriger Anführer der Bewegung »Sa Prawa Tscheloweka« (Für Menschenrechte), die formal am 01. März 2021 aufgelöst wurde.	28. Dezember 2020
14.	Sawizkaja Ljudmila Aleksejewna	Russische Journalistin aus Pskow, die für Radio Swoboda und Sewer.Realii schreibt.	28. Dezember 2020
15.	Markelow Sergej Ewgenjewitsch	Journalist des regionalen Nachrichtenportals »7x7 - Horizontales Russland«. Schrieb unter anderem auch für Radio Swoboda und Sewer.Realii.	28. Dezember 2020
16.	Kamaljagin Denis Nikolajewitsch	Chefredakteur des unabhängigen Onlinenachrichtenportals »Pskowskaja Gubernija«. Schrieb unter anderem auch für Radio Swoboda.	28. Dezember 2020
17.	Apachontschitsch Darja Alexandrowna	Aktionskünstlerin, Feministin, Pädagogin aus Sankt-Petersburg.	28. Dezember 2020
18.	Juristische Person, die in der Republik Lettland registriert ist, SIA »Medusa Project« (Registrierungsnummer 40103797863, Datum der Registrierung 10.06.2014)	Unabhängiges, in Lettland registriertes russischsprachiges Internetmedium meduza.io, das von ehemaligen Journalist:innen des Online-Mediums Lenta.ru im Oktober 2014 gegründet wurde. S. https://www.dekoder.org/de/source/meduza .	23. April 2021
19.	Obschtschestwo s ogranitschennoj otwetstwenostju »Perwoe antikorrupzionnoe SMI« (Erstes Antikorrupsionsmedium, PASMI).	Unabhängiges Onlineportal pasmi.ru/, das über Korruption berichtet.	23. April 2021
20.	Juristische Person, die im Königreich Niederlande registriert ist, Stichting 2 Oktober (Registrierungsnummer Nr.69126968), die der Administrator der Domäne der Internetressource »VTimes.io« ist.	Unabhängiges Nachrichtenportal VTimes.io, dessen Webdomäne in den Niederlanden registriert ist. VTimes wurde von ehemaligen Journalist:innen der Wirtschaftszeitung Wedomosti im Oktober 2020 gegründet. Siehe https://www.dekoder.org/de/source/vtimes .	14. Mai 2021

* Erläuterungen zu den Medien und Personen von der Redaktion der Russland-Analysen ergänzt.

Quelle: Ministerium für Justiz der Russischen Föderation, »Reestr inostrannyh sredstw massowoj informazii, wypolnjajuschich funkzii inostrannogo agenta«, Stand: 14. Mai 2021; <https://minjust.gov.ru/ru/documents/7755/>.

Liste der unerwünschten ausländischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen

Tabelle 1: Liste der ausländischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, deren Tätigkeit in der Russischen Föderation als unerwünscht gilt, Justizministerium der Russischen Föderation

	Nummer und Datum der Verfügung des Justizministeriums der Russischen Föderation über die Aufnahme in die Liste	Details der Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, die Organisation für unerwünscht zu erklären	Vollständiger und abgekürzter (falls vorhanden) Name der ausländischen oder internationalen Nichtregierungsorganisation
1	Nr. 1076 vom 29. Juli 2015	Nr. 1 vom 28. Juli 2015	National Endowment for Democracy
2	Nr. 1777 vom 01. Dezember 2015	Nr. 2 vom 26. November 2015	Open Society Institute Assistance Foundation
3	Nr. 1778 vom 01. Dezember 2015	Nr. 2 vom 26. November 2015	Open Society Foundation
4	Nr. 1821 vom 07. Dezember 2015	Nr. 3 vom 03. Dezember 2015	US Russia Foundation for Economic Advancement and the Rule of Law
5	Nr. 393 vom 17. März 2016	Nr. 4 vom 10. März 2016	National Democratic Institute for International Affairs
6	Nr. 1201 vom 22. August 2016	Nr. 5 vom 18. August 2016	Media Development Investment Fund
7	Nr. 1202 vom 22. August 2016	Nr. 5 vom 18. August 2016	International Republican Institute
8	Nr. 556 vom 27. April 2017	vom 26. April 2017	Open Russia Civic Movement, Open Russia
9	Nr. 557 vom 27. April 2017	vom 26. April 2017	Human Rights Project Management, früher Otkrytaja Rossija
10	Nr. 558 vom 27. April 2017	vom 26. April 2017	Institute of Modern Russia
11	Nr. 883 vom 03. Juli 2017	vom 30. Juni 2017	The Black Sea Trust for Regional Cooperation
12	Nr. 285 vom 13. März 2018	vom 12. März 2018	European Platform for Democratic Elections (EPDE)
13	Nr. 286 vom 13. März 2018	vom 12. März 2018	International elections study center (IESC)
14	Nr. 335 vom 21. März 2018	vom 20. März 2018	The German Marshall Fund of the United States (GMF)
15	Nr. 989 vom 28. August 2018	vom 24. August 2018	Pacific Environment (PERC)
16	Nr. 814 vom 28. Juni 2019	vom 27. Juni 2019	Free Russia Foundation (Free Russia)
17	Nr. 887 vom 17. Juli 2019	vom 11. Juli 2019	Ukrainian World Congress
18	Nr. 945 vom 29. Juli 2019	vom 25. Juli 2019	Atlantic council of the United States (Atlantic council)
19	Nr. 1443 vom 12. November 2019	vom 07. November 2019	»Člověk v tísní, o.p.s.« (»People In Need«)
20	Nr. 253 vom 12. März 2020	vom 06. März 2020	European Endowment for Democracy
21	Nr. 400 vom 09. April 2020	vom 08. April 2020	The Jamestown Foundation (JF)
22	Nr. 458 vom 23. April 2020	vom 22. April 2020	Project Harmony, Inc. (PH International)
23	Nr. 718 vom 21. Juli 2020	vom 17. Juli 2020	Dragon Springs Buddhist Inc.
24	Nr. 719 vom 21. Juli 2020	vom 17. Juli 2020	Doctors Against Forced Organ Harvesting (DAFOH)
25	Nr. 720 vom 21. Juli 2020	vom 17. Juli 2020	The European Falun Dafa Association

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der ausländischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, deren Tätigkeit in der Russischen Föderation als unerwünscht gilt, Justizministerium der Russischen Föderation (Fortsetzung)

	Nummer und Datum der Verfügung des Justizministeriums der Russischen Föderation über die Aufnahme in die Liste	Details der Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, die Organisation für unerwünscht zu erklären	Vollständiger und abgekürzter (falls vorhanden) Name der ausländischen oder internationalen Nichtregierungsorganisation
26	Nr. 721 vom 21. Juli 2020	vom 17. Juli 2020	Friends of Falun Gong Inc.
27	Nr. 722 vom 21. Juli 2020	17. Juli 2020	Global Mission to Rescue Persecuted Falun Gong Practitioners Inc. (GMRPFGP)
28	Nr. 723 vom 21. Juli 2020	17. Juli 2020	Coalition to Investigate the Persecution of Falun Gong in China
29	Nr. 724 vom 21. Juli 2020	17. Juli 2020	World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong Inc. (WOIPFG)
30	Nr. 1282 vom 25. Dezember 2020	17. Dezember 2020	Prague Civil Society Centre
31	Nr. 1283 vom 25. Dezember 2020	22. Dezember 2020	Association of Schools of Political Studies of the Council of Europe
32			Deutsch-Russischer Austausch (DRA)*
33			Zentrum Liberale Moderne*
34			Forum Russischsprachiger Europäer*

* Diese Organisationen stehen noch nicht auf der offiziellen Liste des Justizministeriums, wurden laut Medienberichten vom 26. und 27. Mai 2021 jedoch in die Liste aufgenommen.

Rot markiert: In Deutschland registrierte Nichtregierungsorganisationen.

Quelle: Justizministerium der Russischen Föderation, »Peretschen inostrannykh i meshdunarodnykh neprawitelstvennykh organizazii, dejatelnost kotorych prisnana neshelatelnoj na territorii Rossijskoj Federazii« (Liste der ausländischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, deren Tätigkeit auf dem Staatsgebiet der Russischen Föderation als unerwünscht anerkannt wurde), Stand: 31. Mai 2021; <https://minjust.gov.ru/ru/documents/7756/>

Stellungnahmen zum Beschluss der russischen Generalstaatsanwaltschaft, deutsche Nichtregierungsorganisationen als in Russland unerwünschte Organisationen zu erklären

DRA in Russland zur unerwünschten Organisation erklärt: Stellungnahme des DRA

Der DRA ist gestern auf Beschluss der russischen Generalstaatsanwaltschaft zur unerwünschten Organisation in Russland erklärt worden. Dazu erklärt der DRA: Dies ist eine harte und ungerechtfertigte Nachricht für den DRA, seine Partner und alle, die sich in Russland und im europäischen Austausch für Verständigung, eine offene Gesellschaft und demokratische Rechte einsetzen.

Die Anschuldigungen gegen den DRA sind absurd. Der DRA setzt sich seit fast 30 Jahren für die deutsch-russisch-europäische Verständigung ein. In Zeiten politischer Spannungen ist der beständige Dialog wichtiger denn je. Die Erklärung des DRA zur »unerwünschten Organisation« in Russland hat das Ziel, eben diesen Austausch zu kappen und all diejenigen in Russland einzuschüchtern, die sich für Verständigung und eine aktive Zivilgesellschaft einsetzen.

Zusammen mit seinen Partnern in zahlreichen Ländern von Frankreich über Polen, Bulgarien, Ukraine bis Armenien organisiert der DRA Begegnung, Dialog und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas. Der DRA setzt sich ein für Demokratie und Menschenrechte, ein friedliches Miteinander, europäische Integration und Erinnerung, aber auch soziale und kulturelle Teilhabe, Demokratie- und Umweltbildung.

Beispiele für die Arbeit des DRA in Russland sind u. a. ein Verständigungsprojekt zur Verringerung religiöser Spannungen und der Stärkung ökonomischer Grundlagen im Nordkaukasus; Bildungsreisen für Vertreter:innen aus Verwaltung, Bildung, Wirtschaft, Medien, Zivilgesellschaft in Russland und Deutschland; Projekte zur Klima- und

Umweltbildung für junge Menschen und für die ländliche Entwicklung; oder die Zusammenarbeit mit Kulturorganisationen zwischen Pskov und Omsk mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen leichter Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Der DRA hat in dieser Zeit Zehntausenden Menschen durch Fachprogramme, Freiwilligenaufenthalte, Bildungs- und Begegnungsformate, Ressourcenzentren und die Arbeit zur Konfliktüberwindung zusätzliche Expertise und interkulturelle Erfahrung ermöglicht, dazu persönliche Kontakte, die oft das Leben der Beteiligten für viele Jahre oder gar für immer geprägt haben.

Der DRA hat durch die Mitgründung und -entwicklung mehrerer wichtiger internationaler Plattformen die Zivilgesellschaften vieler Länder einander näher gebracht. Er ist nicht zuletzt auch seit langem Mitglied des Petersburger Dialogs zur Förderung der Verständigung zwischen den Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands.

Das Verbot ist ein Einschnitt für die Arbeit des DRA und ein weiterer Schlag gegen die demokratische Zivilgesellschaft in Russland und ihre Chancen auf gemeinsame internationale, nachhaltige und moderne Entwicklung. Wir beenden schweren Herzens mit sofortiger Wirkung unsere Arbeit in Russland und die Zusammenarbeit mit unseren russischen Kolleg:innen und Partnern, um diese und ihre Arbeit nicht zu gefährden. Wir bedauern es, dass wir die wichtigen und guten Kooperationen jetzt nicht fortsetzen können, danken ihnen für die Unterstützung heute und in all den Jahren. Wir wünschen ihnen weiter gutes Gelingen, viel Kraft und Mut und fühlen uns ihnen und dem Land weiter tief und freundschaftlich verbunden.

Wir erklären uns solidarisch mit den anderen NGOs, die heute zeitgleich mit uns für »unerwünscht« in Russland erklärt worden sind, das Zentrum für Liberale Moderne (LibMod) und das Forum Russischsprachiger Europäer, aber auch mit der Europäischen Plattform für Demokratische Wahlen (EDPE), der schon vor drei Jahren ebenso unge rechtfertigt dieser Status aufgezwungen wurde.

Natürlich werden wir unsere Arbeit in Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Ländern, in der EU, im Kaukasus und auf dem Balkan fortsetzen und auch weiter vielen Menschen eine Stimme geben – auch aus und zu Russland. Insbesondere solchen, die sich für internationale Verständigung und eine demokratische, freie Gesellschaft und Zivilgesellschaft einsetzen; die die Menschenrechte, das Völkerrecht und das Entwicklungsrecht der Einzelnen achten – als Grundbedingungen für einen offenen, friedlichen gesamteuropäischen Raum.

Wir sind überzeugt, dass diese Kräfte stärker sein werden als die Einschränkungen und Barrieren, die einige wenige verhängen können unter Missachtung der Interessen ihrer eigenen Bevölkerung und der internationalen, gutnachbarlichen Beziehungen.

Quelle: Webseite DRA, 27 Mai 2021, <https://www.austausch.org/aktuelles-details/stellungnahme-des-dra/>.

PM zur Entscheidung der russischen Behörden, das Zentrum Liberale Moderne als »unerwünschte ausländische Organisation« einzustufen

Zu der Entscheidung der russischen Behörden, das Zentrum Liberale Moderne als »unerwünschte ausländische Organisation« einzustufen, erklären Ralf Fücks und Marieluise Beck:

Die Entscheidung der russischen Generalstaatsanwaltschaft, das Zentrum Liberale Moderne (LibMod) gemeinsam mit dem Deutsch-Russischen-Austausch und dem »Forum russischsprachiger Europäer« als »unerwünschte ausländische Organisation« zu brandmarken, ist ein politischer Willkürakt.

Sie zielt darauf, unsere Zusammenarbeit mit russischen Partnern mit einem Federstrich zu kappen. In der Konsequenz machen sich alle russischen Staatsbürger strafbar, die mit uns in irgendeiner Form zusammenarbeiten.

Unser mit Abstand größtes deutsch-russisches Vorhaben war bisher ein mehrjähriges Projekt »Klimawandel und ökonomische Modernisierung Russlands«, an dem zahlreiche Expertinnen und Experten aus Russland beteiligt sind. Dazu kommen ein Dialogprojekt zur Aktualität Andrej Sacharows, die Website www.russlandverstehen.eu und eine jährliche internationale Konferenz »Russland und der Westen.« Unsere Russland-Aktivitäten werden auch durch das Auswärtige Amt gefördert.

Wir haben nie einen Hehl aus unserer kritischen Haltung gegenüber dem Putin-Regime gemacht, engagieren uns dafür umso mehr in der Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft und in der Debatte über eine zugleich wertorientierte und realistische Russland-Politik. Unser Traum ist ein demokratisches und europäisches Russland.

Die Politik des Kremls zielt darauf ab, internationale NGO's, Stiftungen und Think Tanks in »erwünschte« und »unerwünschte« Organisationen auseinander zu dividieren. Zu den bisher gelisteten Organisationen gehören u. a. die Europäische Plattform für Demokratische Wahlen, der German Marshall Fund, das Prague Civil Society Center, die Open Society Foundation, das National Endowment for Democracy und die internationalen Stiftungen der Demokraten und Republikaner in den USA, der Atlantic Council und die »Association of Schools of Political Studies« des Europarats.

Wer sich kritisch mit der russischen Politik auseinandersetzt, muss damit rechnen, aus dem Land gedrängt zu werden. Ein beabsichtigter Effekt dieser Maßnahmen ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Westen, wenn es um die kritische Berichterstattung und Debatte zu Russland geht. Gleichzeitig wird damit der russischen Zivilgesellschaft ihre Unterstützung aus dem Westen entzogen. In Russland sind inzwischen mehr als 160 Nichtregierungsorganisationen als »ausländische Agenten« eingestuft.

Wir hoffen, dass die Bundesregierung und alle Freunde Russlands diese Spalte und Herrsche – Politik nicht hinnehmen werden und sich für die Aufhebung dieser Entscheidung der russischen Behörden einsetzen. Außenminister Maas danken wir für seine klaren Worte.

Ein Dialog mit Maulkorb ist nicht mehr als eine Farce.

Quelle: Webseite von Libmod, 27.05.2021, <https://libmod.de/pm-entscheidung-russischen-behoerden-libmod-unerwuenschte-auslaendische-organisation/>.

Außenminister Maas zum Betätigungsverbot gegen drei deutsche Zivilgesellschaftsorganisationen in Russland

Organisationen die Arbeit zu verbieten, die sich um die Verständigung zwischen unseren beiden Ländern und den Menschen bemühen, ist ein herber Rückschlag für unsere Bemühungen, ein besseres Verhältnis zu Russland zu erreichen. Die Entscheidung des russischen Generalstaatsanwaltes, insgesamt drei deutschen Zivilgesellschaftsorganisationen ein Betätigungsverbot in Russland zu erteilen, ist vor diesem Hintergrund besonders befremdlich und inakzeptabel.

Zwei der betroffenen Organisationen engagieren sich seit Jahren im Petersburger Dialog für die deutsch-russische Verständigung. Nichts in ihrer Tätigkeit kann einen solchen gravierenden Schritt rechtfertigen oder begründen. Ich fordere Russland deshalb auf, diesen Schritt rückgängig zu machen und den freien Austausch der Zivilgesellschaft zu fördern. Die Vertreter der Zivilgesellschaft müssen ihrer Arbeit nachgehen können, ohne kriminalisiert zu werden.

Hintergrund:

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat heute erstmals drei deutsche Organisationen zu »unerwünschten ausländischen Organisationen« erklärt. Unter den Organisationen ist das Forum Russischsprachiger Europäer, das Zentrum für die Liberale Moderne und Deutsch-Russischer Austausch. Seit Mai 2015 gibt es in Russland das Gesetz über »unerwünschte ausländische Organisationen«, das für Organisationen geschaffen wurde, die nicht in Russland organisiert sind.

Die Entscheidung, welche Organisationen unerwünscht sind, fällt die Generalstaatsanwaltschaft Russlands mit Zustimmung des Außenministeriums der Russischen Föderation. Mit der Registrierung durch das Justizministerium der Russischen Föderation ist de facto ein Betätigungsverbot verbunden, Aktivitäten der Organisation in Russland sowie Zusammenarbeit mit dieser durch russische Organisationen stehen auch unter Strafe.

Quelle: Auswärtiges Amt, 26.05.2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2463118>.

Dialog erheblich eingeschränkt Vorstand des Petersburger Dialogs: Repressiver Umgang mit NGO ist völlig inakzeptabel und heizt Spannungen weiter an

Der Vorstand des Petersburger Dialogs e. V. hat am Donnerstagabend in einer Sondersitzung den Umgang mit deutschen Nichtregierungsorganisationen verurteilt. Zuvor hatte die russische Generalstaatsanwaltschaft mit dem Zentrum Liberale Moderne, dem Deutsch-Russischen Austausch und dem Forum Russischsprachiger Europäer drei weitere Organisationen als unerwünscht eingestuft. Die beiden erstgenannten NGO sind Mitglieder im Petersburger Dialog.

Ronald Pofalla, Vorstandsvorsitzender des Petersburger Dialogs auf deutscher Seite: »Die russische Regierung geht damit weiter auf Konfrontationskurs zum zivilgesellschaftlichen Dialog. Der Petersburger Dialog soll Brücken zwischen unseren Ländern bauen. Seinen Mitgliedern die Arbeit in Russland zu verbieten und mit drakonischen Strafen zu drohen, das werden wir nicht hinnehmen. Behinderung und Kriminalisierung der Nichtregierungsorganisationen haben ein unerträgliches Maß erreicht.«

In Konsequenz auf die Vorgänge hat der Vorstand des Petersburger Dialogs die für 8. und 9. Juli in Moskau geplante gemeinsame Vorstandssitzung mit der russischen Seite abgesagt. Die diesjährige Hauptveranstaltung, der 19. Petersburger Dialog am 14. und 15. Oktober in Kaliningrad, soll nur stattfinden, wenn alle Organisationen ungehindert daran teilnehmen können.

Bereits seit 2018 ist auf der Liste der in Russland »unerwünschten Organisationen« auch die in Berlin ansässige European Platform for Democratic Elections (EPDE), ebenfalls Mitglied im PD.

Der Petersburger Dialog ist ein bilaterales Diskussionsforum zur Verständigung zwischen den Zivilgesellschaften Russlands und Deutschlands. Teilnehmer:innen der unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin und des

russischen Präsidenten stehenden Jahreshauptkonferenz sind deutsche und russische Vertreter:innen des öffentlichen Lebens mit Multiplikatorfunktion und Expert:innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Zwischen den Jahrestagungen werden bei weiteren Treffen der zehn Arbeitsgruppen aktuelle Fragen erörtert und Projekte initiiert. Weitere Informationen unter www.petersburger-dialog.de.

Die Erklärung des Vorstands des Petersburger Dialogs e. V. vom 27. Mai 2021 im Wortlaut

Am 26. Mai 2021 sind drei deutsche Organisationen – das Zentrum Liberale Moderne, der Deutsch-Russische Austausch sowie das Forum Russischsprachiger Europäer – von der russischen Generalstaatsanwaltschaft als »unerwünschte ausländische Organisationen« eingestuft worden.

Damit sind, nachdem die European Platform for Democratic Elections (EPDE) bereits seit 2018 als »unerwünschte ausländische Organisation« vom russischen Justizministerium gelistet ist, mit dem Zentrum Liberale Moderne und dem Deutsch-Russischen Austausch zwei weitere Mitglieder des Petersburger Dialogs direkt betroffen und unmittelbar auch in ihrer Arbeit im Rahmen des Petersburger Dialogs auch in Russland, darunter der Teilnahme an bilateralen Sitzungen, erheblich eingeschränkt.

Der Vorstand des Petersburger Dialogs e. V. beschließt vor diesem Hintergrund, die geplante bilaterale erweiterte Vorstandssitzung vom 8. und 9. Juli 2021 in Moskau abzusagen.

Die Brandmarkung als »unerwünschte ausländische Organisation« wirkt sich auch für ihre russischen Projektpartner:innen und Mitarbeiter:innen aus, die wegen jeder Form der Zusammenarbeit strafrechtlich verfolgt werden können.

Eine Spaltung des Petersburger Dialogs in »erwünschte« und »unerwünschte« Mitglieder und Organisationen ist nicht akzeptabel.

Der Petersburger Dialog kann seinen Aufgaben nur dann nachkommen, wenn alle seine Mitglieder nicht nur an den Gremiensitzungen, sondern an der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Partner:innen des anderen Landes teilnehmen können. Dies gilt insbesondere für die geplante Hauptveranstaltung des Petersburger Dialogs in Kaliningrad vom 14. und 15. Oktober 2021.

Quelle: Karenina – Petersburger Dialog Online, 28. Mai 2021, <https://www.karenina.de/leben/zivilgesellschaft/petersburger-dialog-erheblich-eingeschraenkt/>.

CHRONIK

3. – 14. Mai 2021

03.05.2021	Der Ständige Vertreter Russlands bei der Europäischen Union, Wladimir Tschishow, wird zum Europäischen Auswärtigen Dienst vorgeladen. Die Europäische Union drückt damit ihren Protest gegen die am 30. April 2021 verhängten Einreiseverbote für acht ranghohe europäische Vertreter:innen nach Russland aus. Die Verbote entbehren jeder Rechtsgrundlage, so die Begründung. Die Verhängung von Einreiseverboten erfolgte als Reaktion auf eine ähnliche Strafmaßnahme der EU im März 2021, die aufgrund der Inhaftierung des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj erfolgt war.
09.05.2021	In zahlreichen russischen Städten finden Paraden und Feierlichkeiten anlässlich des »Tags des Sieges« zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 76 Jahren statt. In Moskau nehmen an der Parade mehr als 12.000 Armeeinghörige teil. Am Ende der Parade legt der russische Präsident Wladimir Putin gemeinsam mit seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon einen Kranz am Grab des Unbekannten Soldaten nieder.
09.05.2021	Der Gesundheitsminister der Oblast Omsk, Aleksandr Murachowskij, gilt nach einem Jagdausflug als vermisst. Offiziellen Angaben zufolge dauert die Suche nach ihm bereits seit zwei Tagen an. Murachowskij war im November 2020 Gesundheitsminister der Oblast geworden. Zuvor war er Chefarzt des Krankenhauses Nummer 1 in Omsk, in dem Aleksej Nawalnyj nach seiner Vergiftung im August 2020 zunächst behandelt worden war.
10.05.2021	Der nach einem Jagdausflug seit dem 07. Mai 2021 vermisste Gesundheitsminister der Oblast Omsk, Aleksandr Murachowskij, taucht nach Angaben der Behörden in einem Dorf auf, das rund 15 Kilometer vom Ausgangspunkt seines Ausflugs entfernt liegt. Gesundheitlich gehe es ihm gut. Zu den Gründen seines Verschwindens wurden keine Angaben gemacht. Murachowskij war bis November 2020 Chefarzt des Krankenhauses in Omsk gewesen, in dem der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj nach seiner Vergiftung im August 2020 behandelt worden war.

11.05.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin bringt einen Gesetzentwurf zur Kündigung des »Vertrags über den Offenen Himmel« ein. Begründet wird der Entwurf mit dem Rückzug der USA aus dem Vertrag im November 2020. Dieser Rückzug störe das Gleichgewicht der Interessen der Vertragsparteien erheblich. Der »Vertrag über den Offenen Himmel« trat 2002 in Kraft und erlaubt den teilnehmenden Staaten Aufklärungsflüge über das Staatsgebiet der Teilnehmenden.
11.05.2021	Bei einer Schießerei in einer Schule in Kasan werden neun Menschen, darunter sieben Schüler:innen und zwei Lehrkräfte, getötet. Mehr als 20 Menschen werden verletzt. Der 19-jährige Schütze wird festgenommen.
14.05.2021	Das russische Justizministerium setzt das in den Niederlanden ansässige russische Online-Medium »Vtimes« auf die Liste der sogenannten »ausländischen Agenten«. »Vtimes« war im Jahr 2020 von ehemaligen Mitarbeitenden der Zeitung »Vedomosti« gegründet worden, nachdem diese in den Besitz des kremlnahen Unternehmers Iwan Jeremin übergegangen war.
14.05.2021	Die russische Regierung veröffentlicht eine Liste sogenannter »unfreundlicher Staaten«. Auf ihr stehen bisher nur die USA und Tschechien. Die Liste nennt neben den betreffenden Ländern auch die Anzahl der russischen Personen, mit denen es den diplomatischen Vertretungen erlaubt ist, Arbeitsverträge abzuschließen. Damit soll eine Abwerbung russischer Staatsbürger:innen in ausländische Geheimdienste verhindert werden.
14.05.2021	Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, teilt mit, dass die USA bis zum 01. August 2021 die Beschäftigung russischer Staatsbürger:innen in ihren diplomatischen Vertretungen einstellen müssen. Die USA sind eines von zwei Ländern, die auf der sogenannten »Liste unfreundlicher Staaten« geführt werden. Diese gibt vor, dass die USA keine russischen Staatsbürger:innen in ihren Vertretungen beschäftigen dürfen. Die USA kündigten an, konsularische Dienstleistungen in Russland bis auf wenige Ausnahmen einzustellen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Leonie Eckl
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>